

Biwelschäger Abonnementpreis, in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstelblättrigen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 545. Morgen-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntags und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Dienstag, den 23. November 1875.

Breslau, 22. November.

Über den Eindruck der vorgestrittenen Budgetdebatte, deren Bedeutung unsere unten folgende Berliner Correspondenz noch besonders hervorhebt, schreibt uns ein Mitglied des Reichstages: „Die vorgestern abgeschlossenen Debatten über das Budget und die neuen Steuern bieten ein großes Interesse dar. Der Gesamteindruck ist dahin zusammenzufassen, daß die vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Steuergesetze keine Aussicht auf Annahme im Hause haben. Die Redner der liberalen Parteien bestritten die Notwendigkeit derselben einmütig. Diesem Votum schloß sich, wenn auch aus ganz abweichenden Gründen je ein Redner der Centrumsfraction und der Freikonservativen an. Von liberaler Seite wurde das Vorhandensein eines Defizits bestritten, indem man ausführte, daß der Staat selbst in reichlichem Maße auch ohne neue Steuern die Mittel zur Deckung der Ausgaben biete, selbst dann, wenn eine Reduction der Ausgaben nicht möglich sein sollte. Man erklärte sich bereit, dem Reich die zu seiner Entwicklung notwendigen Mittel in vollem Maße zuzuführen, erkannte auch an, daß die sogenannte Börsensteuer, d. h. die Besteuerung der Umläufe des mobilen Capitals, als Theil einer größeren Reform der Stempelgesetzgebung gerechtfertigt sein würde. Gegenwärtig treten jedoch die beiden vorgeschlagenen Steuern nur als Deckungsmittel eines fictiven Defizits auf, und nicht als Theil einer organischen Reform des Reichssteuerwesens. Die Erwiderung des preußischen Staatsministers Camphausen auf diese Ausführungen erregte durch ihre entschieden constitutionelle Färbung um so mehr Bevredigung im Hause, als der Minister selbst anerkannte, daß man z. B. auch ohne Steuern durchkommen könne, und er es nur für finanzpolitisch richtig hielt, schon jetzt einem möglichen Anwachsen der Matrikularumlagen entgegen zu treten. Die Finanzen Preußens insbesondere erheben die Einführung neuer Steuern nicht, wenn der Finanzminister dieselben auch für wünschenswerth erklärt. Hierdurch war die Controverse zu einer finanzpolitischen Streitfrage heraufgedrückt und ihr der Charakter einer politischen Vertrauensfrage gänzlich genommen. Unter diesen Umständen wird die Mehrheit des Reichstages sich wahrscheinlich mit Erfolg auch ohne Annahme der neuen Steuern über die Mittel zur Herstellung des Gleichgewichtes in den Einnahmen und Ausgaben des diesjährigen Budgets mit der Regierung verständigen.“

Fürst Bismarck, der am Sonnabend Nachmittag in Berlin eingetroffen ist, war belästigt zu Anfang des Jahres auf unbestimmt Zeit beurlaubt worden. Wie man hört, wird er seine Geschäfte als Reichskanzler und preußischer Minister-Präsident im vollen Umfange wieder aufnehmen. Es erwarten ihn nach beiden Richtungen hin sehr dringende Geschäfte. Abgesehen von den Reichstags-Verhandlungen stehen unmittelbar bevor: die Besetzung der erledigten diplomatischen Posten, und in Preußen wichtige Berathungen des Staats-Ministeriums über die Vorlagen für den Landtag, der in kaum zwei Monaten zusammenentreten muss. Es werden jedenfalls denselben vorgelegt Gesetze über eine Städte-Ordnung für die östlichen Provinzen, sowie über die Kompetenzgrenzen der Verwaltungsbehörden. Der Minister des Innern wird, wie man in sonst gut unterrichteten Kreisen versichert, jedenfalls die Vorlegung der Verwaltungs-Reformgesetze für die westlichen Provinzen bei dem Staatsministerium in Anregung bringen.

Die Unterhandlungen der österreichischen Regierung wegen Loslösung des österreichischen Theiles der Breslauer Diözese sind nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ keineswegs so weit gediehen, als jüngst von einem gewöhnlich gut informierten Provinzialblatte gemeldet wurde. Wohl haben zwischen dem Auswärtigen Ministerium und dem deutschen Reichskanzleramt Erörterungen über die wiederholt aufgetauchte Frage stattgefunden, ein praktisches Resultat konnte bisher jedoch nicht erzielt werden. Es ist zweifellos, daß die Loslösung des österreichischen Theiles des Bistums nicht mit der Aufopferung auch nur eines Theiles des in Österreich gelegenen bischöflichen Vermögens erlaucht werden wird. Denn wie bedeutend dieses Vermögen ist, das spricht die Thatsache, daß die Steuerleistung des Breslauer Bischofs an Österreich mehr als 20.000 fl. beträgt. Für den Fall jedoch, daß trotz dieser schwierigen Vermögensfrage die Unterhandlungen von Erfolg sein sollten, besteht die Absicht, den österreichischen, nur wenige Quadratmeilen großen Theil des Breslauer Bistums einem anderen österreichischen Bistum zuzuwiesen und von der Creirung eines neuen Bistums (Leschen), die gleichfalls als bevorstehend angekündigt wurde, abzuheben.

Unter den neuesten Nachrichten aus Italien sind die Mittheilungen über die Rede am bemerkswertesten, welche der Papst am 14. d. Ms. beim Empfange der 500 Pilger aus der Provence und Vendée gehalten hat. Die Rede selbst gibt allenfalls zu Besorgnissen um den Geisteszustand des Papstes Veranlassung.

Die in Turin erscheinende „Unita catolica“ veröffentlicht ein päpstliches Breve an die Vorstände des italienischen Katholiken-Vereins, welches denselben erschienenes Programm feierlich billigt. Dieses Programm schreibt dem Verein vor, eifrigst an den administrativen Wahlen Theil zu nehmen und vermittelst Petitionen an das Parlament dafin zu wirken, daß der Unterricht und die Jugenderziehung dem Regierungsmönopol entzogen und daß dem Fluchen, der Gottlosigkeit und den Sacriliegien gesteuert werde.

Was die im Prozesse Sonzogno wiederholt vorgekommene Eidesverweigerung betrifft, so schreibt man der „Frank. Ztg.“ aus Rom:

„Nicht die sonderbare Auslegung des Präfekten Mottola, daß der Eid eine kirchliche Formel sei, die das Gewissen religiös in keiner Weise bindet, nicht die Überredungsversuche der Vertheidiger, nicht die Androhung der Haft den Staatsanwalt haben die Männer aus dem Volke beeirt. Unerüttelbar in ihrer Überzeugung, habe ich dieselben mit eigenen Ohren es wiederholt hören, daß sie bereit seien, auf Ehre und Gewissen zu schwören, aber nie einen Meineid leisten würden, was sie eben zu thun behaupten, wenn sie den Eid mit der Lüge eines Gottesgläubers beginnen sollten, den sie nicht hegeln. Dieses sociale Phänomen, welches nicht vereinzelt in dem Prozesse Luciani auftritt, ist der größten Beachtung wert. Neue Prozesse werden daraus entstehen, wenn nicht die Abschaffung des religiösen Eides durch das Parlament dazwischen tritt. Einzelheiten hat der Staats-Anwalt, dem es wohl nicht möglich ist, das Gesetz auf irgend eine sophistische Weise in dieser Beziehung zu umgehen, färmiliche Eidesverweigerer in Haft nehmen lassen. Die öffentliche Meinung aber und die Presse aller Parteien, mit Ausnahme der Clericalen, haben des Pudels Kern richtig erkannt, indem sie sofort ganz energisch auf die Abschaffung jedes religiösen Eides hinsteuern, der in einem Staat, welcher die Trennung der Kirche vom Staat als eines seiner Grundprincipien hinstellt, geradezu ein Unding sein würde und die Gewissensfreiheit einschließlich zur Fabel mache.“

In der französischen Nationalversammlung gibt sich ein entschiedener Umsturz zu Gunsten des Amendements André kund, welcher für die

Arrondissements von mehr als 75.000 Seelen die mehrnamige Abstimmungsliste vorschlägt. Die Regierung glaubt jedoch, daß bei der dritten Lesung des Wahlgesetzes keine wichtigen Änderungen mehr durchgehen werden. Für die Wahl der 75 Senatoren, die der National-Versammlung zusteht, sind jeht drei Listen in Umlauf gesetzt: die erste bezeichnet eine Coalition zwischen den Gruppen der Linken und der äußersten Rechten; die zweite zielt auf eine Vereinbarung zwischen der gemäßigten Linken, dem rechten Centrum und der gemäßigten Rechten ab, während die dritte alle Mitglieder der Gruppen der Rechten mit der schwankenden Fraktion des linken Centrums vereinigen will. Indes herrscht allgemein die Ansicht, daß die Orleanisten im entscheidenden Augenblide Allem, was die Regierung vorschlägt, ihre Stimmen geben werden.

Das „Univers“ erhebt Protest gegen eine Vereinbarungsliste für die Senatswahlen, wonach jede Gruppe der Nationalversammlung je nach ihrer Stärke eine verhältnismäßige Anzahl Sitze erhalten solle. „Wir können nicht dulden“, erklärt das Hauptorgan der Ultramontanen, „daß Katholiken und Royalisten sich verpflichten, in den Senat offene, unabdingbare Feinde ihrer Prinzipien zu befördern. Wenn es sich um die Wahl unabsehbarer Senatoren handelt, wären Vereinbarungen, wie bei der Wahl für gewisse Commissionen, ein Fehler. Wie, Katholiken sollen dazu beitragen, daß Leute in den Senat kämen, deren Stimme jedem Antrage gegen die Rechte der Kirche sicher wäre! Das ist unzulässig. Eine Wahl ist ein Kampf, und eine Rücksicht gegen die, welche als Feinde erscheinen, kann nicht gestaltet werden.“ Das ist wenigstens deutlich: der Senat soll nach der Ansicht der Ultramontanen vor allen Dingen ein Feldlager für „die Rechte“ der Kirche werden. Der Grundsatz, daß der Senat in einem constitutionellen Staat die Mächtigung, Vorsicht und Besonnenheit vertreten soll, paßt nicht in das Programm der „Katholiken“. Die Nationalversammlung und das Land können nach dieser Erklärung wenigstens nicht sagen, daß sie ungewarnt in die Wahlen für den Senat treten.

In England hat die Weichmäßigkeit, mit welcher die „Times“ sich jüngst für den „Frieden um jeden Preis“ erklärt hatte, die Missbilligung sowohl des Publikums überhaupt, wie namentlich der liberalen Blätter in hohem Grade zu erfahren gehabt. Gewiß ist, daß insbesondere die Erwiderung, welche die „Pall Mall Gazette“ der „Times“ zu Theil werden ließ, weit mehr der endlich glücklich zum Durchbruch gekommenen nationalen Stimmung entspricht, als jene Friedenspolitik der „Times“ selbst. Die „Pall Mall Gazette“ sagte in jenem Artikel:

„Wir wollen nicht fragen, ob die Art, die Geschichte im voraus zu schreiben, klug oder vaterländisch ist, obwohl es uns eine felsame Weisheit dünkt, an ein ungezähmtes ehrgeiziges Volk die Mittheilung zu machen, daß seine Nachbarn die unbegrenzte Ausdehnung seiner Eroberungen als vom Schicksal bestimmt erwarten und der Artikel der „Times“ unter den vorliegenden Umständen sehr wie einer der Prophezeiungen aussieht, durch deren Aussprechen zugleich ihre Erfüllung befördert wird. Aber was will die „Times“ mit dem ganzen Artikel? Was für eine Art, politische Anlehnungen zu behandeln, ist das? Die politische Frage, die einzige Frage, die die Aufmerksamkeit des Politikers fesseln könnte, wird in dem Augenblick aufgeworfen, in dem der „Times“-Artikel zu Ende ist. „Rußland steht an der Schwelle Persiens und Englands muß die Neutralität Persiens und Afghanistans wählen“, damit schließt die „Times“. Es kann auf einer Seite nichts Höheres und auf der andern nicht Schädlicheres geben, als diese sanfte, geschäftlich-philosophische Behandlung einer Frage, die vor allen Dingen eine Frage unmittelbaren Handelns ist. Es ist, als ob in dem Augenblide, wo eine Überbeweisung im Anuge ist und die Wasser schon steigen, ein Mann eine Vorlesung über Regengräser halten und seinen Zuhörern, deren Haus und Eigentum schon bedroht ist, darlegen wollte, daß ein schwerer Regenguss die Fläche anschwillt und angezwollene Klüsse die Reisung haben, über ihr Bett überzutreten und die Häuser am Ufer wegzuschwemmen. Wenn Russland sich unseres Grenzen nähert, was macht das für einen Unterschied für uns; ob es dazu gezwungen ist, oder ob wir in irrläufigen Zeiten in unerkenntlichen Situationen selber in einer ähnlichen Lage waren? Wenn die Ausführungen der „Times“ nur von Einigen als an sich interessant von Anderen als langweilige Wiederholung von hundert Mal Gesagtem gelesen oder nicht gelesen würden, wären sie in jedem Falle wenigstens harmlos. Allein die Masse des Leser und Gläubigen der „Times“ sind träge, bequeme Leute, die sich bei einem noch so drohenden politischen Ereignisse der Zustände mit Vergnügen beruhigen, sobald ihnen nur die Entstehungsgrund des selben auseinandergesetzt sind, und darin liegt das Verderbliche solcher Ausführungen in einem politischen Blatte wie die „Times“. Wenn diese Leute erst einmal darüber belehrt sind, daß England und Russland kraft unvermeidlicher Naturgesetze voreinander getrieben werden, werden sie zustreden die Hände falten und die Sache für erledigt halten.“

Die „Times“ hat es schon zum Desteren erfahren, daß, wie groß auch ihre Macht ist, die öffentliche Meinung doch zu Zeiten im Stande und des Willens ist, ihr den Rücken zu kehren. Wenn es diesmal geschieht, würde die „Times“ zu dem Gefühl der Niederlage noch die weitere Verhängung auf sich nehmen müssen, daß es das nationale Ehrgefühl war, das ihr diese Niederlage zog.

Die Nachrichten aus Spanien lauten für Don Carlos sehr ungünstig. Briefe aus Pamplona geben die Stärke der carlistischen Streitkräfte auf eine noch geringere Anzahl an, als unlängst die „Correspondencia“. Don Carlos soll nicht mehr als 26,000 Mann und 40 Kanonen zur Verfügung haben. Um so mehr schärfer würden sich die Vorwürfe gegen die Madrider Regierung zuspielen, wenn sie mit ihrer Übermacht, die sich mit Ende des Monats auf das Gebüsch der carlistischen Arme beladen soll, dem Aufstande nicht bald ein Ende mache.

Am 15. October hat, wie die „France“ mittheilt, in Bayonne eine Zusammenkunft der acht einflussreichsten Mitglieder des carlistischen Central-Comites stattgefunden, um der Verleugnung einer Botschaft der französischen Legitimisten beizutreten. Dieses Schriftstück, welches die Unterchrift des Herzogs Larodescauld-Biscaccia, als Vertreters mehrerer Mitglieder der alten Aristokratie Frankreichs, trug, lautete dahin, daß in Folge der von der Regierung des Marschalls Mac Mahon getroffenen Maßregeln und des Richtersfolges der bisher zu Gunsten der carlistischen Sache gemachten Anstrengungen die Unterzeichner des Actenstückes sich genötigt sahen, vor der Hand jedwede Sendung von Unterstützungen für die Kämpfer für Religion und Thron zu unterlassen. Angeblich dieser wichtigen Erklärung fügte das Centralcomite einen Besluß, auf Grund dessen eine zahlreiche Versammlung von einflussreichen Mitgliedern der Partei in den letzten Tagen des October zu Bayonne zusammengetreten ist. Mehrere hochgestellte Carlisten, welche empört sind über die schlechte Leitung der Sache durch Don Carlos, haben sich entschlossen, den Prätendenten im Stich zu lassen und ihre Gründe öffentlich bekannt zu machen.

Großes Aufsehen erregt in Amerika gegenwärtig das gegen Brigham Young eingeleitete Verfahren. Brigham Young hat sich nämlich geweigert, seiner siebzehnten Ehefrau, Frau Anna Elisabeth Young, die ihr zuge-

sprochenen 9500 Doll. Alimente zu zahlen. Das Bundes-Bezirksgericht in Salt Lake City hat deshalb am 29. v. M. decrettiert, daß Brigham Young einzusperren sei, bis er die verfallenen Alimente nebst den Prozeßkosten bezahlt habe. Dieser Entscheidung gemäß wurde der Mormonen-Prophet in seiner Behausung arrestirt, doch wurde ihm, da er Krankheit vorschulte, gestattet, einstweilen in seinem Hause unter Aufsicht eines Gerichtsbeamten zu bleiben. Es scheint jedoch zweifelhaft, ob die Verhaftung Young's aus den von der Frau vorgebrachten Gründen aufrecht erhalten werden kann. Als siebzehnte Frau kann das Bundesgericht Frau Anna Elisabeth unmöglich als rechtähnige Gattin des Mormonen-Präsidenten anerkennen; vom legalen Standpunkt aus ist die illegitime Frau nichts Anders, als eine Concubine Young's, und als solche ist sie nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht berechtigt, aus dem von ihr wissenschaftlich eingegangenen, gesetzlich nicht sanctionirten Verhältniß Vortheil zu ziehen. Der Fall erschien der Administration wichtig genug, um ihn in einer Cabinetssitzung ausführlich zu erörtern und den General-Bundes-Anwalt zu beauftragen, ein Gutachten auszuarbeiten.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 12. Sitzung vom 20. November.

(Schluß.)

Abg. v. Kardorff: Ich bin mit dem festen Willen hergekommen, für die Börsensteuer zu stimmen, aber nach dem Exposé des Finanzministers, daß er im Augenblick keine neuen Steuern braucht, bin ich nicht mehr in dieser Lage. Was dann die Forderungen für das Militär betrifft, so bin ich gern bereit Alles, zu bewilligen, was die Wehrhaftigkeit des Landes erfordert wird, aber ich habe doch Bedenken gegen die Umwandlung in der Besetzung der bisherigen Landwehrkommandos, wie sie uns jetzt vorliegt. Die Bedenken dagegen sind schon vom Abg. Richter bezeichnet worden; es sollen aktive Offiziere an die Spitze treten; dieselben sind doch einem häufigen Wechsel unterworfen und haben keine Kenntnis der localen Verhältnisse, die dringend notwendig ist. Über die neuen Steuern braucht ich eigentlich kein Wort zu verlieren, nachdem sie vom Finanzminister selbst fallen gelassen sind, nur auf einige seiner Bemerkungen hinsichtlich der finanziellen wirtschaftlichen Lage will ich etwas erwidern, da die Aufmerksamkeit der Nation in erhöhtem Maße und mit besonderer Lebhaftigkeit der Entwicklung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zustände folgt. Das völlige und schwere Darniederliegen aller Industrie, die Befürchtungen, die sich an das Reichsbangfeste, an die Einführung der Goldwährung knüpfen, die Pläne, die in der Lust schwieren über ein einheitliches Tarifsystem beunruhigen die Nation im höchsten Grade. Immer mehr tritt daher die Frage in den Vordergrund: ist die Handelspolitik des Deutschen Reiches eine solche, daß sie einen gefestigten Wohlstand desselben verbürgt oder einen Verfall desselben herbeiführen muß. Wenn der nationale Wohlstand vorhanden ist, werden auch die Steuerprojekte von der Nation leicht und willig getragen; umgekehrt, ist die Handelspolitik falsch, werden auch die bestehenden und gewohnten Steuern zu schweren Lasten. Der Abg. Richter hat die jetzige Situation in rosigstem Lichte geschildert; er sieht eben die Dinge so an, wie sie in seiner Vaterstadt Danzig sind, und vergißt, daß die Seestädte erst viel später vom Darniederliegen alles Verfalls betroffen werden.

Es ist nun gesagt worden, wir haben uns zu einer Überspekulation mit den Millarden verleiten lassen und kranken jetzt an den Folgen; es soll, wie der Abg. Richter sagt, dies eine ganz natürliche Consequenz des französischen Krieges sein. Warum,frage ich, sind denn die Folgen bei Frankreich nicht so aufgetreten wie bei uns; warum befindet sich Frankreich wohl und wir uns schlecht? Es ist so viel die Niede gewesen von Überproduktion, deshalb wollen Sie dies einmal ernstlich in's Auge fassen (Rufe: Zur Sache!). Im vergangenen Jahre gab es eine Zeit, wo Getreide unverhältnißig war; als ich mit einem Getreidehändler darüber sprach, sagte er: „Die Landwirthe produzieren zu viel Getreide.“ Das kommt einfach daher, weil durch die niedrigen Tarife der Eisenbahnen zu viel Getreide importiert wird. Achtmal verhält es sich mit vielen anderen Dingen, z. B. soll jetzt eine Überproduktion in Spiritus vorhanden sein. Woher kommt diese? Einfach, weil alle anderen Länder sich gegen unseren Spiritus abschließen. Unverständlich ist mir dann, wie man die Überproduktion in Einen der Industrie vorhält, um zu moriren, daß man die Eisenzölle aufheben muß. Sodann bemerkte ich, und der preußische Finanzminister hat dies ebenfalls gesagt, daß die gesammte Industrie unter dem hohen Discont augenblicklich zu leiden hat; während die englische Bank nur 3 p.c. erhebt, beträgt bei uns der Bont-discount 6 p.c. Wenn der Herr Finanzminister darauf hinweist, daß im Januar der Bontsuhz heruntergehen würde, so kann ich dem leider nicht zustimmen; ich fürchte, die Calamität wird sich steigern und der Bontsuhz höher sein. Als Trost für die gedrückte Lage der Industrie werden zwei Dinge uns vorgeführt, einmal sollen die Löhne herabgesetzt werden, was aber nicht angeht, da die Arbeiter vermöge ihrer intellektuellen Ausbildung höhere Ansprüche an das Leben machen können. Als Grund für die Heraufsetzung der Löhne gab man an, daß die Leistungen der Arbeiter nicht im Verhältniß zu ihren Löhnungen ständen; auf Grund einer ziemlich genauen Enquête kann ich aber sagen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter seit 1864 in steter Steigerung begriffen ist.

Als zweites Trostmittel wird unserer Industrie gesagt, wir werden die Tarife der Eisenbahnen, die jetzt im großen Wirrwarr befangen sind, einheitlich regeln und dadurch der Industrie erheblich aufhelfen. Ich erinnere nur daran, daß 134 verschiedene Tarife existieren und daß die Abrechnungskosten unter den einzelnen Eisenbahnverwaltungen eine Höhe erreicht haben, die Alles übersteigt, was man sich vorgestellt hatte. Wenn unter diesen Umständen der Wunsch nach dem Aufbau der Privatbahnen laut geworden, kann es nicht Wunder nehmen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Abg. von Schorlemer etwas erwidern; derselbe wollte keine Rückgängigmachung der Aufhebung der Eisenzölle. Er sieht nicht ein, daß das System der Differenzialtarife genau auf demselben Prinzip beruht wie das des radicalen Freihandels. So wie Sie dies bei den Zöllen zulassen, müssen Sie es auch bei den Differenzialtarifen gestatten. Jedenfalls hat die Landwirtschaft kein Recht, die Abschaffung der Differenzialtarife zu verlangen, während sie auf der anderen Seite den radicalen Freihandel nicht will (Rufe: Zur Sache!). Gestatten Sie mir noch ein Wort. Ich weiß, daß ich mit meinen Anschauungen ziemlich allein stebe; es steht mich dies nicht besonders in Schreden, denn ich habe mich in meinem politischen Leben oft in der Minorität befunden (Heiterkeit). Ich erinnere Sie daran, daß ich in den sechziger Jahren den Fürsten Bismarck als den Mann bezeichnete, der die deutsche Politik zu leiten im Stande sei, da hielt er Sie nicht für das maison de sante (Heiterkeit); Widerspruch luts; (Rufe: Zur Sache!). Meine Herren, ich spreche zur Sache; es handelt sich um die Frage des radicalen Freihandels (Unruhe); (Rufe: zur Sache!). Ich bin bei der Sache und bitte den Präsidenten, mich in meiner Rechtsfreiheit zu führen.

Präsident: Bis jetzt habe ich den Redner noch nicht zur Sache gerufen (Heiterkeit).

Abg. v. Kardorff (fortfahren): Ich will mich kurz fassen; Sie werden meine Herren, die Erfahrung machen, ob die Handelspolitik, die jetzt verfolgt wird, richtig ist. Wenn der Bontsuhz sinken, der Wert des Grund und Bodens steigen, wenn die Arbeitszölle sich erhöhen sollten im nächsten Jahre, dann werde ich der Erste sein, der bekenn, sich heute geirrt zu haben; wenn aber der Bontsuhz steigen, der Wert des Grund und Bodens sinken sollte, dann haben Sie meine Herren, die Verantwortung zu tragen für die Consequenzen der Handelspolitik, die Sie inauguriert haben.

Ein Antrag Bebel's auf Beratung der Debatte wird abgelehnt.

Bundes-Bevollmächtigter Campbauen: Der Vorredner befindet sich in großem Irrthum, wenn er meint, daß er hätte die Steuergesetze fallen lassen. Wozu würde ich mich dann bemüht haben, Ihnen die Gründe für diese Steuergesetze ausführlich darzulegen. Ich halte sie im Gegenteil vollständig

aufrecht und muß dem Reichstage die Verantwortung für ihre Ablehnung überlassen.

Abg. Lasker: Die Rede des preußischen Finanzministers hat nicht bloß auf die Forderung des Staats, sondern auch die Verständigung zwischen Reichstag und Regierung im höchsten Grade fördernd und klärend gewirkt. Diese Rede wird genügt auf allen Seiten des Hauses mit hoher Beifriedigung angeschaut werden sein. Ich bin bereits jetzt überzeugt, daß die dem Antheine nach in großer Dissonanz mit der Regierung begonnene und fortgesetzte Budgetdebatte in vollständiger Harmonie enden wird. Ich weiß es bereits jetzt, daß die Budgetdebatte ausscheiden wird aus den politisch wichtigen Debatten dieser Session, bei welchen eine Differenz mit der Regierung sich herausstellen könnte. Es ist vor Allem der Unterschied festzuhalten, welcher zwischen den Finanzaufgaben obwaltet, die zum jährlich festzustellenden Etat gehören und denen, die Steuergesetze und Steuerreformen betreffen. Die Regierung hat einen großen Fehler begangen, daß sie die Steuergesetze zu einem Theil der Budgetverhandlungen gemacht hat. Es ist ganz unmöglich aus den Ergebnissen eines einzelnen Etatsjahres eine neue Steuer begründen zu wollen. Als ich den Etat durchsah, sagte ich mir: über diesen Etat mit der Regierung in einer Differenz zu gerathen, würde beinahe ein Muthwillen sein. Es liegt in der That gar keine Veranlassung dazu vor. Das Auftreten von 4 Millionen Mark in einem Etat von 40 Millionen Einwohnern kann im Ernst keine Ursache zu einer solchen Differenz sein, und ich zweifele gar nicht, daß die Budgetcommission mit Vorschlägen zu uns zurückkommen wird, die bei der grossen Mehrheit des Hauses bereitwillige Annahme finden. Über die Biersteuer hat der Finanzminister bereits Kritik gegeben, da er sie für eine solche erklärte, die in Zusammenhang gebracht werden müsse mit einer gerechten Ausgleichung zwischen Nord- und Süddeutschland. Daß diese Steuer in der beabsichtigten Weise nicht durchführbar ist, kann man aus der Vorlage selbst entnehmen.

Die Börse steuert aber, deren Notwendigkeit im Interesse der gerechten Ausgleichung der Finanzen des Reiches sich durchaus anerkennen, kann nicht nur allein auftreten, sondern allein unter Würdigung der geläufigen Stempelsteuer, bei der anerkanntermaßen eine Ausgleichung notwendig ist, weil gegenwärtig höchst unbillige und belastende Sätze für einzelne Formen des Verkehrs vorhanden sind. Diese beiden Steuern haben ganz und gar den Charakter an sich, zu einer bloßen Ausgleichung für das Budget zu dienen, als Deduction für ein geringes Deficit, das sich zufällig in einem Etatjahr herausgestellt hat und dazu dürfen wir durchaus nicht die Hand bieten, während wir unsere volle Bereitwilligkeit erklären, auf eine Steuerreform, wo sich ein Bedürfnis dazu heraussucht, jederzeit einzugehen. Möge also die Regierung sich nicht entmutigt fühlen, wenn wir diese Politik nicht für richtig anerkennen können, lediglich für das Budgetbedürfnis eines Jahres, die neuen Steuern zu bewilligen. Wir sind im Uebrigen weit entfernt davon, eine Differenz mit der Regierung zu befürchten; wir müssen uns im Gegentheil den verdienten Finanzleitern des Reichs und des preußischen Staates um so freier anschließen, je mehr wir sehen, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, um wie gerade alle diejenigen, die sich in den letzten Jahren der Überspekulation sich ganz vollaufen haben, in überstürzender Hast die Regierung drängen, jetzt in den Zeiten der Krise, ihre Schutzhölle zu befreien und zu erhöhen. Das sind gerade diejenigen, die die Krise zum nicht geringen Theile mit verschuldet haben, die insbesondere durch die ungesehene Eisenbahnwirtschaft gerade dadurch, daß er sie in dem selbstgeschaffenen Zustande die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig verschoben, die Arbeiter in Massen an ungeheure Plätze verlost haben, wo sie plötzlich nach Einbruch der Krise brotlos werden müssen, und die unendliche Unheil über das Land gebracht. Eben diese wollen jetzt Unterstützung vom Staate. Ich hoffe, der Staat wird ihnen die Lehre geben, daß die Zeit der Überspekulation nicht ungestrafft ausgebeutet werden darf, um sich selbst zu bereichern.

Dem Abg. Minnigerode gebe ich vollständig zu, daß seine Partei an den nach meiner Überzeugung regensten Gelegenheiten der Gewerbeordnung und Freizügigkeit völlig unchuldig ist, keineswegs unchuldig aber ist sie an dem einzigen Gesetz, das ich als verderbt anerkennen muß, das ist das Aktienrecht. Als wir das votirten, da hat kein Einziger von Ihnen dagegen seine Stimme erhoben. Eine Krise in dem Maße, wie sie von den Vertretern der Conservativen ausgemalt wird, kann ich gar nicht anerkennen. Sie müssen doch die Verhältnisse ihrer bevorzugten Klasse nicht als maßgebend betrachten für den Wohlstand der Nation. Ich frage: haben etwa die Einlagen der Sparassen abgenommen? Im Gegentheil, sie nehmen zu. Ebenso hört man die kleinen Landwirthe durchaus nicht klagen, höchstens über Arbeitermangel, an welchem aber die schwundhafte Produktion, an denen Männer aus den höheren Klassen, die zu Ihrer Partei gehören, in hervorragendem Maße sich beteiligt haben. (Lebhafte Widerspruch und Unruhe rechts.) Gewiß, m. H.; haben Sie denn ganz vergessen, wer die Genossen der Sitroußberge waren und noch sind? Wenn auch dem einen oder dem anderen eine Quittung der vollständigen Unschuld ausgestellt wird, sie werden doch unmöglich vergessen machen können, daß nicht durch unsere wirtschaftliche Gesetzgebung diese Calamität verschuldet worden ist, sondern gerade in erster Linie von Denen, welche vorgestern, gestern, ja heute noch laut und mit Empfehlung gegen diese Gesetzgebung declamieren. Ich hoffe, daß es der liberalen Partei vergönnt sein wird, mit der Regierung weiter fortzzuwirken in der Fortführung ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik, und ich freue mich, diese Hoffnung durch die heutige Rede des Finanzministers bestätigt zu sehen.

Nachdem um 4½ Uhr ein erneuter Antrag Bebels auf Bertagung abgelehnt ist, erklärt der sächsisch-weimarsche Vertreter, Geh. Rath Herwarth: Der Abg. Richter hat an die Entstehungs geschichte der Steuerprojekte eine Kritik geltend, die ich nicht unerwidert lassen kann. Es ist richtig, daß die Weimarsche Regierung die Initiative hierzu ergriffen hat; es gefaßt dies zunächst in ihrem eigenen Interesse und ihr Antrag wurde vom Bundesrat angenommen, nachdem erkannt worden war, daß auch das Interesse des Reiches diese Maßregeln erfordert. Die Weimarsche Regierung wird sich

durch die geborene Krise nicht abhalten lassen, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte der Initiative Gebrauch zu machen.

Demnächst verlangt der Commissar, Geh. Rath Michaelis, das Wort, um in eingehender Rebe, gestützt auf das ihm zur Verfügung stehende amtliche Material, alle im Laufe der Debatte berührten Fragen klar zu stellen. Wir müssen uns mit Rücksicht auf den drängenden Politschluss darauf beschränken, folgende Gesichtspunkte aus seinem Vortrage hervorzuheben: Die verbündeten Regierungen haben bei der gegenwärtigen Finanzlage in den Aussäben des Reichs sich auf das Nothwendigste beschränkt, und eine große Zahl dringend wünschenswerther Anforderungen mit schwerem Herzen rückgestellt. Wenn nun trotzdem der Etat ein Deficit nachweist, so ist es durchaus unzulässig, zur Deckung desselben auf Einnahmen hinzuweisen, über die erst die Zukunft eine sichere Auskunft geben kann, und die durchaus zweifelhafter Natur sind. Wollen Sie somit die zu dieser Deckung vorgeschlagenen Steuern verwerfen, so müssen Sie auch die volle Consequenz eines solchen Beschlusses tragen und der ist kein anderer, als die Notwendigkeit der Erhöhung der Matricularbeiträge.

Der Herr Commissar schließt mit dem Wunsche, daß der Reichstag den Etat wie die Steuervorlagen reistlich prüfen und die wohl erwogenen notwendigen Ausgaben im Falle der Ablehnung der Steuern durch Erhöhung der Matricularbeiträge decken möge.

Um 5 Uhr liegt ein Antrag von Denzin und Bebel auf Bertagung und ein anderer von Valentin auf Schlüß der ersten Berathung des Reichshaushaltssatzes vor. Das Haus ritt dem letzteren bei. Persönlich vernahm sich der Abgeordnete v. Kardorff gegen eine Aeußerung Laskers, die er infolge auf sich bezicht, als er einer von denen sei soll, welche die Periode der Spekulation zu ihrer Bereicherung benutzt haben. Der Präsident verliest den stenographischen Text der von Lasker gebrauchten Worte, um zu beweisen, daß ein solcher Vorwurf, den er, wenn ausgesprochen, niemals geduldet hätte, in Bezug auf Herrn von Kardorff gar nicht ausgesprochen ist. Der Abg. v. Kardorff erwidert, daß er eine andere Stelle im Auge habe, die sich auf seine Broschüre bezog. Er habe öffentlich die nichtswürdigsten Angriffe über sich ergehen lassen müssen (Abg. Bamberger: Das müssen wir alle!) und habe ein Recht darauf, sich zu verteidigen. Der Präsident kann keinen Anlaß zu einer solchen Rechtfertigung in der heutigen Debatte finden und daher die Fortsetzung der persönlichen Bemerkung nicht zulassen, worauf Abg. von Kardorff erklärt, daß die Würde der Tribune ihm verbietet, auf Verdächtigungen solcher Art zu antworten. Lasker versichert, daß er bei seinen Äußerungen an Herrn von Kardorff nicht entfernt gedacht habe.

Das Haus beschließt im Sinne des Antrages Richter-Richter, den Reichshaushalt bis auf gewisse der Budgetcommission zu überweisende Theile im Plenum durchzubringen.

Schlüß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Telegraphen-Anleihe. Die neuen Steuern.)

Berlin, 20. November. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann N. Maude in Madras und den Kaufmann Robert Veers in Zanzibar zu Consuln des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den Stadtgerichts-Rath a. D. Dr. jur. Holt mittelst Allerhöchster Bestallung vom 18. d. M. zum Marine-Intendantur-Rath ernannt.

Dem Herrn Alfred Nauss in Aachen ist Namens des Deutschen Reiches das Erequalur als Vice-Consul der Vereinigten Staaten von Amerika ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Lehrer an der städtischen höheren Mädchenschule zu Köln, Ferdinand Münch, zum Seminardirector ernannt.

Die bisherigen commissarischen Kreis-Schulinspectoren Heinrich Wallbaum in Lüdinghausen, Gustav Wulff in Coesfeld und Joseph Witte in Neuss sind zu Kreis-Schulinspectoren im Regierungsbezirk Münster ernannt worden. Dem Seminar-Director Münch ist das Directorat des Lehrerinnen-Seminars zu Saarburg übertragen worden. — Der Königliche Eisenbahn-Baumeister Hermann Schmidt hier selbst ist von der Berliner Stadt-Eisenbahn an die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn versetzt und mit den Functionen eines Abtheilungs-Baumeisters beim Bau der Berliner Nordbahn (Berlin-Straßburg) unter Anweisung des Wohnsitzes in Demmin beauftragt worden.

Dem Herrn John Fletcher Wiles in London ist unter dem 18. November 1875 ein Patent auf eine Mutter Sicherung auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Herrn Wilhelm Bühler in Stuttgart ist unter dem 18. November 1875 ein Patent auf einen Centrifugal-Regulator auf drei Jahre erteilt worden.

Dem Ober-Tribunals-Rath Michelis, sowie dem Appellations-Gerichts-Rath Dr. Jeanneraud in Frankfurt a. M. ist die nachgeführte Dienstentlassung, Ersterem mit Pension, erteilt. Die nachgeführte Dienstentlassung ist ferner erteilt dem Kreisgerichts-Rath Kunze in Pforzheim, dem Kreis-Gerichts-Rath Bauly in Nagold und dem Friedensrichter, Justiz-Rath Trimborn in Aalen. Dem Kreisrichter Perrin in Schubin ist befußt die Übertretung zur landwirtschaftlichen Vermaltung die nachgeführte Dienstentlassung erteilt. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Dyckerhoff bei dem Kreisgericht in Heiligenstadt, mit der Funktion als Gerichts-Commissionar in Dingelstädt, der Kreisrichter a. D. Stock bei dem Kreisgericht in Darleben, der Gerichts-Assessor Bick bei dem Kreisgericht in Delitzsch und der Gerichts-Assessor Dr. Deutscher bei dem Kreisgericht in Brandenburg mit der Funktion bei der Gerichts-Deputation in Rathenow. Der Gerichts-Assessor Götsch ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Pyrmont ernannt. Der Kreisgerichts-Rath Ellerbeck in Bromberg und der Kreis-Gerichts-Rath Henning in Hulda sind gestorben.

Berlin, 20. November. [Ihre Majestät die Kaiserin-

Königin] wird, nach den bevorstehenden Besuchen an den Großherzoglich badischen, Großherzoglich weimarschen und Königlich sächsischen Höfen, am 29. d. M. in Berlin eintreffen.

[Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin] hat Sich heute früh von der Wildpark-Station bei Potsdam aus, in Begleitung der Hofdame Gräfin Bernstorff und des Kammerherrn von Normann nach Kassel begeben, um daselbst Hochfürstliches Geburtstagsfest mit Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen, Hochwelcher heute Abend, von der Gehrde kommend, in Kassel erwartet wird, und den Prinzen Friedrich Wilhelm und Heinrich Königlichen Hoheiten zu verleben.

Die Prinzessinen Charlotte, Sophie und Margarethe, sowie Prinz Waldemar, Kinder der Kronprinzen-Herrschaften, sind heute Vormittag vom Neuen Palais bei Potsdam hier zum dauernden Winteraufenthalt eingetroffen.

(Reichsanzeiger)

= Berlin, 21. November. [Die Ummwandlung Straßburgs. — Zu den Münzprägungen. — Wahlreglement.]

Wie nachträglich bekannt wird, wurde im Bundesrathe bei Genehmigung des Beitrages von 6 Millionen Mark zur Erweiterung der Ummwandlung von Straßburg von der Voraussetzung ausgegangen, daß eine Zahlungsanweisung darauf nicht vor dem definitiven Abschluß des Grunderwerbungsvertrages mit der Stadt Straßburg erfolgen werde. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, es möge bei den Verhandlungen mit der Stadt Straßburg darauf Bedacht genommen werden, daß der Rückzahl der Summe, welche vorschüssigweise aus dem Reichsvermögensbau-Fonds entnommen werden soll, durch Ratenzahlungen der Stadt Straßburg bis zum Schlusse des Jahres 1884 sicher gestellt werde. — Bezuglich der Ausprägung von Goldmünzen hat der Bundesrat beschlossen, an den für das Jahr 1875 beabsichtigten weiteren Ueberweisungen von Präggold auf Reichsbrechnung im Gesamtbeitrage von 29,400 Pfund seien die königlich preußischen Münzstätten nicht zu beheiligen und die Vertheilung auf die übrigen Münzstätten nach den früher festgelegten Verhältniszahlen erfolgen zu lassen. Falls sich am Schlusse dieses Jahres ergiebt, daß die gesammten, in diesem Jahre auf Reichs- und Privatrechnung erfolgten Goldausprägungen sich nach anderen als den bestehenden Grundzügen auf die deutschen Münzstätten vertheilt haben, soll eine Ausgleichung herbeigeführt werden. Ferner wurde in Anbetracht des Umstandes, daß ein Theil des für Reichsbrechnung auszuprägenden Goldes im Münzwerthe von rund 1,871,000 M. durch die königl. preußischen Münzstätten in Berlin zu Doppelstücken verarbeitet worden ist, das Einverständniß mit der Beaufsicht der erforderlichen Ausgleich vom Reichskanzleramt getroffenen Maßnahmen erklärt, daß den übrigen Münzstätten gestattet sein soll, bei vorkommenden Ausprägungen auf Privatrechnung, welche sie bis auf Höhe der Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit anzunehmen haben, Kronen auszuprägen und das ihnen dafür gebührende Mehr des Prägelohns, zum Beitrage von 2 M. pro Pfund sein der Reichskasse aufzurechnen und, sobald auf diesem Wege die Ausprägung von im Ganzen 60,000 Pfund Feingold zu Kronen stattgefunden hat, sämtliche Münzstätten zunächst zur Ausprägung von Doppelstücken übergehen. Der hamburgische Bevollmächtigte wies darauf hin, daß nach Feststellung der Vertheilung der Goldausprägungen auf die deutschen Münzstätten eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der hamburgischen Münze nahezu auf das Dreifache eingetreten sei. Es erscheine daher wünschenswerth, das Anteilsverhältniß der deutschen Münzstätten auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit einer Revision zu unterziehen. Auch der Bevollmächtigte Balers erklärte, seine Regierung erwarte eine anderweitige Feststellung des Vertheilungsmahstabes für die Münzausprägungen mit dem Jahre 1876. — Nach einem Bundesratsbeschlusß ist der Minimalbetrag bei Erhebung von Zoll- und Steuergesetzen auf 5 Reichspfennige und ebenso dieser Beitrag für den kleinen Grenzverkehr festgesetzt worden und zwar mit der Maßgabe, daß das Mindestgewicht der zu verzollenden Gegenstände $\frac{1}{10}$ Pfund betragen soll. — Die Abgeordneten Dr. Wolf und Genossen haben soeben folgenden Antrag bei dem Reichstag eingebracht. Es sei der Reichskanzler zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu veranlassen, daß dem Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Legislatur-Periode ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, wonach das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 unter Berücksichtigung der bei den Wahlprüfungen des Reichstages gemachten Erfahrungen einer Revision unterstellt werde und zwar in der Richtung, daß die Unfertigung ständiger Wählerlisten angeordnet, eine richtige Beurkundung der Stimmabgabe mehr gesichert

wird. — Nach einem Bundesratsbeschlusß ist der Minimalbetrag bei Erhebung von Zoll- und Steuergesetzen auf 5 Reichspfennige und ebenso dieser Beitrag für den kleinen Grenzverkehr festgesetzt worden und zwar mit der Maßgabe, daß das Mindestgewicht der zu verzollenden Gegenstände $\frac{1}{10}$ Pfund betragen soll. — Die Abgeordneten Dr. Wolf und Genossen haben soeben folgenden Antrag bei dem Reichstag eingebracht. Es sei der Reichskanzler zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu veranlassen, daß dem Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Legislatur-Periode ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, wonach das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 unter Berücksichtigung der bei den Wahlprüfungen des Reichstages gemachten Erfahrungen einer Revision unterstellt werde und zwar in der Richtung, daß die Unfertigung ständiger Wählerlisten angeordnet, eine richtige Beurkundung der Stimmabgabe mehr gesichert

Blinden in Erfahrung zu bringen. Es waren damals bei der Volkszählung 553 Blinde notirt. Professor von Behender schickte nun an alle Pastoren von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz Frageblätter, an deren Vorderseite der Name, Stand und das Alter der Blinden stand, auf deren Rückseite über Erblindungsbeginn und Dauer, Hilfsbedürftigkeit, Befähigungsfähigkeit der Blinden, über die Ursache der Erblindung und über Todesfälle gefragt wurde. Mit Ausnahme von 6 Pastoren schickten alle die Berichte ein. Aus diesen erhebt, daß in den Volkszählungslisten grobe Fehler vorhanden waren. Es waren darin Leute als blind aufgeführt, die es nie waren und umgekehrt, Geschlecht, Name und Alter der Blinden waren verwechselt, einige Blinde waren unterdead gestorben. Nur 56 Frageblätter waren zu verwenden.

So richtig und genau nun auch die Antworten auf die anderen Fragen waren, so wenig Wert lag aber in den Antworten über die Ursache der Erblindung, eine Frage, deren Beantwortung mitunter dem Augenarzte schwer fällt, gleichwohl denn einem Laien Prof. v. Behender erkennt dies auch selbst an. Colonne 1 in der weiter unten folgenden Tabelle ist deshalb mit großer Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls aber war mit der verdienstvollen Arbeit Behenders ein Anfang gemacht. Der Vortragende hat in Colonne 1 der vergleichenden Tabelle die Zahlen Behenders der Vergleichbarkeit wegen auf 1000 berechnet, in Gruppen gebracht, welche die verschiedenen Ursachen der Erblindung naturgemäß zusammenfassen (s. Colonne 1).

Eine ganz andere Untersuchungsmethode schlug 1873 Dr. Hirschberg, ein sehr talentvoller junger Augenarzt in Berlin ein, um die Ursachen der Erblindung festzustellen. Er zog aus seinen Krankenjournalen die Fälle doppelseitiger Erblindung aus. Es handelt sich um 100 Erblindungen, die bei 7500 Kranken notirt wurden. Dr. Hirschberg konnte, da er die Kranken alle selbst untersucht hat, die angeborenen und erworbenen Erblindungen weit sicherer unterscheiden, als die Pastoren in Mecklenburg; daher sind seine Untersuchungen auch zuverlässiger. Während in Mecklenburg 121, in Berlin nur 30 angeborene auf 1000 Erblindungen. Dr. Hirschberg's Material ist freilich nicht so geographisch-homogen, wie bei Professor v. Behender, weil bei ersterem nur 45 p.C. Kranken aus Berlin waren (siehe Colonne 2).

In noch anderer und zwar sehr dankenswerther Weise griff Augenarzt Dr. Kaz in Essen diese Frage im Jahre 1873 an. Derselbe hatte sich die Original-Volkszählungslisten von 1871 für den Regierungsbezirk Düsseldorf aus Berlin kommen lassen. Er erfuhr die Regierung um ihre Unterstüzung bei seiner Absicht, in den 17 Kreisen des Regierungsbezirks die 1117 Blinden, welche die Volkszählung notirt hatte, namentlich in Bezug auf ihre Heilbarkeit und auf die Ursache ihrer Erblindung zu untersuchen. Die Regierung, von der Wichtigkeit einer derartigen Enquête durchdrungen, erfuhr die Landrätsämter, welche in den Kreisblättern auf den Augen dieser Gaue aufmerksam machen und da Dr. Kaz nicht in jedem Dorf reisen konnte, veranlaßten, daß in jedem Kreise die Blinden nach einzelnen Stationen (3-4) sogar auf Communalosten dirigirt würden. Diesen Bemühungen war es zu verdanken, daß die meisten Blinden erschienen. Die wenigen, welche ausblieben, hielten sich thells für unheilbar, thells waren sie erfolglos operiert worden, andere waren inzwischen gestorben. Auch bei dieser Gelegenheit wurden große Fehler der vorangegangenen Volkszählung entdeckt, was wohl in dem schwer definierbaren Begriffe "blind" oft seinen

Ursachen, wie Redner fortsetzt, unleugbar vorgekommen; jeder Praktiker kann aber Aehnliches berichten. Man darf aber, das Kind nicht mit dem Bade ausschwitzen. Den Schattenseiten stehen sehr bedeutende und überwiegende Lichtseiten gegenüber, welche die öffentliche Gesundheitspflege speziell im Capitel der Prophylaxe oder Vorbeugung mit sich bringt. Selbst die hervorragendsten Augenärzte haben diese Ansicht geteilt. Der berühmte Prof. Dr. v. Graeve in Berlin hielt einen kostbaren öffentlichen Vortrag über "Sehen und Sehorgan" und der ausgezeichnete Augenarzt Professor Dr. v. Arlt in Wien gab ein treffliches Buch "Vorlage der Augen im gesunden und kranken Zustand" heraus, welches 3 Auslagen erlebte. Auch an anderen Orten sind von den Matadoren der augenärztlichen Wissenschaft öffentliche Vorträge über Verhütung von Augenleiden gehalten und gedruckt worden. Trotz allem erblinden viel weniger Augen in Folge von Krankheit, als in Folge von Unwissenheit und Leichtsinn. Dies sei keine leicht hingeworfene Phrase, sondern ein statistisches Factum,

und für die Möglichkeit der Geheimhaltung der Wahlstimmen besser gesorgt werde.

Berlin, 21. November. [Die nächsten Reichstagsarbeiten. — Urs der Hilfskassencommission. — Parlamentarische Conferenz in Preßsachen. — Postgesetz. — Karl Schurz. — Der Bundesrat und die Diätenlosigkeit der Abgeordneten.] In der laufenden Woche wird der Reichstag sich wesentlich mit Detailberathungen des Budgets beschäftigen, nach deren Erledigung verschiedene Commissionen in der Lage sein werden, Berichte über die ihnen überwiesenen Gesetzentwürfe festzustellen. Das Postgesetz und das Hilfskassengesetz werden wahrscheinlich die ersten zur Beratung gelangenden Vorlagen sein. Man hält es noch immer für möglich, daß der Reichstag vor Weihnachten geschlossen werden könnte, wenn auch viele Abgeordnete annehmen, daß ein Theil der Geschäfte auf die nach Neujahr folgende Woche übertragen werden müßt. — Die Verhandlungen der Commission für das Hilfskassengesetz beschränkten sich am Sonntagnachmittag nach der langen und anstrengenden Plenarsitzung auf die §§ 5 und 6. Im ersten Paragraphen wurde es vorgezogen, den Ausdruck: „Die genetige Hilfskasse hat die Rechte einer juristischen Person“, wegen seiner Vieldeutigkeit durch jene Umschreibung zu ersetzen, welche das Handelsgesetzbuch für die Aktiengesellschaften, das Genossenschaftsgesetz für die Genossenschaften braucht. Dadurch wurde ein besonderer § 5a nötig, welcher die Haftung der Hilfskassen nur mit ihrem Vermögen, die der Mitglieder nur mit den statutarischen und gesetzlichen Beiträgen feststellt. Bei § 6 handelt es sich um das 2. Alinea welches nach dem Entwurf die Verbindung der Hilfskasse mit anderen Gesellschaften oder Vereinen untersagt, und statutarische Verpflichtungen der Mitglieder zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht zuläßt. Die Abgeordneten Gumprecht und Oppenheim wollten nur die legitime Beschränkung zugestehen, von der es freilich durchaus zweifelhaft blieb, ob sie nicht auch die erste Beschränkung in sich fäst. Der Abgeordnete Dr. Haniel wünscht eine Vermittelung dahin, daß die Mitgliedschaft und deren Rechte nicht abhängig gemacht werden dürfen von einer Beteiligung an Verbindungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter. Denn § 152 der Gewerbeordnung gestattet hier jederzeitigen Rücktritt, und versage Klage und Einrede. Diese bestehende gesetzliche Vorschrift könne und dürfe durch die Statuten der Hilfskasse nicht illusorisch gemacht werden. Das Amendment sei deshalb nur eine Klarstellung dessen, was auch ohne ausdrückliche Feststellung aus dem citirten § 152 folge. Die Abstimmung ergab die eventuelle Annahme des Antrages Haniel. Bei der definitiven Abstimmung aber fielen alle gestellten Anträge und ebenso das zweite Alinea der Regierungsvorlage. Es ergibt sich daher wenigstens soviel, daß die große Majorität der Commission ein principielles Verbot von Hilfskassen, deren Mitgliedschaft bedingt ist, durch die Beteiligung an andern Gesellschaften oder Vereinen, für ungültig hält. — Die Reichsjustizcommission ist durch die ununterbrochenen Plenarberathungen genehmigt, ihre Sitzungen zu verlagern, indessen wird diese Pause zu Spezialberathungen über wichtige Punkte des Gerichtsverfassungsgesetzes, darunter auch über jenen, betreffs Neubewilligung der Preßsachen an die Schwurgerichte, benutzt werden. Wir hören, daß deshalb zwischen den Mitgliedern der Commission und hiesigen Redakteuren die Abhaltung einer Conferenz beantragt werden wird. — Die Post-Commission hat ihre Berathungen beendet. In ihrer Schlussitzung wurden die 4 letzten Paragraphen mit unwesentlichen Modifikationen in erster, dann das ganze Gesetz in zweiter Lesung mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen. Abg. Graf Kleist versuchte die Bestimmungen der Regierungsvorlage über Beschränzung der Poststücke bis zum Einzelgewicht von 10 Kilogramm einschließlich, wieder herzu stellen. Sein Antrag wurde abgelehnt. Ein anderer, der für 2 Kilogramm Packegewicht, 5 Kilo als Vermittelungsabstand verlangte, hätte Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn der Generalpostdirektor Stephan nicht erklärt hätte, daß er ohne Autorisation für die Annahme dieses Vorschlags sei. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Vermittelungs-Antrag im Plenum die Mehrheit finden werde. — Der frühere Senator Karl Schurz ist dem Rufe seiner amerikanischen Freunde gefolgt und verließ Deutschland, um bei den Wahlen in Ohio lebhaft und erfolgreich mitzuwirken. In einem Brief an einen seiner hiesigen Freunde stellt er seine Wiederkehr nach Europa und seine wahrscheinliche Beteiligung am deutschen politischen Leben in Aussicht. Sein Name und sein Talent befähigen ihn allerdings dazu. Von offizieller Seite wird dem Schwall aller abgegriffen.

Grund haben mag. 810 Blinde konnte Dr. Kas selbst untersuchen. Bei derartigen Massenuntersuchungen ist freilich nicht so genau zu prüfen und zu untersuchen, als in der Ruhe des Sprechzimmers; auch ist ein Vergleich mit den Zahlen der anderen Autoren dadurch erschwert, daß eine große Zahl heisbarer Erblindungen mit aufgenommen wurden; indessen ist das Gesammtresultat doch ein höchst wertvolles (s. Colonne 3).

Eine letzte Arbeit erhielt im vorigen Jahre von Dr. Brehmer, welcher aus der Universitätsklinik zu Kiel, deren Director Professor Bölters ist, über 116 doppelseitige und 340 einseitige Erblindungen berichtete. Diese Zahl von Blinden wurde unter 12.000 Augenpatienten, welche im Laufe von 7 Jahren die Klinik aufsucht hatten, nouirt. Sie führt wesentlich auf der Brehmerschen Methode (s. Colonne 4. und 5).

Redner hat selbst, da in der Statistik nur grobe Zahlen bewiesen, aus seinen Kranken-Journalen, 1000 Fälle von Erblindungen, doppelseitige und einseitige, herausgezogen. Im Weiteren erörtert Redner in aussführlicher Weise, warum auch die Erblindung eines Auges für die Frage nach den Ursachen der Erblindungen von höchstem Werthe ist. Der Werth eines Auges kann schon daraus ermeßt werden, daß ein einzige Menschen ein kleineres Gesichtsfeld, eine schlechtere Tätitation der Tiefendimension haben und bei ihnen ferner die Möglichkeit der Extraktions des anderen Auges aus Mitteidenschaft nabeliegt.

Im Weiteren fäkt der Vortragende den Begriff „blind“ nicht in dem Sinne auf, daß jeder Lichtkeim erloschen sein müsse, für ihn ist vielmehr jedes Auge blind, mit dem nicht mehr gearbeitet werden kann. In diesem Sinne hat der Vortragende unter 11,050 Personen, welche ihn von Juli 1866 bis Juli 1873 consultirten, 776 blind gefunden (7 Procent). Diese 11,050 Personen hatten 22,100 Augen, von denen 1000 (4½ Procent) erblindet waren. Jahr für Jahr betrug diese Ziffer 3—5 Procent. Von den 776 Blinden gehörten 535 dem männlichen und 242 dem weiblichen Geschlechte an; diese Präponderanz des männlichen Geschlechts ist jedenfalls eine Folge der Berufsbeschäftigungen. Nach der Augenzahl waren 554 männliche und 446 weibliche Augen erblindet, so daß mutin der doppelseitige Erblindung bei den Frauen viel häufiger war, als bei den Männern. Im Ganzen waren 552 Personen auf ein Auge, 224 auf beide Augen erblindet.

Wenn nun auch, wie Redner vorbrachte, die wissenschaftliche Berichtigung der 1000 Fälle den Fachjournals vorbehalten bleibt mögl., so ist doch anzusehn, die Ursachen der 1000 Erblindungen, so weit sie allgemeines Interesse haben, in der nachfolgenden Tabelle einem größeren Kreise darzulegen.

Für diesen populären Zweck heißt Redner die Erblindungen ein: I. in ganz unabwendbare, II. vielleicht vermeidbare und III. absolut vermeidbare. Nach dieser Eintheilung ergiebt sich, daß bei 194 Augen die Erblindung unvermeidlich, bei 255 vielleicht vermeidlich und bei 551 absolut vermeidlich war.

Das Hauptcontingent zur I. Classe, den ganz unabwendbaren Erblindungen, stellt der sogenannte schwarze Staar mit 102 Fällen von 1000. Früher bezeichnete man damit jede Erblindung, bei welcher die Pupille schwarz erschien und der Kranke doch nichts sah, so daß ein bekanntes Witzwort des Professor von Waller lautete: Beim grauen Staar sieht der Kranke nichts und der Arzt sieht etwas Krankes, beim schwarzen Staar

nen Gründe für die Diätenlosigkeit kein neuer hinzugesetzt und so dem Parlamente in Aussicht gestellt, daß es den Antrag Schulz-Delitzsch wieder einmal vergeblich annehmen wird. Um Gleiche mit Gleichen zu vergleichen, beabsichtigt man im Reichstage den Antrag zu stellen: 1) den Abgeordneten der Regierungen (Bundesträthe) so lange keine Diäten auszuzahlen, bis die Abgeordneten des Volkes solche erhalten, und 2) die Bundesräthe zu veranlassen, das Budget regelmäßig nach Constitution des Reichstages dem Hause vorzulegen. Der Abg. Rohland (Naumburg, Weihenfels, Zeitz), welcher seinen Wählern einen Bericht über den tragen Gang der Reichstagsarbeiten bis zum Eintritt in die Budgetberathung erstattet, sagt in dieser Beziehung: Niemand kann die Conservirung eines Zustandes, der die, ihren Familien und ihren Geschäften entrissten Abgeordneten zur Staffage eines in jeder Beziehung besser stützten Bundesrathes macht, wünschen, oder billigen. Wir vermuten, daß der Bundesrat in einem wohlberechtigten Zartgefühl selbst empfindet, wie wenig solche Verhältnisse geeignet sind, das Ansehen des Reichstages und sein eigenes zu erhöhen. Um so mehr aber muß erwartet werden, daß dem zur geeigneten Abbilfe wiederholt andrängenden Reichstags endlich nachgegeben und ein, auch den Empfindungen der Volksvertreter gerecht werdender Zustand hergestellt wird.

△ Berlin, 21. November. [Die gestrige Reichstagsitzung] war, aller Wahrscheinlichkeit nach, Epoche mache, wenn nicht überhaupt für die zukünftige Entwicklung des Constitutionalismus des deutschen Reiches, so doch wenigstens für den Einfluß der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände Deutschlands auf die Gesetzgebung und Finanzpolitik des Reiches. Das ist die in den Kreisen vorsichtig urtheilender Reichstagsabgeordneten allgemein verbreitete Meinung. Selbst der stenographische Bericht wird kaum im Stande sein, ein Bild von der Erregung und wechselnden Stimmung des Reichstags zu geben, geschweige denn die täglichen Parlamentsberichte. Die conservative Partei beginnt die Unklugheit, sich nicht präzidieren zu lassen, sondern ihren, allzeit rebederten Freiherrn von Minnigerode vorzuschicken. Der Unglückliche wurde wegen seiner weisen Lehren später von Richter und noch mehr von Lasker in heiterster Weise abgeführt. Der anderthalbstündigen Rede Richters lauschten von Anfang bis zu Ende mit gespanntester Aufmerksamkeit alle Parteien des Reichstags, die vollbesetzten Bundesrathreihen und die übersäten Tribünen. Von Jahr zu Jahr meisterhafter versteht es Richter, mit spielender Sicherheit im Anschluß an die Zahlencolumnen des Staats in knappster prägnanter Form, in gedankenreichster Ausdrucksweise ein anschauliches klares Bild der wirtschaftlichen, finanziellen und allgemein politischen Lage des Reiches vor den Zuhörern aufzurollen und dabei den ganzen gewaltigen Angriff auf die schnell erkannten Schwächen seiner Gegner zu richten. Aber wer waren die Gegner? Als freihändlerischer Demokrat und zugleich als ehrliches Mitglied einer politischen Partei, die vollbewußt für lange allen ehrgeizigen Plänen entsagt hat, mußte Richter die wirtschaftliche Politik der Vergangenheit, die zum Theil in Delbrück und Camphausen verkörpert ist, in Schuß nehmen gegen die ungerechten Angriffe, die jetzt von Conservativen und liberalen Interessenten mit und ohne Anflutung einflussreicher Kreise gegen sie losgelassen werden. Er unterzog sich dieser Aufgabe mit größtem Geschick. Auf das Unbarmherzigste zerstörte er in dem ersten Theile seiner Rede jeden Gedanken an die Möglichkeit der Bewilligung neuer Steuern. Wo die vollen Beute so massenhaft herumstehen, um nicht bloß das fictive, sondern auch ein nicht einmal vorhandenes reales Deficit auszugleichen, da kann kein gewissenhafter Volksvertreter eine neue Steuer bewilligen, selbst nicht die allerpopulärste. Aber selbst bei dem eim scharf scharfen Angriff gegen die Etataufstellung schoß Richter die Schuld derselben vorzugsweise auf die mangelhafte Gestaltung der obersten Reichsbehörde, — die Nothwendigkeit verantwortlicher Minister ist eine alte Forderung der Fortschrittspartei. Wenn Richter sodann im zweiten Theile der Rede nicht unterließ, den Minister Camphausen zu erinnern, daß er als Abgeordneter 1869 für die ganz und gar überflüssigen 7 neuen Steuern des Herrn von der Heydt aufgetreten ist, so war doch Camphausen sicher im höchsten Maße bestredigt, daß ihm von diesem schärfsten aller Gegner, die jemals ein tüchtiger Finanzminister gehabt hat, die höchste Anerkennung zu Theil wurde wegen seines am meisten angegriffenen Ausspruchs. „Alle Achtung vor einem Minister, der so unpopuläre Wahrheiten ausspricht!“ rief Richter mit Bezug auf jenen Ausspruch, daß die Industrie zu lernen habe, wohlfetter zu produciren, daß die ganze Nation fleißiger, sparsamer, wirtschaftlicher werden müsse. — Daß dieses Lob den preußischen Finanzminister die vielen scharfen Angriffe des Vorredners vergessen ließ, befandt derselbe

durch die nachfolgende Rede, deren Inhalt in vielen Punkten auf das Höchste überfasste. Die Offenheit, mit der Camphausen wirklich constitutionelle Grundätze vom Bundesrathes proklamierte, — seine Neuherbung, er fürchtete, bei dem Hause besthehe res judicata über die neuen Steuern, die Darstellung seiner für optimistisch erschienenen Anschaunungen über die wirtschaftliche Lage des Landes, und nicht zum geringsten, die Neuherbung, er würde (anders als sein Gegner, der Präsident von Dethend) den Discontoza der Preußischen Bank zur Zeit niedriger halten, — alles dies ließ die Rede erscheinen als die Verkündigung, daß allerding auch in den höchsten Regionen Strömungen existieren, deren Sieg eine wirtschaftliche und politische Reaction zur Folge haben würde. Was nützte es dann Herrn von Kardorff, die Studien, durch die er zu schätzhafteren Überzeugungen gekommen ist, will, in einer unbeachteten und die Ungeduld des Hauses auf das Neuherste herausfordernden Rede niedergulegen? — Lasker fand sich zum ersten Male veranlaßt, in einer zusammenfassenden Rede das Fazit zu ziehen, — vielleicht zu günstig für die Herren Delbrück und Camphausen, jedenfalls sehr entschieden zum Nachteil der Reaction.

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 6. Novbr. 1875 geprägt: an Goldmünzen: 941,656,740 Mark Doppelfronen, 276,605,640 Mark Kronen; hierauf auf Bridatrede: 49,660,860 M.; an Silbermünzen: 23,143,270 Mark 5-Markstücke, 97,365,200 Mark 1-Markstücke, 4,097,717 M. 50 Pf. 50-Pfennigstücke, 19,211,675 M. 80 Pf. 20-Pfennigstücke, an Niedermünzen 10,674,781 Mark 10 Pf. 10-Pfennigstücke, 5,639,416 Mark 5 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 4,376,648 Mark 86 Pf. 2-Pfennigstücke, 2,285,539 Mark 46 Pf. 1-Pfennigstücke. Gefälschte Prägung: an Goldmünzen: 1,218,262,380 Mark; an Silbermünzen: 144,317,863 Mark 30 Pf. an Niedermünzen: 16,314,197 Mark 15 Pf.; an Kupfermünzen: 6,662,188 Mark 32 Pf.

[v. Arnim-Heinrichsdorf +.] Wie die „Kreuzzig.“ mittheilt, verschied am 18. November Heinrich Leonhard von Arnim-Heinrichsdorf in Folge einer Lungenlähmung nach eben vollendeten vierundsechzigsten Lebensjahren. Er war Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses von 1850 (mit Ausnahme der Periode von 1862—65) bis jetzt, ferner Mitglied des constituirenden und des ordentlichen Norddeutschen, sowie des gegenwärtigen Deutschen Reichstags. Stets gehörte er der conservativen Partei an.

[Der telegraphisch skizzierte Brief Arnim's] an den Herausgeber der „Times“ lautet:

Mein Herr! Die „Times“ vom 11. Novbr. brachte einen Artikel, welcher einen Bericht über eine wenige Tage vorher in Zürich erschienene neue Publication enthält. Indem ich einige wichtige Zerröhre, welche ich in dem beigefügten Artikel finde, zu berichtigten wünsche, kann ich nicht warten, bis der Autor die Broschüre, von welcher er spricht, selbst gelesen hat. In Folge dessen erlauben Sie mir in der feierlichsten Weise zu constatiren:

1. Nie, seit ich an die Pariser Gesellschaft berufen wurde, hatte ich mit Ihrer Majestät der Kaiserin eine Unterredung über religiöse oder politische Fragen. Nie hat Ihre Majestät mir angefragt, ihr Brüder oder andere Mitteilungen zu senden. Ich schrieb ihr nie, sie geruhte nie an mich zu schreiben. Ich hatte nie Gelegenheit, Ihrer Majestät direkt oder indirekt irgend welche Information zu geben. Nicht der geringste Ideenaustausch über irgend eine Frage, welche möglicherweise Gegenstand irgend einer Conversation öffentlich oder in einer Privataudienz sein könnte, hat stattgefunden. Ich bin vollständig unkundig (perfectly ignorant) der wirklichen oder eingebildeten Thatsachen, aus welchen Fürst Bismarck die Überzeugung gezogen hat, in Folge deren er zu den Neuherungen kam, die er über diesen Gegenstand mir gegenüber machte.

2. Ich habe nie Seine Majestät dem Kaiser und Königin, mein erhabenen Herrn, einen Bericht, Brief oder eine Mitteilung durch einen anderen Kanal zutunen, als durch das Auswärtige Amt.

Der illegale Einfluß, über welchen als der Constitution des Kaiserreiches zuwider und den Interessen desselben schädlich, der Kanzler in seiner Depeche vom 19. Juni 1873 sich beklagte, ist nie dagewesen. Nie habe ich mit Wissen des Kanzlers Opposition gemacht. Diejenigen, welche in Berlin versucht haben und noch versuchen, Verleumdungen auszustreuen, denen ich hier in der förmlichsten Weise widerspreche (contradict), sind sich vielleicht ihrer sträflichen Leichtfertigkeit bewußt. Sie schrecken davor nicht zurück, meinen Namen mit demjenigen Ihren Majestät zusammen zu setzen, und um mich zu beschuldigen, beleidigen (insult) sie dieselbe. Indem sie mich beschuldigen, einen der Constitution und dem Wohlgehen des Reiches zuwiderräumend Einfluß auszuüben, haben sie die Rühmtheit, die Würde des Souveräns zu beschimpfen (outrage), dessen Zustimmung notwendig war, wenn ich wirklich den Einfluß gehabt hätte, über welchen der Kanzler sich beklagt.

Seine Kaiserliche Majestät mag es in seiner Weisheit vernehmen, diese voreiligen und sorglosen Versicherungen zu beachten. Vielleicht sollte eben Geringstädigung des Souveräns genügen, seinen Unterthan zu schirmen. Allein wenn ich dieselben mit Stillschweigen vorübergeben ließe, so würden sie in Legenden übergehen, um später nie in Frage gestellt zu werden, und ich würde mich selbst dem Vorwurf aussetzen, mich gloriosirt zu haben mit einer Intimität, welche nie existierte, und mit einem Einfluß, den ich nie besaß und nur zu erlangen wünschte.

Ich bege die Vertrauen, mein Herr, daß Sie freundlich diese Zeilen in Ihr Blatt aufnehmen und habe die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener Arnim.

Berlin, 12. November.

außerst selten; es wurden unter 1000 Erblindungen nur 3 Fälle in Folge von Diphtheritis beobachtet.

Die 5. Klappe der ganz unabwendbaren Erblindungen sind die angeborenen. Es sind dies eigentlich keine Erblindungen, sondern es ist ein Blindsein, dessen Anfang und Ursache sich nicht bestimmen läßt. Redner hat nur 9 derartige Fälle gesehen, darunter ein Kind, das ganz ohne Augen geboren war; Dr. Kas dagegen hat 4 solcher Kinder gesehen. Die hohe Zahl von 121 bei Behender kommt jedenfalls daher, daß in den ersten Lebensjahren erblindete Kinder hier mittrüben und die hohe Zahl von 113 bei Brehmer davon, daß er retinitis pigmentosa mit hineingezählte.

Mit wahrer Bergsinn wendete Redner sich nunmehr von diesem trostlosen Capitel zu der II. Hauptgruppe, den vielleicht vermeidbaren Erblindungen zu, deren er 255 hat. Das Haupt-Contingent stellt die Kurzschichtigkeit, und zwar in 109 Fällen. Das Wesen derselben besteht in einer Verlängerung der von nach hinten laufenden Achse des Auges. Diese führt zu einer Dehnung der Nethaut und Aderhaut des Auges, in Folge dessen entweder die Nethaut sich löst oder in ihrem feinsten Theile, dem sog. gelben Fleck, Verkürzungen erfährt. In 48 Fällen hat Redner Nethautablösung, in 63 Fällen Verkürzungen am gelben Fleck beobachtet. Wenn auch in letzteren Fällen noch im Umkreise Gegenstände erkannt werden können, so hört doch das centrale Sehen, also die Arbeitsfähigkeit des Auges, auf.

Die vorgeschriebene Zeit nötigte hier den Redner zum Schluß seines Vortrages, dem die Versammlung mit großem Interesse und lebhaftem Beifall gejubelt war.

Nachträglich lassen wir hier die Tabelle folgen, auf die wir oben wiederholt hingewiesen haben.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Behender	Hirschberg	Kas	Bölters-Brehmer	Herm. Cohn		
Bahl der Untersuchungen.	526	100	810	116	340	1000
Ort.....	Mecklenburg	Berlin	Düsseldorf	Kiel	Breslau	
1) Schwarzer Staar ..	80	190	125	206	39	102
2) Nethaut-Krankheit ..	27	60	30	52	33	51
3) Geißwölfe ..	?	10	?	18	32	20
4) Typhus ..	?	20	2	—	—	9
5) Angeborene Erblindung ..	121	30	24	113	18	9
6) Diphtheritis ..	?	40	?	8	—	

Wolfenbüttel, 21. Nov. [Der welsische Pastor Uelzen.] früher im Hannoverischen, jetzt zu Hohen im Braunschweigischen angestellt, ist wegen Beleidigung des Kaisers vom Criminalsenat des Wolfenbütteler Obergerichts zu 2 Monat Festungshaft verurtheilt.

Dresden, 19. November. [In der heute hier stattgehabten Generalversammlung] der Actionäre der sächsischen Bank wurde die Unterwerfung der sächsischen Bank unter das Reichsbankgesetz nach Maßgabe der vorgelegten Tagesordnung einstimmig genehmigt.

Regensburg, 21. Nov. [Die Antwort des Bischofs von Regensburg] auf den Vorschlag des Cultusministers Dr. v. Lutz wegen Ernennung eines Vertraeus- und Schiedsmannes zur Vernehmung der Zeugen über den bestrittenen Wahlerlaß des Bischofs ist gutem Vernehmen nach jetzt erfolgt.

Würzburg, 20. November. [Domcapitular Hohn.] Der Rechtsanwalt Kaiser hat dem „Fränk.“ Volksblatte“ nachstehende Berichtigung zugesandt:

„Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Namens des hochwürdigen Herrn Domcapitulars M. Hohn dahier um Aufnahme der nachstehenden, gegen den Artikel in Nr. 260 des „Fränk. Volksblattes“ vom 16. November c. gerichteten Berichtigung. Mein Herr Mandant, welcher niemals seine subordinirte Stellung zu seinem Diözesanbischofe außer Augen gelassen, hat im Bewußtsein derselben geglaubt, nach eingetroffener ihm günstiger Entschließung des kgl. Staatsministeriums vom 4. November c. den ersten Schritt zur Befreiung eines zumal für ihn selbst unerträglichen Verhältnisses unternehmen zu sollen. Die beste Form hierfür schien demselben die Bezugnahme auf das bei seiner Priesterordination vor dem Diözesanbischof abgelegte Gelübde des Gehorsams und Verehrung zu sein, und an dieses anknüpfend hat derselbe um Restitution in das bischöfliche Vertrauen gebeten, welche Bitte sofort auch genehmigt wurde. Die von Ihnen gebrachte „im Übrigen selbstverständliche bestimmte Nachricht“, mit welcher Sie die einfachen Worte der bischöflichen, dem Domcapitel unterm 15. I. M. mitgetheilten Restitution begleiten, ist insofern eine irrite, als eine Unterwerfung in Ihrem Sinne nicht gesordert und nicht geleistet wurde, auch nicht die gemeldete „volle Genehmigung“, von welcher ganz unverstündlich ist, wie Sie sich diesbezüglich denken. Ebenso wie, wie Ihre Zeilen durchblättert lassen, ein Verzicht auf die durch allegierte Ministerialentziehung für meinen Herrn Mandanten gewonnene rechtliche Basis gefordert noch geleistet, es wurde derselben gar nicht erwähnt und überhaupt diese Sache mit größter Kürze und Delicatesse zu Ende geführt. Bedenken darüber, ob die vermeintlich so gut katholische Presse mit gleicher Noblesse und Discretion dieselben behandelnd würde, hat mein Herr Mandant allerdings auseinander, und überlasse ich Ihnen das Urtheil darüber, ob diese Bestrichungen begründeter waren. — Uebrigens bin ich beauftragt, Ihnen zur Verübung zu erklären, daß „dieser Schritt des Herrn Domcapitulars aufrichtig gemeint und klarem Pflichtbewußtsein entsprungen ist“; wenn auch derselbe vorerst nicht entschlossen ist, der Richtung und den Weisungen des „Fränkischen Volksblattes“ zu folgen, wohl aber, unentwegt treu zur beschworenen haim. Staatsverfassung zu stehen, von welcher, wie Ihnen ja bekannt, auch die deutsche Reichsverfassung integrierender Bestandteil ist. Derselbe hofft trotzdem und zugleich, hiermit ein der katholischen Kirche treu und gewissenhaft ergebener, mit dem vollkommenen Vertrauen seines Diözesanbischofes beglückter Priester sein zu können.“

D e s t e r r e i c h .

Wien, 20. November. [Herzog Franz V. von Modena.] Abermals ist das kaiserliche Haus heute von einem schmerlichen Verlust betroffen worden, der um so tieferer Trauer erregen wird, je plötzlicher diesmal der unerträgliche Tod ein Mitglied des österreichischen Ershauses vom irischen Schauspiel abberiet. Erst heute Nachmittag verbreitete sich die Kunde von einer schweren Erkrankung des Herzogs Franz von Modena; um 5 Uhr wurde bereits den zahlreichen Personen, welche im Palais in der Beatrixgasse nach dem Zustande des Kranken sich erkundigten, die unerwartete Nachricht, daß der Herzog soeben verschieden sei. Vorigen Dienstag Abend lehrte der Herzog mit seiner Gemahlin aus dem ihm gebrügten Schloß Wildenwarth in Baiern nach Wien zurück. Der Herzog war zwar damals schon leidend, aber in keineswegs befangerer Weise; ja an einem der letzten Tage erschien er noch mit dem Kaiser in der Hofoper. — Ueberdiesen wir-schreibt die „N. Fr. Pr.“ — den Lebensgang des so plötzlich dahingegliederten Herzogs, welder erst im 57. Lebensjahr stand, so tritt uns ein freudloses Bild voll bitterer Enttäuschungen und stürmischer Regentenstürme entgegen. Erst in Wien fand der Herzog nach mannißig schwere Durchführung des centralistischen Programms geradezu unmöglich machen. Ein liberale Ministerium, das Helferts Reformen verwirklichen wollte, wurde verzweifeltem Widerstande in Ungarn begegnen — ein byzantinisches Cabinet, von dem alle Welt weiß, daß es gegen den bestehenden Zustand der Dinge nur deshalb ankämpft, um uns abermals statt der Verfassung ein Concordat zu bieten, würde beim ersten Anlaufe zu einem entsprechenden Staatsstreiche dem homericischen Göttergelächter erliegen, das sich auf beiden Seiten der Linken erheben müßte. Es giebt keinen Deutschen, der nicht tausendmal die ungarnischen Honveds und die Delegationen der Rückkehr zu den menschenentwürdigenden Zuständen der Concordatszeit vorzöge. Gerade Baron Helfert mußte sich hüten, an diesen Dingen zu röhren. Wir hatten ja in Kroatien eine centralistische Verfassung mit einem Parlamente der ganzen Monarchie erhalten: und seine Clique escamotirte die ganze Garde, so wie der Mann des 2. December seinen Staatskrieg vollzogen. Wir hatten unter Schmerling einen Gesamtstaats-Reichsrath und einen Staatsrat für die ganze Monarchie: wieder war es jene specielle Clique Helferts, die nicht ruhete, bis die Februarstatute „sistiri“ waren. Sie, die sich heute den Mund zerriß über die Zweittheilung der Armee, war ja in den Fundamentalariaten ganz bereit, sie in bunte Provinzialaufzüge zu zerfaulen. Ihr heutiger Anlauf ist also nichts als ein Mittel, den Josephinismus und Parlamentarismus, den sie durch den Feudalismus nicht zu stürzen vermocht, jetzt mittelst des Centralismus aus den Angeln zu heben und das Concordat wieder zu Ehren zu bringen. Dennoch muß man es Helfert danken, wenn er die Magyaren daran erinnert, daß sie ohne Österreichs Hilfe seit 1526 als geschundene Rajah gleich den Bosniern und Herzogowinaern um eine menschen-würdige Existenz gegen die Moslim kämpfen müßten.

F r a n c e .

Paris, 18. November. [Von der katholischen Universität. — Verschiedenes.] Wie in Paris, so ist gestern in Elie die katholische Universität eröffnet worden. In der „Union de l'Ouest“ ließ man die Formel des Eides, welchen die Professoren der ultramontanen Fakultäten zu leisten haben. Sie verbindet in der That bekannt gemacht zu werden. So verpflichtet sich z. B. jeder Professor: „niemals die heiligen Schriften zu interpretieren, es sei denn nach der einstimmigen Auffassung der Kirchenväter . . . zu glauben, daß es ein Fegefeuer gibt, daß die Seelen dort festgehalten werden, daß die Reliquien der Heiligen geehrt werden müssen, daß die Macht der Ablässe dem christlichen Volke sehr heilig ist u. s. w. . Ich schwör und verspreche, heißt es in dieser Eidesformel weiter, einem wahren Gehorcam dem römischen Papste; . . . ich bekannte und empfange auch mit Gewißheit alle anderen Lehren der Ueberlieferung, der katholischen Concile und besonders des helligen Tridentinischen Concils; desgleichen verdamme, verwerfe und verfluche ich alle entgegengezogenen Lehren und alle Rezessionen jeder Art, die von der Kirche verdammt und verworfen sind.“ — Die Akademie ist gestern offiziell davon benachrichtigt worden, daß H. de Borries, Verfasser der „Tochter Roland“ seine Candidatur für den Sessel de Remusat's aufstellt. — Im Gymnase wurde gestern Abend ein neues Drama F. Sardou's „Ferréol“, mit großem Erfolge gegeben. — Die berühmte Schauspielerin Dejazet liegt fast hoffnunglos erkrankt darüber.

[In Versailles] ist heute vor der Sitzung die Commission für das Preßgesetz gewählt worden. Wenn diese Wahl für maßgebend gelten kann, so hat das Preßgesetz kein günstiges Schicksal zu erwarten, von den 15 Mitgliedern der neuen Commission sind 11 gegen den Gesetzentwurf Buffet's und Dufaure's und nur 4 dafür. In einer Fractionssitzung des linken Centrums nahm Bardeau mit einer sehr befällig aufgenommenen Rede vom Präsidentenstuhl Besitz. Er lobte die Politik des linken Centrums, dessen Mitglieder von vorherein die Republik als die einzige mögliche Regierung erkannt und sich mit Hingabe um Thiers geschaart hätten. Man darf sich nicht darüber wundern, daß die neue Verfassung auf Feindseligkeit stößt! nicht mit Intoleranz müsse man dieser Feindseligkeit entgegentreten, sondern mit Mäßigung und Ausdauer. Die Zukunft, hat man gesagt, gehört den Verständigen; das linke Centrum kann getrost dem Lande das Urteil über seine Haltung anheimgehn. Für den Schluss der Session wird es den Grundsäzen treu bleiben, welche seine Politik und diesenigen der Linken geleitet haben.

Paris, 19. November. [Aus der Nationalversammlung. — Zur Kunst.] Die Nationalversammlung hat sich abermals für ein paar Tage eine Erholung bewilligt. Sie erledigte gestern in Elie eine Anzahl von Geschäftsvorlagen; unter Anderem wurde der Vertrag mit Deutschland (vom 3. Mai d. J.) betrifft Austausch der Werthmandate bestätigt. Hierauf bestieg Ricard die Tribune und beantragte im Namen der Dreißiger-Commission die Hinauschiebung der dritten Lesung des Wahlgesetzes bis zum nächsten Montag, da der

* * Wien, 21. November. [Helfert über die Revision des Ausgleiches mit Ungarn.] Endlich ist einmal ein ehrliches, ein deutsches Wort mit dem unerträglichen magyarischen Nebermuth in Sachen der Ausgleichs-Revision gesprochen. Leider aber kam es aus dem Munde eines Feudal-Clericalen, des Baron Helfert, der als Unterstaats-Sekretär des Concordats-Grauen Thun von 1849 bis 1859 fungirte, von Belcredi wieder vorgebracht wurde und Hohenwart seine Fundamental-Artikel souffrte. Aus solcher Feder kann auch die Wahrheit nichts nützen, einschließlich weil sie jedem Unbefangenen verdächtig sein muss und den tiefsten Argwohn jedes Rechtlichen erweckt. Desto mehr Schaden aber für die Deutschliberalen, daß sie, statt selber das erlösende Wort zu sprechen, das, von ihnen in Thaten umgesetzt, die Monarchie retten konnte, es einer Capacität der Jesuitenpartei überließ, auch noch diesen letzten Rettungsanker Österreichs unbrauchbar zu machen. Daß der Dualismus ein Provisorium ist, aus dem wir schnell herauskommen müssen, begreift jeder Verständige: die Zeit drängt schon deswegen, weil die Einheit der Staatsfinanzen von Tage zu Tage schwieriger werden muß, je länger man dem wahnsinnigen Gebahren der Magyaren, Schulden auf Schulden zu häufen, mit gezeugten Armen zieht. Unfehlbar und unverkuglich hat Helfert Recht: die finanzielle, militärische, politische Einheit der Monarchie muß wieder hergestellt, die Honvoed-Armee aufgelöst, die Bezeichnung „Österreich-Ungarn“ abgeschafft, Ein Handels- und Zollgebiet unter dem Titel „Österreich“ und unter der schwatzgelben Fahne constituitirt werden, Ein Staatsrat und Ein Reichsrath muß die ganze Monarchie umfassen. Gewiß, Österreich muß entweder dies Programm erfüllen oder in nicht ferner Zeit zu Grunde geben. Aber die Fahne derselben hätte die Verfassungspartei wie Ein Mann erheben müssen, als im Herbst dieses Jahres sich aus deren Lager bereits sehr nachdrücklich die Mahnung vernehmen ließ: bei der Ausgleichs-Revision ein Ende zu machen mit dem Dualismus und dem Königthum auf Kündigung von zehn zu zehn Jahren. Leider, leider bleiben diese verfassungstreuen Patrioten Auser in der Wüste. Die Verfassungspartei war zu rücksichtsvoll am unrechten Orte, um das Eine, was Noth thut, laut und offen zu proklamiren. Jetzt thut's die Reaction an ihrer Stelle und wird damit nicht nur der Verfassungspartei die Führung in derjenigen Frage entreissen, vor der alles Andere in den Hintergrund treten muß, nein, sie wird auch die, ohnedies hinlänglich schwere Durchführung des centralistischen Programms geradezu unmöglich machen. Ein liberales Ministerium, das Helferts Reformen verwirklichen wollte, würde verzweifeltem Widerstande in Ungarn begegnen — ein byzantinisches Cabinet, von dem alle Welt weiß, daß es gegen den bestehenden Zustand der Dinge nur deshalb ankämpft, um uns abermals statt der Verfassung ein Concordat zu bieten, würde beim ersten Anlaufe zu einem entsprechenden Staatsstreiche dem homericischen Göttergelächter erliegen, das sich auf beiden Seiten der Linken erheben müßte. Es

verwiesen, wie die lamentable Geschichte der ersten Dreißiger-Commission beweist; aber ein Vorfall wie der gestrige, ist für ein Cabinet immer ärgerlich. Wenn die Kammer im letzten Augenblick, um es nicht ganz und gar mit der öffentlichen Meinung zu verderben, dies Preßgesetz zurückweisen sollte! ein Gesetz, mit dessen Hilfe man die Journale während der Wahlperiode im Zaume zu halten hofft! Um so unerfreulicher mußte es Herrn Buffet sein, daß am nämlichen Tage die entscheidende Lesung des Wahlgesetzes verschoben wurde. Die Opposition erhält dadurch Gelegenheit sich zu sammeln. Ohne Zweifel hätten die Republikaner unkug daran, sich Illusionen hinzugeben. Sie werden schwerlich das Votum über die Arrondissementswahlen wieder umstoßen; aber es ist schon ein Erfolg für sie, wenn sie überhaupt Buffet's Sieg noch einmal in Frage stellen können. Auf den Schluss der Session, auf die Senatorenwahl und die Preßdebatte kann das starke Einfluß üben. Vor einigen Tagen schienen sie jede weitere Anstrengung für überflüssig zu halten; jetzt schicken sie sich an, wenn nicht das verunglückte Listenscrutinium, doch das bekannte Mittelsystem, welches den stark beobachteten Dejazet eine Listenwahl in kleinerem Maßstabe sichert, zu vertheidigen. Sie werden außerdem einige andere Bestimmungen des Wahlgesetzes umzustossen suchen; so namentlich die Artikel, welche die Vertreibung Algeriens und der anderen Colonien beeinträchtigen. Die Vertreter der Colonien richten seit einigen Tagen lange Briefe an die Journale, um die Unbilligkeit dieser Maßregel darzuthun. — In den Abtheilungen sind gestern bei der Wahl der Commission für das Preßgesetz sehr scharfe Reden gehalten worden; zumeist natürlich von Rednern der Linken. Über auch mehrere Deputirte der Rechten und der bonapartistischen Partei griffen das Gesetz an, welches von Buffet, Decazes und Duvaux vertheidigt wurde. Buffet wollte nicht gelten lassen, daß die Vorschläge des Cabinets der Freiheit der Presse zu nahe treten. Die Journale müßten gegen ihre eigenen Ausschreibungen geschützt werden. Dufaure erklärte, man habe so viele Vergehen an die Polizeigerichte verwiesen, weil die Geschworenen, durch die bestige Journalpolemik der letzten Jahre blaßt, den rechten Maßstab für die Beurtheilung der Presvergehen verloren hätten. — Man erwartet für heute von dem Aufsichtsrath der schönen Künste eine Entscheidung, die für die Maler und Bildhauer von Wichtigkeit ist. In allen Pariser Ateliers herrscht seit einigen Tagen gewaltige Aufregung. Es heißt nämlich, daß die große Gemäldeausstellung nicht mehr jährlich, sondern nur alle drei Jahre stattfinden soll. Besonders die jüngeren Künstler fühlen sich durch eine solche Reform sehr bedroht; auch vom Publikum, welches die Ausstellungen regelmäßig mit grossem Interesse verfolgt, würde die Neuerung jedenfalls missbilligt werden. Man kann entgegnen, daß wirklich der bisherige Zustand mancherlei Nebelstände mit sich führt und daß er, so lange er dauerte, von den Künstlern selber zum Österreiter bittet getadelt worden ist; endlich, daß die Künstler ja nur selber für ihre Interessen zu sorgen und auf eigene Faust Ausstellungen zu veranstalten haben. Aber erstens würde diesen Ausstellungen die officielle Weih, der Pomp der Preisvertheilung u. s. w. fehlen; sobald aber heißt es auch die Pariser Künstler schlecht kennen, wenn man glaubt, daß sie leicht unter einen Hut zu bringen seien.

Paris, 20. November. [Zur Arrondissementswahl. — Zur Senatorenwahl. — Zum Preßgesetz. — Die neueste päpstliche Ansprache an die Pilger aus der Vendée. — Bericht des General Appert. — Zur Kunst.] Die politischen Nachrichten sind düstig. Die Parteien benügen die Vertagung bis zum Montag, um sich für die drei großen Angelegenheiten, welche die Landesvertretung noch zu erledigen hat, vorzubereiten, auf die dritte Lesung des Wahlgesetzes, die Senatorenwahl und die Debatte über das Preßgesetz. Was den ersten dieser Punkte anlangt, so hat gestern die Dreißigercommission beschlossen, die Einführung der Arrondissementswahl als eine vollendete Thatsache anzunehmen und keinen Antrag zu beschriften, der darauf ausgeht, diese Entscheidung der Kammer wieder umzustossen. Vielmehr wird die Commission und mit ihr die Linke bloß den Versuch machen, das System der Arrondissementswahl zu mildern, und zu dem Ende haben die Dreißig zwei Amendements angenommen, die in der öffentlichen Discussion jedenfalls eine wichtige Rolle spielen werden, zunächst nämlich das Amendement Rive und Andres, welches bestimmt, daß in den starkbevölkersten Arrondissements, die mehr als einen Deputirten wählen, eine Liste von zwei Kandidaten zulässig ist, sodann das Amendement Le Royer, wonach das Arrondissement für jede Gruppe von 75,000 (nicht 100,000) Einwohnern auf einen Deputirten und bei einem Überschuss von mindestens 25,000 Einwohnern außerdem auf einen Supplementar-Vertreter Anspruch hat. Hiermit hängt auch die Frage von der Feststellung der Wahlbezirke zusammen. Die Regierung hat ein Tableau der Wahlbezirke vorgelegt, welches nicht nur von der Linken, sondern auch von einem Theile des rechten Centrums missbilligt wird. Danach soll die Stadt Paris z. B. nur 19 Deputirte wählen, obwohl sie 20 Arrondissements besitzt. Man hat das 16te Arrondissement zum 8ten geschlagen unter dem Vorwand, daß es zu schwach bevölkert ist. Seine Bevölkerung ist aber doppelt so groß, als diejenige gewisser ländlicher Bezirke, denen ein Deputirter zugestanden wird. Es ist allgemein bemerket worden, daß sich das Organ der Prinzen von Orleans, das „Journal de Paris“, sehr entschieden gegen diese Behandlung der Pariser Wähler ausspricht. Die Debatte vom Montag kann also noch eine aufgeregte werden. — Die Majorität vom 11. November hat noch keine Senatorenliste zu Stande gebracht, und die Unterhändler der verschiedenen Fractionen sind bedauernswert. Wenn sie am Abend das mühsame Werk vollbracht zu haben glauben, müssen sie am Morgen wieder von vorne anfangen. Bald wollen die Royalisten nicht für die Broglie und Decazes stimmen, bald die Bonapartisten und die Fraction de Clergy nicht für d'Autissier-Pasquier. Auch Buffet hat eine Kandidatenliste aufgestellt, und wenn man der „France“ glaubt, so ist sie von Mac Mahon selber verworfen worden. „Es ist mit unmöglich, hätte der Marshall gesagt, eine Liste zu guthen, die fast ausschließlich aus Gegnern der Verfassung besteht.“ — Das Preßgesetz füllt alle Tage mehr in Mißkredit; (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

Busset und Dufaure müßten einsehen, daß sie mit seiner Vorlegung einen unbesonnenen Streich gemacht haben. In seiner jetzigen Gestalt wird es auf keinen Fall angenommen werden und hier und da spricht man bereits von seiner Zurückziehung seitens des Minister, die sich unter allen Umständen nicht getrauen werden, die Cabinefrage zu stellen. Die Commission für das Preßgesetz wird beantragen, nur diejenigen Artikel festzuhalten, welche von der Aushebung des Belagerungszustandes handeln, im Uebrigen aber die bisherige Preßgesetzgebung einfach beizubehalten. — Der „Univers“ gibt den vollständigen Text der Anrede Pius IX. an die französischen Pilger aus der Vendee und der Provence. Wir entnehmen ihr nachstehenden Passus, der beweist, wie wenig Früchte die Schonungspolitik Italiens dem Ultramontanismus gegenüber zu tragen verspricht. Der Papst spricht von den Angriffen, denen die katholische Religion in Rom ausgesetzt sei „Ist es nicht wahr? sagt er. Die Profanationen, die ich alle Tage in dieser heiligen Stadt, der Hauptstadt der katholischen Welt, vor Augen sehe, sind so groß und so zahlreich, so groß und so zahlreich sind die Verstümmelungen, die vollzogen worden sind, sowie die Anstrengungen, welche gemacht werden, um die Jugend zu verderben, daß man jetzt keinen Zweifel mehr hegen kann über das sich vorgesezte Ziel, den Katholizismus in seinem Mittelpunkt zu zerstören. Und doch ist diese Hendelei, welche diese ununterbrochene Verfolgung begleitet, derart, daß man in den entfernteren Ländern glauben machen will, es herrse in Rom vollkommene Ordnung, vollkommener Frieden und vollkommene Ruhe. Und während die göttessäuberliche Hand an alles röhrt, was es Heiliges dem Herrn und seinem unwürdigen Stellvertreter Theures gibt, während sie alle katholischen Einrichtungen zu zerstören sucht, will man glauben machen, daß in Rom alles seinen gewöhnlichen Gang nehme und will man sich seiner Mäßigung rühmen; aber diese Mäßigung verschwindet bald, wenn man die italienische Revolution ihr Ende beugen sieht vor dem mächtigsten Verfolger der Kirche, indem sie durch diesen Alt klar zu erkennen giebt, daß das Ziel, welches die beiden Verfolger sich gesetzt haben, vollständig dasselbe ist, wenn auch die Mittel zum Theile verschieden sind.“ — Gestern ist der Bericht des Generals Appert über die gerichtlichen Entscheidungen in Betreff der Insurgenten von 1871 vertheilt worden. Es enthält eine Reihe interessanter Daten: Von den Mitgliedern des Central-Comite's wurden 39 verurtheilt, davon 29 in contumaciam; von diesen 39 Entscheidungen des Gerichts lauteten 15 auf Tod, 3 auf lebenslängliche und 1 auf zeitweilige Zwangsarbeit, 16 auf Deportation in eine Festung und 4 auf einfache Deportation. Wegen Ermordung von Geiseln wurden 16 Todesurtheile ausgesprochen (davon 9 ausgeführt und 7 in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt) 8 Angeklagte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 8 zur strengen und 15 zur einfachen Deportation, 25 zu Strafen verschiedener Art verurtheilt. In Folge der Insurrection wurden verhaftet 38,000 Männer, unter denen 5000 Militärs sich befanden, 850 Frauen, 650 Kinder von 16 Jahren und darunter. Von diesen wurden nach Brest geschickt 11,950, nach Lorient 3550, nach Cherbourg 6574, nach La Rochelle und Rochefort 5957. Von diesen 27,837 starben im Laufe der Untersuchung 738, d. i. 3 p.C. Von den Gefangenen wurden 18,930 nach einigen Tagen ohne Weiteres wieder freigelassen, 11,070 erschienen vor den Kriegsgerichten, die 7400 Urtheile sprachen. — In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrathes der schönen Künste wurde ein Beschuß gefaßt, der sämtliche Theile befriedigen wird. Die jährlichen Gemäldeausstellungen werden nämlich beibehalten werden, und alle 5 Jahre wird außerdem eine außerordentliche Ausstellung im Salon stattfinden. — Die Wiederherstellung Gouin's ist so weit vorgeschritten, daß vor einigen Tagen der letzte Verband hat abgenommen werden können.

Paris, 20. November. [Die katholischen Universitäten in Lille und Lyon.] Vorgestern wurde in Lille die katholische Universität (vor der Hand führt sie den Namen: „Institut catholique“) eröffnet. Der Bischof von Angers stand der Feier vor. Zu seiner Linken hatte er den Maire von Lille und zu seiner Rechten Herrn Monnier, den General-Intendanten des Corps und den Platzcommandanten der Stadt Lille. Auf der Estrade der Universitäts-Aula besanden sich die Professoren der Rechtsfacultät, welche eröffnet wurde, und die Professoren der zukünftigen Facultäten der Literatur und der Wissenschaften, alle in großer Amtstracht. Nach dem Vortrage eines Briefes des Cardinal-Erzbischofs von Cambrai las der General-Sekretär der Organisations-Ausschüsse den Bericht über die Gründung der Universität vor. Nach ihm ergriß Canonicus Hautcourt das Wort, um Pius IX. für seinen fruchtbringenden Segen zu danken, welchen er der neuen Universität gespendet, sowie seine Dankesfassung dem Cardinal-Erzbischof, den jungen Professoren, allen Katholiken und dem Maire von Lille, dessen Namen mit dreifachen Hochs begrüßt wurde, auszusprechen. Der Decan der Rechtsfacultät nahm hierauf das Wort, um die Einsprüche zu bekämpfen, welche man gegen den katholischen Universitäts-Unterricht vorgebracht. Zum Schlus sprach Mgr. Lequette, Bischof von Lydda, und teilte dann das Breve des Papstes mit, worin derselbe der Gründung der Universität seine Billigung zollt. — In Lyon fand vorgestern eine Versammlung von Bischöfen statt, welche Brac de la Ferrière zum Decan der katholischen Rechtsfacultät ernannte, die in dieser Stadt gegründet werden soll. — Vorgestern stellte der päpstliche Nuntius in Gesellschaft des Cardinal-Erzbischofs von Paris der hiesigen katholischen Rechtsfacultät einen Besuch ab. Der Cardinal begab sich nach Versailles, um der Marquise Mac Mahon seine Aufwartung zu machen und eine Unterredung mit Busset und Dufaure zu haben, deren Zweck Erlangung einer Staatssubvention für seine Universität ist. Für die Clericalen der Kammer ist diese Forderung des Erzbischofs Gebot; es wäre daher nicht unmöglich, daß noch vor der Auflösung der Nationalversammlung der Antrag gestellt wird, der Staat solle die katholischen Universitäten subventionieren.

[Der Kriegs-Minister] wird nächstens, so behauptet wenigstens „Patrie“, eine Tabelle der Beamten, Angestellten und Agenten jeden Ranges vorlegen, welche im Falle einer Mobilisierung der Armee nicht einberufen werden. Diese von den Ministerien und competenten Verwaltungen aufgestellten Tabellen bilden vorläufig nur einfache Anträge; sie werden erst dann gültig, wenn die Versammlung sie bestätigt. Die Bestätigung wird übrigens dringlich erbeten werden.

[Bei einer Parade,] welche gestern auf der Esplanade der Invaliden der General-Geslin, Platzcommandant von Paris, über die Garde Républicaine zu Fuß und zu Pferde (Pariser Stadtsoldaten) abhielt, ereignete sich ein Vorfall, der Aufsehen machte. Die Parade war gerade beendet, als ein junger Corporal vom 4. Infanterie-Regiment, der zufällig dort vorbei kam, verhaftet wurde. Derselbe hatte sich geweigert, den General-Geslin zu grüßen, weil derselbe (der General ist Legitimist und ultra-clerical) „ein Anhänger der Jesuiten sei.“ Der Corporal wurde nach dem Stadtkommando gebracht.

Spanien.

Madrid, 16. November. [Antwort der spanischen Regierung an die Vereinigten Staaten.] Ich bin, schreibt man der „A. Z.“, in den Stand gesetzt, Ihnen die wesentlichen Punkte

der Antwort mitzutheilen, welche die hiesige Regierung dem amerikanischen Gesandten, Herrn Caleb Cushing, ertheilt hat.

Dieselbe zerfällt in zwei Theile. In dem ersten wird gesagt, daß die spanische Regierung selber die amerikanischen Bürger, die sich in Cuba befinden zu Schulden kommen ließen, nach den Gesetzen aus der Zeit Kart III. abgerechnet habe. Diese Gesetze, obgleich sie vor dem Vertrag mit den Vereinigten Staaten von 1795 in Kraft waren, ständen mit demselben keineswegs in Widerspruch; wennschan sie von Militärgerichten vollzogen worden seien, hätten sie dem Angeklagten gestattet, sich der Advocaten, Notare und des ganzen gerichtlichen Apparats zur Vertheidigung zu bedienen. So viel in Betreff der vergangenen Ereignisse. Im zweiten Theile befindet die spanische Regierung den Vereinigten Staaten gegenüber ihre Bereitwilligkeit, entgegenzukommen, und schlägt deshalb vor, in Zukunft amerikanische Bürger auf Cuba vor die bürgerlichen Gerichte zu stellen und nach dem Gesetz vom April 1823 zu behandeln. Zur Erklärung sei indessen hinzugetragen, daß diese Zugeständnisse nicht viel mehr als scheinbar sind. Das Gesetz vom April 1823 ist ursprünglich für Räuberbanden (ladrones en cuadrilla) gemacht, später gegen Aufständische, faciosos, in Anwendung gesetzt worden und schreibt das summarische Verfahren vor.

Ich erfahre übrigens, daß Herr Caleb Cushing noch andere Reclamationen entweder schon erhoben hat oder im Begriffe steht, sie zu erheben. Zuerst richten sich diese Beleidigungen gegen das Verfahren der cubanischen Behörden, welche amerikanische, in dem Gebiete der Vereinigten Staaten wohnhaften Bürger, die vermeintlich dort feindselige Handlungen gegen Spanien begangen hätten, haben verurtheilt und den Theil ihrer Güter, welcher auf Cuba liege, in Beschlag nehmen lassen; ein Verfahren, welches gegen alles Völkerrecht sei und nirgends in Anwendung gebracht werde. Sodann erklärten sich die Vereinigten Staaten und England durchaus nicht zufrieden mit dem Beschlusse des hiesigen Staatsrathes, durch welchen bestätigt wurde, daß der Virginian als gute Prise zu betrachten sei. Nach den Verhandlungen in Genf sei es gar nicht denkbar, daß eine Macht auf hoher See ein Schiff anhalten lasse, um nach seinen Papieren zu sehen. Uebrigens sei dies auch nur eine Ausrede, die man zwei Monate nach dem Urteil vorgebracht, und dazu noch eine schlechte, denn nur die heimliche Verbörde, d. h. die Verbörde in dem Hafen, von welchem das Schiff ausläuft, habe das Recht zu entscheiden, ob die Papiere in Ordnung seien, und die Pflicht, im anderen Falle strafend einzuschreiten. Die spanische Regierung hat alle Ursache, sich mit Caleb Cushing vorzusehen. Dieser Diplomat besitzt bekanntermaßen bedeutende Erfahrungen auf dem Gebiete des Völkerrechts und wird sich nicht leicht ein X für ein U machen lassen.

[Der Justiz-Minister Calderon Collantes] hat den Vertretern der auswärtigen Mächte angezeigt, daß er das Ministerium des Außenwesens vorläufig übernommen habe.

[Zum Convenio.] Seit Zubiri bei dem General Quesada eingetroffen ist, verlautet wieder Mancherlei über Convenio. In ministeriellen Kreisen will man davon wenig wissen; vielmehr herrscht die gewiß allein richtige Ansicht vor, der Krieg müsse jetzt energisch fortgesetzt werden, nachdem so große Anstrengungen gemacht worden seien. Es würde die Monarchie nur bestätigen, wenn man durch die Waffen den Frieden erzwinge. Ein Convenio wäre immer ein Zeichen von Schwäche und könnte zum Verderben des Landes nur der Reaction in die Hände arbeiten, indem die Exarlisten die Reihen der Moderaodos anschwellen und dazu helfen würden, die isabellinische Wirthschaft zurückzuführen.

Belgien.

Brüssel, 18. November. [Zumult in Lüttich.] Mehr als einmal, schreibt man dem „A. Z. Journ.“, hören wir schon seit 1830 die Stadt Lüttich als die Beste des belgischen Liberalismus bezeichnen. Die Energie und der Muß, welche der dortige Bürgermeister, Herr Pierrot, in der Vertheidigung der Gerechtsame der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den Überhebungen der Clerisy erst gestern wieder bekräftigt hat, schenkt seiner Stadt jenen Ehrentitel auf lange Zeit. Man wird sich erinnern, daß im verflossenen Mai der Lütticher Bürgermeister veranlaßt wurde, die Jubiläums-Prozessionen zu untersagen, weil dieselben durch ihren demonstrativen und fanatischen Charakter den öffentlichen Frieden gefährdet hatten. Vergebens wandte sich damals der Lütticher Bischof, Herr Montpellier, an die Regierung und an den König, um die Caisse des betreffenden Verbots zu erzielen; die Regierung billigte das Einschreiten des Bürgermeisters, und Herr Jules Malou, der Cabinetschef, erklärte in der Kammer, es seien die Jubiläums-Prozessionen in keiner Weise den üblichen, traditionellen Prozessionen gleichzustellen, welche durch den Gebrauch gleichsam gehäuft seien und so einen integritenden Theil der religiösen Gebräuche bilden. Mgr. Montpellier wollte trotzdem das letzte Wort haben, und so hatte er für gestern eine abormalige Jubiläums-Procession angeordnet, in welcher der Prälat selbst, mit seinem Coadjutor und dem ganzen bischöflichen Kapitel, teilnehmen wollte. Obgleich nur der Bürgermeister durch Maueranschläge bereits in aller Frühe das Ausziehen der Prozession, und zwar unter Verufung auf sein Decret vom 7. Mai 1875, untersagt hatte, wollte doch die Geistlichkeit den Auszug erwingen. Sobald aber der Coadjutor, Mgr. Moreau, mit dem Kreuzträger an der Pforte der Cathedrale St. Paul erschien, erklärten ihm die dort mit ihren Mannschaften aufgestellten Polizei-Commissionäre, sie hätten Kraft des bürgermeisterlichen Decrets den Befehl, der Prozession den Auszug auf das Strengste zu untersagen und, wenn es sein müßte, dieselbe mit Gewalt zu verhindern. Vergebens protestierten der Bischof und sein Coadjutor und beriesen sich bald auf die 800,000 Katholiken, welche sie zu vertreten vorgaben, bald auf die Verfassung; die Polizei-Commissionäre bestanden kalt und ruhig und würdig auf ihrem Verlangen, und der Bischof und sein Kapitel mußten sich nolens volens wieder in die Cathedrale zurückziehen, nachdem sie zum Troß und zum Hohn der versammelten Menge den Ruf: „Es lebe der Papst-König!“ zugeworfen, der indeß nur ein schwaches Echo fand, da die große Mehrzahl mit dem Ruf: „Es lebe die Verfassung! Es lebe die Polizei!“ ihre völlige Übereinstimmung mit dem Aufruhen der Stadtbehörden befunden. Mgr. Montpellier hat bereits einen Bericht an die Regierung gerichtet. Man ist sehr begierig, ob das Ministerium auch dieses Mal dem Bürgermeister von Lüttich beipflichten wird. Der Vorfall erregt hier in Brüssel gewaltiges Aufsehen. Herr Pierrot ist sonst einer der gemäßigtesten Liberalen, aber die Lütticher Lust scheint seinen früher etwas kurzhämmigen Liberalismus eigenhümlich gekräftigt zu haben.

Großbritannien.

* **London, 18. November.** [Schreiben Gladstone's.] Der „Sydney Morning Herald“ bringt folgendes Schreiben Gladstone's, das er unter dem 13. Juni d. J. an einen Herrn G. H. Reid in Sydney richtete:

„Ich habe Ihren Brief vom 12. Mai und Ihre Essays über Freihandel erhalten. Es macht mir herzliches Vergnügen, von Ihnen zu erfahren, daß die öffentliche Meinung in Neu-Südwales durchgehends der Handelsfreiheit günstig ist. Ich kann nur hoffen, daß überall in Australien, wo eine entgegengesetzte Stimmung herrscht, die Leute bald einsiehen mögen, daß sie eine falsche Richtung eingeschlagen haben. Es ist ein trauriger Gedanke, daß, nachdem das Mutterland nach hartem Kampfe sich von den Uebeln des Schutzollwesens befreit, daß moralische Gewicht eines Beispiels, das in

Europa mächtig gewirkt hat, nicht mehr Einfluß haben soll, in einigen seiner jüngsten Colonien die Neigung zu unterdrücken, sich ähnliche Uebel zu schaffen. Gleichzeitig freut es mich, daß die heimischen Regierungen ihre Freiheit nicht angestastet und sie, wenn auch mit Bedauern, in der Lage gelassen haben, Erfahrung, wie jede andere Waare auf dem besten oder schlechtesten Markt nach Belieben zu kaufen. — Sie können von meinem Briefe jeden beliebigen Gebrauch machen, und mich soll es freuen, wenn ich direct oder indirect die Aufmerksamkeit auf den Gegenstand Ihrer Abhandlungen lenken kann.“

[Verfaulte Kriegsschiffe.] In den englischen Blättern ist jüngster Zeit von Fächmännern viel hin und her gestritten worden, welches der Zustand der alten Kriegsschiffe sei, mit deren Abbruch das Marineministerium seit einiger Zeit vorgeht. Die nachfolgende kurze Mittheilung über den Zustand des „Mersey“, welcher gegenwärtig in der Nähe von Charlton abgebrochen wird, dürfte sonach nicht uninteressant sein, zumal, wenn wir vorausstellen, daß sie von einem der früheren Seeschiffzüge des alten Kriegsschiffzeuges herrührt: „Ich fand das Holzwerk in einem weit vorgesetzten Zustand der Fäulnis, als ich für möglich gehalten hätte. Einzelne Balken waren ganz durchgefaut und stellenweise geradezu Staub. Da die Fäulnis meist auf der Höhe des Kanonendeckes eingetreten war, braucht die Fäulnis auf das gesäßliche Stadium der Fäulnis aufmerksam zu machen.“

[Auf den Schiffsbauwerken am Clyde soll, wie es heißt, wegen der großen Geschäftslösigkeit vom 29. d. ab eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne von 5—10 p.C. in Kraft treten.]

[Von dem an der ostafrikanischen Küste in der Unterdrückung des Sklavenhandels begriffenen brit. Kriegsschiffzeug „The Iris“] erfährt der „Globe“, daß das Sklavenwîs, welches es neulich mit einer Ladung Slaben an Bord laperte, aus Gewässern angesegelt kam, die innerhalb der Territorialgrenzen der portugiesischen Besitzungen liegen.

[In den überschwemmten Districten] ist den neuesten Berichten aufzufolge das Wasser noch immer im Steigen begriffen, insbesondere in den Thälern der Trent und des Severn, wo durch die Flühen enomer Schaden angerichtet wurde.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 22. November. [Tagesbericht.]

+ [Hohe Durchreise.] Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach, welche seit circa 3 Monaten auf ihrer Besitzung in Schlesien, auf Schloß Heinrichau bei Münsterberg, residirt, hat jetzt ihre Heimreise angetreten, obgleich die Bestimmung getroffen war, daß die hohe Frau bis Ende dieses Monats dort verweilen würde. Die Urtheile der völklichen Abreise findet darin ihre Erklärung, daß Ihre Majestät die Kaiserin Auguste auf ihrer Rückreise von Coblenz am 26. November in Weimar auf mehrere Tage zum Besuch eintreffen wird, zu welchem Behufe die Frau Großherzogin zu ihrem Empfang anwesend sein muß. — Heute Vormittag um 8 Uhr verliehen Ihre Königliche Hoheit in Begleitung der Erbgroßherzogin Pauline und ihrer Tochter, Prinzessinnen Marie und Pauline, Schloß Heinrichau per Extrazug und trafen um 9 Uhr in Breslau ein. Im Gefolge befanden sich der Oberhofmeister und Reisemarschall Baron von Zedlitz, die Oberhofmeisterin Gräfin von Kalkreuth, die Staatsdamen Baronin von Könneritz und Baronin von Wasdorf und das Hoffräulein Baronin v. Löhn, sowie eine aus 65 Personen bestehende Dienerschaft. Da jeder officielle Empfang auf dem hiesigen Bahnhof verboten war, so verliehen die hohen Herrschaften nicht erst den Salonzügen. Nach einem kurzen Aufenthalt von 5 Minuten verließ der aus 12 Wagen bestehende Extrazug den hiesigen Bahnhof. Von Seiten der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn wurde der Zug von dem Controleur und Stationsvorsteher Kreyher bis Görlitz begleitet. Die Ankunft in Weimar erfolgt heute Abend um 10 Uhr.

* [Abreise.] Der Consistorial-Praesident Wunderlich und der General-Superintendent Dr. Erdmann sind Behufs Theilnahme an der Generalsynode nach Berlin abgereist.

= [Abreise des Regierungs-Praesidenten Freiherrn von Zedlitz-Trützschler.] Nachdem der Herr Oberpräsident Graf Arnim die Geschäfte des Oberpräsidiums wieder übernommen hat, ist sein bisheriger Stellvertreter, der Herr Regierungs-Praesident Freiherr von Zedlitz-Trützschler, am Sonnabend wieder nach Liegnitz zurückgekehrt.

= [Der Oberpräsident Graf Arnim] begiebt sich morgen nach Berlin, um an den Berathungen der außerordentlichen Generalsynode, zu deren Mitglied er landesberührlich berufen, Theil zu nehmen.

= [Der Geheime Ober-Postrat Miesner] aus dem General-Post-Amt ist gestern früh mit dem Berliner Courierzuge hier angekommen, conserierte einige Zeit mit dem Ober-Postdirektor, Geheimen Postrat Albinus, und hat mit dem Berliner Zug um 10 Uhr 1 M. bereits wieder die Weiterreise, angeblich nach Dresden, fortgesetzt.

* * [Die nächste Sitzung der Stadtverordneten] welche Donnerstag den 25. November stattfinden sollte, fällt aus. — Hoffentlich beginnen nächstens die Staaberathungen, was unbedingt nothwendig, wenn das so viel besprochene und längst erwünschte Ziel: den Stadthaushalt-Stat vor Beginn des Stat-Jahres festzustellen — erreicht werden soll. Es wird dann ohnedies nothwendig sein, daß in einer Woche zwei Plenar-Sitzungen abgehalten werden, was immer in der geschäftsreicherem Weihnachtszeit sein Mögliche hat.

* * [Curiosum.] Aus einer Bekanntmachung des Herrn Landrats des neumarkter Kreises im dortigen „Kreisblatt“ ersehen wir, daß sich die „Fleischer-Innung und die das Fleischergewerbe betreibende Mitmeister“ an das Staatsministerium mit der Bitte gewendet hatte, für den gesamten Kreis Neumarkt die Verfügung der königl. Regierung betreffend die obligatorische Fleischschau auf der Kraft zu sehen. — Das Ministerium hat natürlich die Petition abgeschlagen und bemerkt, daß die Verfügung nicht allein gesetzlich, sondern auch sehr zweckmäßig sei. — Es wäre interessant zu erfahren, auf welches Privilegium sich die Fleischer-Innung zu Neumarkt gestützt habe, indem sie beanpruchte, daß die Fleischer des neumarkter Kreises von der heilsamen Verpflichtung zur Fleischschau durch mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches entbunden würden.

* * [Ein anderes Curiosum] bringen heut die „Striegauer Blätter.“ Sie melden nämlich, daß der Magistrat zu Striegau dem Redakteur dieser Blätter einen Verweis ertheilt habe, weil er in seinem Organe mitgetheilt: daß dem Fleischermeister Kazler bei event. Abbruch seiner „Laube“ pro laufendem Fuß 16 Thlr. proponirt werden seien.

B. [Der Gemeinde-Kirchenrat und die Gemeinde-Beratung zu St. Elisabeth] hielt Freitag unter Vorsitz des Herrn Senior Pietsch eine außerordentliche Sitzung ab. Der Magistrat setzt die Beratung davon in Kenntniß, daß der Past. prim. Dr. G. Girth seine Emiratur beantragt und Magistrat als Patron beschlossen habe, denselben in Anbetracht seiner treuen 54jährigen Amtsähnlichkeit mit vollem Gehalt zu pensioniren. Die Versammlung tritt diesem Besluß unter der Verwahrung zu. — An Stelle der durch Tod oder Bergung aus der Gemeinde-Beratung ausgeschiedenen Herren Anderssohn, Thiel und Langenbach wurden die Herren Kaufmann Ernst Scholz, Julius Kringel und Kunstschiesser Anger gewählt.

— Der Herr Cultusminister Dr. Fall hat entsprechend dem Gesuch der Gemeinde-Beratung sein Porträt in Cabinet-Format behufs Ausschmückung des Sitzungssaales eingezandt und gleichzeitig ein freundliches Anschreiben beigelegt; es wurde beschlossen, demselben schriftlich zu danken. — Mittheilungen und innere Angelegenheiten bildeten den Schluss der Verhandlungen.

* * [Bon der Universität] Herr Johann Pernet (zu Bern in der Schweiz geboren) wird Dienstag, den 23. November, Vormittags 10½ Uhr, in der Aula Leopoldina seine In

Besöden gegründete Jubel-Stipendium zu einem hervorragenden, talentvollen und unbescholtener Studierenden, welcher aber bereits 1 Jahr und davon wenigstens das erste Semester hier studirt hat, ohne Unterbrechung der Facultät und Religion; 3) ein Antheil des Berlinischen Stipendiums im Betrage von circa 50 Thlr. für einen Stud. jur. protestantischer Confession aus Schlesien und zwar entscheidet das Los; der Termin der Verlosung ist auf Sonnabend, 4. Dezember, Morgens 10 Uhr, im Saal des ersten Antrittes der philosophischen Facultät, Prof. Dr. Huschke zu richten; 4) das Fürst Bischof'sche Stipendium im Betrage von 110 M. 73 Pf. für einen armen Studirenden der philosophischen Facultät in einer Linie der Naturwissenschaft oder Mathematik, in zweiter Linie der Geschichte; 5) der 3. Antheil des Heidenreich'schen Stipendiums (70 Thlr. jährlich), Vermehrung des Stifters haben den Vorzug, in Erwähnung dieser für einen Stud. theol. ev., welcher aus Frankfurt a. O. ev. aus der Mark gebürgt ist und in Erwähnung auch eines solchen ist ein Fraulicher Studiend, welches die Rechte oder Medicin studit; 6) das von Breslauer Commissionen zu Berlin gestiftete Jubel-Stipendium für einen hilfsbedürftigen Studirenden derselben Universität ohne Facultät-Bestimmung und ohne Unterschied der Religion; 7) das Kloster'sche Familien-Stipendium (45 Thlr. jährlich) für Verwandte der Familien von Closter und Lüderitz, ev. für einen bedürftigen Studirenden, die Meldung ist binnen 8 Tagen beim Rector einzureichen. Bei den Stipendien unter Nr. 1, 2, 4, 5 und 6 müssen die Gelüche nebst den üblichen Zeugnissen binnen 14 Tagen auf dem Universitäts-Secretariat eingereicht werden.

** [Zur Beachtung.] Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dem von der hiesigen staatlichen Deputation bei Gelegenheit der allgemeinen Volks- und Gewerbezählung an die Haushalte zu vertheilenden Formulare, betreffend die Grundstücks- und Wohnungszählung, auf der inneren Seite der in Schlesien völlig ungebräuchliche Ausdruck „Haussname“ für Familiennamen gebraucht ist. Eine schleunige Erläuterung dieses Ausdrucks ist die wohl am Platze sein.

** [Gutes und wohlfeiles Gas.] Aus Görlitz berichtet der dortige Anzeiger: „In der am Mittwoch stattgehabten Versammlung des Gewerbevereins hatte der Vertreter des hiesigen technischen Büros den schon erwähnten Leuchtgas-Apparat von Parody u. Comp. in Bern aufgestellt, für welchen dasselbe den Betrieb in Schlesien übernommen hat. Der Apparat befand sich in einem sehr mächtigen Schrank und speiste 9 Flammen, theils frei, theils in Zylindern mit Glashocken brennend, mit verschiedenen Brennern und einem Kochapparat. Die Flammen brannten ruhig mit einem weißen, sehr intensiven Lichte. Das Gas wird aus der atmosphärischen Luft in Verbindung mit Gasolin, im Mischungsverhältnis von 10,000 Gramm zu 25 Gramm bereitet, und sollen die Produktionskosten sich auf 1½ bis 3 Pfennige für die Stunde und Flamme, je nach der Größe der letzteren, belaufen. Der Apparat ist in verschiedenen Größen, von 10 bis 150 Flammen, zu begießen, und kostet einschließlich der Einrichtung ca. 920 Mark für 10 Flammen, 3000 Mark für 150 Flammen. Diese Apparate sind namentlich für Etablissements, Fabriken, Bäder und kleinere Städte, wo man Kohlengas nicht haben kann, sehr zu empfehlen. Für die Bäder Warmbrunn und Flinsberg sind, wie mitgetheilt wurde, bereits Bestellungen darauf gemacht.“

** [Wie die Kinder Glück wünschen. Gelegenheits-Gedichte für die Jugend von Rosalie Koch. Fünfte vermehrte Ausgabe. Breslau 1876. J. U. Kern's Verlag. (Max Müller.) Wie beliebt das Büchlein bei Publikum geworden ist, zeigt die fünfte Ausgabe. Die Mannigfaltigkeit des Stoffes und die hübschen, dem kindlichen Sinn und Geiste passenden Gedichte lassen nichts zu wünschen übrig. Ein Inhaltsregister ermöglicht das rasche Finden der gesuchten Gedicht-Gattung. Das Format ist ein sehr handliches.

+ [Auch ein Jubiläum.] Der Schuhmachermeister Friedrich Brunisch aus Jauer bezog im Jahre 1850 den Elisabeth-Jahrmarkt in Breslau zum erstenmal mit seinen Filzschuhfabrikaten, seit welchem Zeitraume er die hiesigen Jahrmarkte regelmäßig besucht, und auf denselben über 100.000 Paar dieser Fußbekleidungsartikel abgesetzt hat. Von Freudenhand war heute an seinem 25. Jubiläums-Jahrmarkt seine gegenüber dem Stadthause in Marktstraße Nr. 3 belegene Bude mit Blumenkränzen und Girlanden decortiert worden.

* [Erster Schneefall.] Nach einem leichten Schneefall in verflossener Nacht hat es heute Mittag recht ernstlich zu schneien begonnen und damit ununterbrochen bis Abend fortgefahrene. Innerhalb der Stadt sind die Schneemassen meist zerstossen, in den Vorstädten jedoch haben sie eine starke, schlüpferige mit Schmutz durchsetzte Decke gebildet. Da der Beginn des Jahrmarktes und der Viehmarkt eine Menge Fremder in die Stadt gelockt haben, ist der Verkehr ein sehr lebhafter aber unangenehmer. Die schlüpferige Schneedecke lässt nirgend einen sicherer Tritt zu. Hoffentlich bringt uns der stramme Nordwest über Nacht etwas Frost.

+ [Unglückfall!] Der 8 Jahr alte Sohn des Mühlenerarbeiter Freyer auf der Schweizerstraße Nr. 15 d. wurde gestern Nachmittag von einem Altersgenossen, mit dem er auf der Straße zusammengetroffen, und sich mit ihm genestet hatte, so unglücklich zur Erde geworfen, daß der bedauernswerte Knabe einen Bruch des linken Armgelenkes erlitt, und nach dem Allerheiligsten geschafft werden mußte.

= [Verlust eines Diamanten.] Eine bei einer Postanstalt (wie wir in Erfahrung gebracht, im Ober-Postdirektions-Bezirk Breslau) eingegangene, zur Verlorenung ohne Buzierung des Empfängers bestimmte Kiste, welche einen Brillantschmuck von bedeutendem Werthe und außerdem zwei lohe in Papier gewickelte, ungefähr Diamanten enthielt, ist von einem Post-Unterbeamten mit dem Auftrage abgegeben worden, die zollamtliche Absichtserklärung herbeizuführen. Der Unterbeamte hat dieser Weisung zwar entsprochen, aber unterlassen, nach der Zollabfertigung die vorgeordnete gemeinschaftliche Besichtigung der Kiste mit dem Post- und Steuergesetz vornehmen zu lassen. Er hat vielmehr die Kiste verschlossen nach der Packung zurückgeliefert, dort den Inhalt nochmals herausgenommen und zur Besichtigung vorgezeigt. Hierbei ist einer der Diamanten in Verlust geraten, wofür der Unterbeamte jetzt Strafe leisten muß. Der verlorene Diamant soll einen nicht unbedeutenden Werth repräsentieren.

+ [Polizeiliches.] Der 5 Jahre alte Sohn eines am untern Bärwöhnen Aufsehers wurde gestern von einem 8jährigen Mädchen am Königsplatz die goldenen Bontonohrtringe ausgeholt und entwendet. Die verdächtige jugendliche Dienbin ergriff nach Vollführung ihres Raubes die Flucht, ohne eingeholt werden zu können. — In dem Hause Breitestraße Nr. 12 wurde gestern ein Wäschboden gewaltsam erbrochen und daraus eine Anzahl Bett- und Leibwäsche im Gesamtwert von 20 Mark geholt. — Einer Matthiasstraße Nr. 57 wohnhaften Witwe wurde gestern vermittelst Nachschlüssel die Summe von 36 Mark aus ihrem Commodenkasten entwendet. — Aus verschlossenem Wäschboden des Hauses Große Feldstraße Nr. 28 wurden gestern einer dortigen Bewohnerin eine rothe lütliche Taschette mit der Inschrift „Es blühe Preußen“ und dem mit weißer Seide gesetzten Buchstaben „M. P.“ und mehrere Stück Leibwäsche entwendet. — Auf dem Neumarkt wurde vorgestern einer Neuerberg Nr. 17 wohnhaften Witwe ein schwarzes Portemonnaie mit 11½ Mark Inhalt gestohlen. — Aus dem Wohnzimmer eines Handlungsmannes auf der Käststraße Nr. 38 wurden gestern eine Geldsumme von 73 Mark, ein Lotterielos und 5 Stück goldene Vorhängeschnüre entwendet.

-β- [Verhaftungen durch Nachtwachtkräfte.] Im October wurden durch Nachtwachtkräfte 218 männliche, 101 weibliche Personen, in Summa 319, zur Haft gebracht, von denen 315 ins Polizei-Gefängnis und 4 Personen ins Armenhaus eingeliefert wurden.

B. [Schwurgericht.] Die heutige unter dem Vorsitz des Herrn Stadtgerichts-Rath Gädé beginnende „achte Schwurgerichtsperiode“ hat an 15 Sitzungstagen 26 Anklagen gegen 43 Angeklagte abzuurteilen. Eine auf Landfriedensbuch gerichtete Anklage, deren Verhandlung am 26. und 27. November stattfand, zählt 13 Angeklagte. Am 24. November und 2. December wird wegen „vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ergebnis“, sowie am 6. December wegen „versuchtem Todesschlag“ verhandelt. Drei Anklagen und zwar am 25. und 29. November und 7. December richten sich auf „vorläufige Brandstiftung“.

□ Glogau, 21. November. [Prämien für Dienstboten. — Handwerker-Fortschungsschule.] Am 19. d. fand in einer Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins im Kreislandhaus die Vertheilung von Prämien aus der Fahlmannsförderung an solche Dienstboten statt, die durch langjährige und treue Dienste Anspruch darauf erworben haben. Es wurden

32 Dienstboten belohnt, deren Dienstzeit zwischen 3 und 60 Jahren variiert. Die Prämien bestanden in Sparflaschenbüchern über je 15 Mark; in einem Falle betrug dieselbe das Doppelte, nämlich für den katholischen Weiß auf dem Dom. Schwulen, der 60 Jahre an demselben Orte in Diensten steht. Ein glücklicher Ort bezüglich treuer Dienstboten ist jedenfalls das Dom. Kleinschwein. Es konnte eine Schublager mit 49, einen Schäfer mit 41, einen Pferdehändler mit 42, und einen mit 30jähriger Dienstzeit zur Belohnung vorschlagen. 10 Personen hatten über 20 Jahre an denselben Orten verbracht, außer durch geregelten Unterricht noch auf andere Weise für die Ausbildung der Jünglinge zu sorgen. Es ist ihm gelungen, Vorträge ins Leben zu rufen, die besonders auch daraus berechnet sind, den jungen Leuten die Folgen sozialistischer Ausschreitungen nahe zu legen. Den Cyclus eröffnete Herr Gymnasial-Director Dr. von Raczel. Er sprach über „die Geschichte der französischen Revolution von 1789-93.“ In der Folge werden vorgetragen die Herren: Gymnasial-Lehrer Feilhauer: die französische Revolution von 1793 bis zur Gründung des Kaiserthums; Gymnasial-Lehrer Schulz: die sociale Seite der französischen Revolution; Oberlehrer Schulz: die Juli-Revolution 1830; Schulz: die politische Seite des Jahres 1848; Director v. Raczel: die sociale Seite des Jahres 1848; Gymnasial-Lehrer Feilhauer: das Jahr 1870; Oberlehrer Schulz: die Verwirklichung der Freiheitsbestrebungen des deutschen Volkes; Director Dr. Hasper: die falschen Richtungen des Socialismus, und zum Schluss derselbe: der wahre Socialismus. Der Aufritt ist auch Nachschülern gestaltet, beforstet erstaunlich ist die Vertheilung der Gefallen.

△ Breslau, 20. November. [Zur Tagesschau.] Von Montag bis Freitag Abend wurde in dem hiesigen Lehrer-Seminar die Nachprüfung abgehalten, welcher die Herren Prov.-Schulrat Raabe aus Breslau und Reg.-Schulrat Bock aus Liegnitz bewohnten. Von den 30 Lehrern, welche sich zu der Prüfung gemeldet, wurden 29 zugelassen und 27 bestanden dieselbe. — In der letzten Gewerbevereinsitzung kam die Lehrlingsfrage zur Verhandlung, die durch einen Vortrag des Herrn Lehrer Heidrich eingehend erörtert wurde. Nach einer lebhaften Debatte kamen drei Thesen zur Annahme, die auf eine Besserung der Lehrlingsverhältnisse abzielten. Die erste verlangt die Abschaffung eines schriftlichen Lehr-Contracts von dem Janus-Vorstande oder der Verbörde. Die zweite empfiehlt die Erteilung eines Lehrzeugnisses am Ende der Lehrzeit oder eines Zeugnisses über die rechtliche Lösung des Contracts, ohne welche kein Arbeiter von einem Meister angenommen werden soll. Die dritte wünscht die Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten zur Aufrechterhaltung der Disciplin unter Lehrlingen und Gesellen. — Von den projectirten Errichtung eines Bazars für weibliche Handarbeiten wurde Abstand genommen.

△ Warmbrunn, 21. November. [Koppenwächter. — Witterung.] Während früher die beiden vereinigten Koppen-Hospize während des Winters sich selbst überlassen waren und keine menschliche Seele darin hauste, ist von Seiten des jetzigen Koppenwirths, Herrn Böhl, ein Koppenwächter zur Aufsicht des Winter hindurch angestellt. Derselbe hat seit der zweiten Woche des Octobers c. seine erhobene Stellung inne und ist bis auf entbehrliche Einzelheiten mit vollständiger Tourage bis zum Frühjahr versessen. Die organischen Stürme der vergangenen Novemberwochen müssen für diesen Koppen-Einsiedler hoch interessant, aber wir meinen auch, einigermaßen furchtbar gewesen sein, obgleich die beiden Hospize gut gebaut und außerordentlich fest in ihren Gründen den Felsenmassen der Koppe eingefügt sind. — Seit heute hat sich ein feuchtalter Nebel in unser Thal gesenkt, dessen Temperatur auf abnormalen Schneefall in Hochgebirge hindeutet. Während der vergangenen Woche regnete es hier regelmäßig, sobald der Mond aufgegangen war. Die Temperatur hielt sich dabei fast unverändert zwischen + 4 bis 5° R. und ist erst seit heute auf + 2 bis 3° R. gefunfen. Unjere Gebirgswässer haben in diesem Jahre natürlich in Folge des vielen Regens seit Eintritt des Octobers einen durchschnittlich viel höheren Wasserstand, als im Vorjahr, wo es lange Zeit auch nach dem ersten bedeutenden Schneefall in den verschiedensten Wasser-Betrieben an Wasser fehlte und erst im Januar c. der normale Wasserstand wieder eintrat. Der Barometer stimmt bis jetzt noch ziemlich genau mit den hiesigen Witterungs-Aspecten, es beharrt seit längerer Zeit nämlich schon zwischen „Landregen“ und „Sturm.“

D. Frankenstein, 20. November. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der heutigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten verlas Herr Bürgermeister Studenmund den Berichtsbericht über die städtischen Angelegenheiten im verflossenen Jahre. Den ersten Gegenstand der Verhandlungen bildete der Bericht der Commission für die Anlage eines neuen Kirchhofes. Der Vorschlag dieser Commission ging dahin, den alten Kirchhof derart auszubauen resp. zu erweitern, daß erstmals die längs der Mauer führende Allee aufgelöst und mit zu Begräbnishäusern verwendet würde, und daß zweitens der erhöhte Platz hinter der Kirche zu gleichem Zweck abgeschachtet und eine Mauer gezogen werde. Gleichzeitig sollte das sogenannte Dreieck erhöht und ebenfalls mit zu neuen Begräbnishäusern herangezogen werden. Dieser Vorschlag der Commission rief eine längere Debatte, hauptsächlich gegen die Einbuße der Allee längs der Mauer hervor. Das Resultat war, Genehmigung des Commissions-Vorschages insofern, als die Rückbaumachung der zwei freistehenden Plätze genehmigt, die Allee hingegen erhalten bleiben sollte. Für den Hauptweg längs der Kirche ist eine bedeutende Verbesserung in Aussicht genommen. — Später wurde die Wahl eines Waisenrates vorgenommen, welchem die Sorge für das leibliche und geistige Wohl der Waisen vertraut werden soll. — Weitere Wahlen wurden vorgenommen für die Stelle des Sparflaschen-Rendanten, dessen Dienstzeit mit Schluß des Jahres abläuft. Der bisherige Rendant, Herr B. Schulz wurde einstimmig wiedergewählt. Statt der durch Umzug ausgeschiedenen Kassen-Controleure May und Berliner wurden die Herren C. Seiffert und Schattner neu gewählt. — Den letzten Gegenstand der Tagessitzung bildete die Anstellung eines Lehrers für die Real- oder Fortbildungsschule. Bei dem notorischen Mangel an Lehrern beschloß die Versammlung, für die auszuschreibende Stelle den vorgeschlagenen Gehalt von 1800 Mark auf 2000 Mark pro Jahr zu erhöhen.

-r. Namslau, 21. November. [Übertragung. — Zu den kirchlichen Wahlen.] Nachdem der kgl. Kreisärzt Vogler vor länger als Jahresfrist in eine andere Stellung nach Berlin einberufen worden war, wurde seine Stelle durch den hiesigen Thierarzt erster Klasse, Herrn Gütlich, interimistisch veraltet. Neuerdings hat die kgl. Regierung dem p. Gütlich die kreisärztlichen Funktionen commissarisch übertragen. — Für den 15. November die Herren Kreisgerichtsrath Orthmann, Kreisphysicus Sanitätsrat Dr. Larisch und Schuhmachermeister Grüninger, sämmtlich Unterzeuge der Staatsfahnen-Adressen, in den Gaffo „Zur goldenen Kanne“ die wahlberechtigten katholischen Einwohner der Parterre Namslau zu einer Einigung über die für die bevorstehenden kirchlichen Wahlen aufzutellenden Candidaten eingeladen. Diese Versammlung, welcher auch der kgl. Landrat Salice-Contessa in seiner Eigenschaft als Mitglied der katholischen Kirchgemeinde bewohnte, war leider nur sehr spärlich besucht. Herr Landrat Salice-Contessa machte beiläufig davon Mittheilung, daß er als Commissar der Regierung den Herrn Pfarrer Dr. Smolka habe verlassen müssen, aus der Wahlstelle eine Menge von Lehterern als wahlberechtigt aufgenommene Frauen zu streichen, demnächst aber auch die an den Kirchbüren angehörente Einladung zur Wahl zu ändern, da diese nur zur Wahl der Kirchenvorsteher, demnächst aber, entsprechend der Anweisung des Herrn Fürstbischofs, zu einer Beschlusssitzung darüber auffordert, eine Gemeindevertretung nicht zu wählen. Nachdem die Erschienenen sich über die zu wählenden Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter geeinigt hatten, wurde eine neue Versammlung für Mittwoch, den 17. d. in Aussicht genommen, und Herr Landrat Salice-Contessa übernahm es, um diese wichtige Angelegenheit möglichst nach der anderen Richtung hin zu einem erwünschten Ende zu bringen, den Herrn Pfarrer Dr. Smolka zu der nächsten Versammlung persönlich einzuladen, ihm die vorgeschlagenen Candidaten zu bezeichnen und ihm zu allen möglichen Gegenvorstellungen beizustehen. —

— r. Namslau, 21. November. [Übertragung. — Zu den kirchlichen Wahlen.] Nachdem der kgl. Kreisärzt Vogler vor länger als Jahresfrist in eine andere Stellung nach Berlin einberufen worden war, wurde seine Stelle durch den hiesigen Thierarzt erster Klasse, Herrn Gütlich, interimistisch veraltet. Neuerdings hat die kgl. Regierung dem p. Gütlich die kreisärztlichen Funktionen commissarisch übertragen. — Für den 15. November die Herren Kreisgerichtsrath Orthmann, Kreisphysicus Sanitätsrat Dr. Larisch und Schuhmachermeister Grüninger, sämmtlich Unterzeuge der Staatsfahnen-Adressen, in den Gaffo „Zur goldenen Kanne“ die wahlberechtigten katholischen Einwohner der Parterre Namslau zu einer Einigung über die für die bevorstehenden kirchlichen Wahlen aufzutellenden Candidaten eingeladen. Diese Versammlung, welcher auch der kgl. Landrat Salice-Contessa in seiner Eigenschaft als Mitglied der katholischen Kirchgemeinde bewohnte, war leider nur sehr spärlich besucht. Herr Landrat Salice-Contessa machte beiläufig davon Mittheilung, daß er als Commissar der Regierung den Herrn Pfarrer Dr. Smolka habe verlassen müssen, aus der Wahlstelle eine Menge von Lehterern als wahlberechtigt aufgenommene Frauen zu streichen, demnächst aber auch die an den Kirchbüren angehörente Einladung zur Wahl zu ändern, da diese nur zur Wahl der Kirchenvorsteher, demnächst aber, entsprechend der Anweisung des Herrn Fürstbischofs, zu einer Beschlusssitzung darüber auffordert, eine Gemeindevertretung nicht zu wählen. Nachdem die Erschienenen sich über die zu wählenden Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter geeinigt hatten, wurde eine neue Versammlung für Mittwoch, den 17. d. in Aussicht genommen, und Herr Landrat Salice-Contessa übernahm es, um diese wichtige Angelegenheit möglichst nach der anderen Richtung hin zu einem erwünschten Ende zu bringen, den Herrn Pfarrer Dr. Smolka zu der nächsten Versammlung persönlich einzuladen, ihm die vorgeschlagenen Candidaten zu bezeichnen und ihm zu allen möglichen Gegenvorstellungen beizustehen. —

— r. Namslau, 21. November. [Übertragung. — Zu den kirchlichen Wahlen.] Nachdem der kgl. Kreisärzt Vogler vor länger als Jahresfrist in eine andere Stellung nach Berlin einberufen worden war, wurde seine Stelle durch den hiesigen Thierarzt erster Klasse, Herrn Gütlich, interimistisch veraltet. Neuerdings hat die kgl. Regierung dem p. Gütlich die kreisärztlichen Funktionen commissarisch übertragen. — Für den 15. November die Herren Kreisgerichtsrath Orthmann, Kreisphysicus Sanitätsrat Dr. Larisch und Schuhmachermeister Grüninger, sämmtlich Unterzeuge der Staatsfahnen-Adressen, in den Gaffo „Zur goldenen Kanne“ die wahlberechtigten katholischen Einwohner der Parterre Namslau zu einer Einigung über die für die bevorstehenden kirchlichen Wahlen aufzutellenden Candidaten eingeladen. Diese Versammlung, welcher auch der kgl. Landrat Salice-Contessa in seiner Eigenschaft als Mitglied der katholischen Kirchgemeinde bewohnte, war leider nur sehr spärlich besucht. Herr Landrat Salice-Contessa machte beiläufig davon Mittheilung, daß er als Commissar der Regierung den Herrn Pfarrer Dr. Smolka habe verlassen müssen, aus der Wahlstelle eine Menge von Lehterern als wahlberechtigt aufgenommene Frauen zu streichen, demnächst aber auch die an den Kirchbüren angehörente Einladung zur Wahl zu ändern, da diese nur zur Wahl der Kirchenvorsteher, demnächst aber, entsprechend der Anweisung des Herrn Fürstbischofs, zu einer Beschlusssitzung darüber auffordert, eine Gemeindevertretung nicht zu wählen. Nachdem die Erschienenen sich über die zu wählenden Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter geeinigt hatten, wurde eine neue Versammlung für Mittwoch, den 17. d. in Aussicht genommen, und Herr Landrat Salice-Contessa übernahm es, um diese wichtige Angelegenheit möglichst nach der anderen Richtung hin zu einem erwünschten Ende zu bringen, den Herrn Pfarrer Dr. Smolka zu der nächsten Versammlung persönlich einzuladen, ihm die vorgeschlagenen Candidaten zu bezeichnen und ihm zu allen möglichen Gegenvorstellungen beizustehen. —

— r. Namslau, 21. November. [Übertragung. — Zu den kirchlichen Wahlen.] Nachdem der kgl. Kreisärzt Vogler vor länger als Jahresfrist in eine andere Stellung nach Berlin einberufen worden war, wurde seine Stelle durch den hiesigen Thierarzt erster Klasse, Herrn Gütlich, interimistisch veraltet. Neuerdings hat die kgl. Regierung dem p. Gütlich die kreisärztlichen Funktionen commissarisch übertragen. — Für den 15. November die Herren Kreisgerichtsrath Orthmann, Kreisphysicus Sanitätsrat Dr. Larisch und Schuhmachermeister Grüninger, sämmtlich Unterzeuge der Staatsfahnen-Adressen, in den Gaffo „Zur goldenen Kanne“ die wahlberechtigten katholischen Einwohner der Parterre Namslau zu einer Einigung über die für die bevorstehenden kirchlichen Wahlen aufzutellenden Candidaten eingeladen. Diese Versammlung, welcher auch der kgl. Landrat Salice-Contessa in seiner Eigenschaft als Mitglied der katholischen Kirchgemeinde bewohnte, war leider nur sehr spärlich besucht. Herr Landrat Salice-Contessa machte beiläufig davon Mittheilung, daß er als Commissar der Regierung den Herrn Pfarrer Dr. Smolka habe verlassen müssen, aus der Wahlstelle eine Menge von Lehterern als wahlberechtigt aufgenommene Frauen zu streichen, demnächst aber auch die an den Kirchbüren angehörente Einladung zur Wahl zu ändern, da diese nur zur Wahl der Kirchenvorsteher, demnächst aber, entsprechend der Anweisung des Herrn Fürstbischofs, zu einer Beschlusssitzung darüber auffordert, eine Gemeindevertretung nicht zu wählen. Nachdem die Erschienenen sich über die zu wählenden Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter geeinigt hatten, wurde eine neue Versammlung für Mittwoch, den 17. d. in Aussicht genommen, und Herr Landrat Salice-Contessa übernahm es, um diese wichtige Angelegenheit möglichst nach der anderen Richtung hin zu einem erwünschten Ende zu bringen, den Herrn Pfarrer Dr. Smolka zu der nächsten Versammlung persönlich einzuladen, ihm die vorgeschlagenen Candidaten zu bezeichnen und ihm zu allen möglichen Gegenvorstellungen beizustehen. —

— r. Namslau, 21. November. [Übertragung. — Zu den kirchlichen Wahlen.] Nachdem der kgl. Kreisärzt Vogler vor länger als Jahresfrist in eine andere Stellung nach Berlin einberufen worden war, wurde seine Stelle durch den hiesigen Thierarzt erster Klasse, Herrn Gütlich, interimistisch veraltet. Neuerdings hat die kgl. Regierung dem p. Gütlich die kreisärztlichen Funktionen commissarisch übertragen. — Für den 15. November die Herren

weshalb die Herren Geschworenen mit Kleiner das Nichtsäulig erklären. Es erfolgte demgemäß seine Freisprechung, während führlich unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr 6 Monat Gefängnis verurtheilt wurde.

Handel, Industrie &c.

4. Breslau, 22. November. [Von der Börse.] Die heutige Börse war, gestützt auf die von auswärts gemeldete günstige Haltung, sehr fest; hohe Wiener Verbörsencourse, sowie die kurz nach Beginn der Börse bekannt gewordene Discontoherabsetzung der Preußischen Bank unterstützen diese Tendenz, die bis zum Schluß anhielt. Creditactien gegen Sonnabend 9 M. höher, 329—8½—29. Lombarden gegen Sonnabend etwas niedriger; die Speculation verhält sich augenblicklich sehr reservirt, da man über die Trennungsfrage und ihre Modalitäten ganz ununterrichtet ist; bei äußerst geringem Geschäft notiren Lombarden 185%. Franzosen ebenfalls 9 M. besser, 500 bez. Laura-Actien profitirten von den festen Tendenzen 5—5% Procent. Bei reger Kauflust gingen dieselben ab 68—68½ in großen Posten um. Eisenbahnertheile höher; Oberschlesische 2% p.Ct. besser, 141%. Freiburger 4% p.Ct., 75%, Oderuer 2 p.Ct., 96—96%. Auch bissige Banken bestanden ihre Course; Bantverein notirt 2 p.Ct. höher, 85, Discontobank Friedenthal 1½ p.Ct., 59%, Bodencreditbank 1½ p.Ct. höher, 93½%. Fonds gefragt und besser bezahlt; von Valuten russische 50 Pf. österreichische 10 Pf. höher.

Breslau, 22. Novbr. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleearat, rotte unverändert, ordinäre 34—37 Mark, mittle 40—43 Mark, neue 45—47 Mark, hochste 49—51 Mark pr. 50 Kilogr. — Kleearat, weiße fest, ordinäre 43—49 Mark, mittle 53—59 Mark, neue 63—68 Mark, hochste 70—75 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggas (pr. 1000 Kilogr.) füll, gel. — Cir. abgelaufene Kündigungsscheine — pr. November 154—153 Mark bezahlt u. Br. November—December 154—153 Mark bezahlt u. Br. December—Januar 154,50 Mark bezahlt und Br. Januar—Februar — April—Mai 158 Mark bezahlt, Mai—Juni —.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Cir. pr. laufenden Monat 191 Mark Br. November—December 191 Mark Br. December—Januar — April—Mai —.

Erste (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Cir. pr. lauf. Monat 144 Mark Br. Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gel. 500 Cir. pr. laufenden Monat 163 Mark Br. November—December 162 Mark Br. April—Mai 162 Mark Br. 161 Gd.

Kaps (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Cir. pr. lauf. Monat 295 Mark Br.

Rübbel (pr. 100 Kilogr.) etwas matter, gel. — Cir. abg. Kündigungsscheine — loco 70 Mark Br. pr. November 69 Mark Br. November—December 69 Mark Br. December—Januar 69 Mark Br. Januar—Februar 69,50 Mark Br. Februar—März — April—Mai 70,50—70,00 Mark bezahlt, 70,50 Mark Br.

Spiritus (pr. 100 Liter à 100 %) unverändert, gel. 20,000 Liter, loco 43 Mark bezahlt u. Br. 42 Mark Gd. abg. Kündigungsscheine — pr. November 43,40 Mark bezahlt und Br. November—December 43,40 Mark bezahlt und Br. December—Januar — Januar—Februar — Februar—März 45 Mark Gd. 45,50 Mark Br. März—April — April—Mai 46,80 Mark Gd. Mai—Juni 47,80 Mark Gd. Juni—Juli — Juli—August 49,80 Mark Br.

Spiritus loco (pr. 100 Quart bei 80 %) 39,40 Mark Br. 38,40 Gd. Jint —.

Die Börsen-Commission

** Breslau, 20. November. [Producten-Wochenbericht.] Das Weizen war auch in dieser Woche recht veränderlich und machte sich hauptsächlich in den letzten Tagen ein dicker anhaltender Regen zeitweise geltend, während die Temperatur durchschnittlich eine sehr milde genannt werden konnte.

Der Wasserstand ist im Falle begriffen und hat auf das Verladungsgeschäft darum wenig Einfluß ausgeübt, da die Schiffssahrt als heimlich vollständig geschlossen angesehen und auf Frühjahrserverlungen noch nichts abgemacht worden ist. Daher sind Frachten nur nominell zu notiren per 50 Kilogramm Stettin 35, Berlin 40, Hamburg 75 Pf.

Die Berichte vom Auslande lauten allgemein ziemlich farblos. In England kommt eine Besserung in der Stimmung noch nicht Platz greifen; die Zufuhren fremdländischer Sorten sind reichlich und werden bei der Zurückhaltung der Consumenten nicht voll aufgenommen; die Lagerbestände werden hierdurch vergrößert und die Stimmung kann sich einem Druck nicht entziehen. Die momentane Position ist daher wenig aussichtsvoll, nach Berichten aus England glaubt man aber darauf, daß dieser Zustand sich bald ändern, und einer festen Tendenz Platz machen wird. In Frankreich waren die Preise für Weizen und Mehl etwas schwächer, nur die östlichen Departements weisen eher eine Besserung auf. In Holland und Belgien ließ sich eine Tendenz nicht erkennen. Preise schwankten kaum und der Handel war unbeliebt. Am Rhein war das Effectivgeschäft ziemlich rege, am Nördler Terminmarkt ist jedoch im Gegentheil hierzu eine Baisse spätig, die Preise künftig unter Druck hält und könnte sich daher ein Preisaufschwung nicht einstellen. In Süddeutschland war der Verkehr zwar nicht unbeteiligt, Preise zeigten aber keine Variation. In Sachsen war die Frage nach Weizen und Roggen in guter Qualität rege und wurden hohe Preise angelegt. Österreich-Ungarn war ohne Leben; die Notirungen haben sich kaum verändert.

In Berlin war sowohl für Weizen als Roggen die Stimmung matt und haben die Preise für beide Getreidearten bei sehr geringen Umsätzen gegen die Vorwoche eine Kleinigkeit eingebüßt.

Das Getreidegeschäft war auch in dieser Woche wenig belebt und Umsätze unbedeutend. Wenn auch in gewissen Gattungen mehr gehandelt worden ist, so bleibt es doch immerhin nur ein Consumgeschäft und traten die Träger desselben beinahe lediglich als Käufer auf. Export ruht vollständig. Zufuhren sind in Allgemeinen noch mäßig.

Weizen war in matter Haltung und konnten sich Preise nur darum halten, weil das Angebot nicht übermäßig war. In einzelnen Tagen dieser Woche, an welchen das Angebot etwas stärker war, mußten Inhaber nie dringere Preise als vergangene Woche annehmen. Umsätze waren wenig belangreich. Zu notiren ist per 100 Kilogr. weiß ab 17,30—18,50—22 M., neu weiß 17—18,50—20,20 Mark, gelb ab 18—19,50—21 Mark, neu gelb 16—17,80 bis 19,10 Mark, feinstes noch über Notiz, per 1000 Kilogramm November 191 Mark Br.

Roggen. In den ersten Tagen dieser Woche war das Angebot stärker, während Käufer zurückhaltend auftraten und blieb die Stimmung bis Ende der Woche matt, so daß seine Qualitäten einen Preisrückslag von 30 Pf. und mittlere Qualitäten, die sehr vernachlässigt wurden und vielfach demgemäß auf Lager genommen werden mußten, einen Preisrückslag von 50 Pf. erlitten. Die Umsätze waren doch noch stärker als vergangene Woche. Zu notiren ist per 100 Kilogr. 14,50—15,80—17,90 Mark. Feinstes etwas höher. Im Termingeschäft waren Umsätze äußerst gering, Preise jedoch in Folge matter Haltung des Effectivmarktes und flauerer auswärtiger Berichte niedriger, in der Preisrückslag gegen vergangene Woche ca. 3 Mark anzunehmen ist. Man handelte an heutiger Börse per 1000 Kilogr. November und November—December 155 M. bez. u. Br. December—Januar 154 Mark bez. u. Br. April—Mai 162 M. Br.

Hafer. Die in den letzten Tagen vergangener Woche eingetretene feste Stimmung hielt für diese Woche nicht Stand, da das Angebot ziemlich stark war, während Käufer sich zurückhaltend zeigten und Preise einen Rückslag von ca. 30 Pf. für mittlere Qualitäten erlitten, in welchen sich Inhaber jedoch nicht sogen. wollten und demgemäß manchen Posten auf Lager nehmen mußten. Zu notiren ist per 100 Kilogr. 14,30—15,50—17,80 M. Im Termingeschäft waren Umsätze bei matter Haltung wieder sehr gering und sind ca. 3 M. niedrigere Preise gegen vergangene Woche zu notiren. Man handelte an heutiger Börse per 1000 Kilogr. loco 163 M. Br. November—December 162 Mark Br. April—Mai 162 Mark Br.

Hülsenfrüchte bei schwachem Angebot wenig verändert. Koch-Erbse blieben gejährt, 16,50—18,50—20 Mark, Futter-Erbse 15,50—16,80—18 Mark, Linsen, kleine 23 bis 26 M., große 27 bis 30 M. und darüber, Bohnen wenig verändert, galizische 14,50—15,50 M., schleißige 16—17 M., rote Hirse nominal, 15 bis 16 M., Bicken ohne Umsatz, 16—18 M., Lupinen schwache Kauflust, gelbe 10,50—11,50—12 M., blau 10—11—11,50 Mark, Mais etwas mehr beachtet, 11,50—12—13 M., Buchweizen schwach gefragt, 15 bis 18,50 Mark. Alles per 100 Kilogr.

In Kleefamen blieb das Angebot noch immer sehr schwach, und ist dieser Umsatz um so merkwürdiger, als wir um diese Zeit schon an einen recht lebhaften Kleehandel gewohnt sind. Es bestätigt sich daher die Stimmung von Tag zu Tag mehr und werden im Allgemeinen sehr hohe Preise ange-

legt. Galizien, das sonst um diese Zeit bereits mit Zufuhren unseres Markts überschüttet hatte, bringt nur hin und wieder einige Posten Rothsaat heran, die dabei, was Qualität anbelangt, gegen früher viel zu wünschen übrig lassen. Von Weißsaat sind uns nur kleinere Posten zugeschickt worden, von denen einige allerdings Prima-Qualität waren, doch wurden auch demgemäß sehr hohe Preise dafür bezahlt. Thymothee und Alysse fehlen fast noch vollständig. Zu notiren ist per 50 Kilogr.: rot 42,50—47,50—49,50 50,50 bis 51,50 Mark, weiß 43—46—51—65—76 Mark, schweinfisch 70—76 M., gelb 16—18—19 M., Thymothee 28—30—33 Mark.

Delsaaten blieben ferner gefragt bei höheren Preisen. Zufuhren noch äußerst schwach. Zu notiren ist per 100 Kilogr. Winterraps 29,50—30,50 bis 31,50 M., Winterrüben 27,50—29,50—30,50 Mark, Sommerrüben 30—31—32 Mark, Döter 24—25—26,50 Mark.

In Hanfsmamen war das Angebot bei etwas höheren Preisen schwächer. Zu notiren ist per 100 Kilogr. 19,40 bis 20,50 Mark.

Leinsamen hat sich in den letzten Tagen bei regerer Kauflust und etwas höheren Preisen die Stimmung etwas bestätigt. Zu notiren ist per 100 Kilogr. 24,50—26—27,25 Mark.

Für Leinluchen zu besseren Preisen mehr beachtet, 10,60—11 Mark per 50 Kilogr.

Rüböl war in den ersten Tagen immer noch gut gefragt, und Preise bei bedeutenden Umsätzen steigend, während sich in den letzten Tagen der Woche die Stimmung einigermaßen beruhigt und demgemäß der Preisaufschlag nur circa 2 Mark betrug. Man handelt an heutiger Börse loco 70 Mark Br. November und November—December 69,50 M. Br. December—Januar 70,50 M. Br. Januar—Februar 70 M. Br. April—Mai 71—70,50 M. bez.

In Spiritus war das Geschäft ganz belanglos, da sowohl jede Unternehmungslust fehlte, als auch das Verlandt-Geschäft weder in Rothspiritus noch Spirituslebster geworden ist. Die Tendenz war matt bei fast unveränderten Preisen. Die Zufuhr ist stärker geworden und befriedigt bequem den Bedarf der Destillation und Spiritfabrikation. Man handelt an heutiger Börse per 100 Liter loco 43 M. Br. 42 M. Gd. November und December 43,20 M. Br. April—Mai 46,80 M. Br. Mai—Juni 47,70 M. bez. Juni—Juli 49 Mark Br. April—Mai 49,80 M. bez.

Für Mehl zeigte sich in den ersten Tagen mehr Kauflust, die jedoch bei bald stärker werdendem Angebot ermittelte. Zu notiren ist per 100 Kilogr. Weizen, fein ab 30 bis 31 Mark, neu 26,50—27,50 M., Roggengrund, Hausbaden: 24,75 bis 25,75 Mark, Roggenfutter, mehr ab 10 bis 10,75 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Stärke war fast unverändert bei lebhaftem Geschäft. Zu notiren ist Weizenstärke: 25—27,50 Mark. Kartoffelstärke 11,75—12 Mark. Kartoffelmehl 12,25—12,50 Mark. Alles per 50 Kilogramm.

+ Breslau, 22. November. [Ledermarkt.] Der heute in der städtischen Turnhalle am Berliner Platz abgehaltene sogenannte „Elisabet-Ledermarkt“ hat den an ihn gestellten Erwartungen und Anforderungen insofern nicht entsprochen, als ein so geringes Waarenquantum zum Verkauf gestellt war, wie es bei diesem Markt sonst nie zu geschehen pflegte. Auf dem Rothgerbermarkt waren von 78 Rothgerbern nur 400 Centner, und auf dem Weißgerbermarkt von 69 Weißgerbern nur ca. 380 Centner meist Schafleder, und zwar % in heller brauner Gerbung, ½ Weißleder und ¼ Sämling Leder zum Verkauf ausgedeckt, wovon ein großer Theil nach Österreich, das Uebrige nach Berlin und dem Herzogthum Posen verkauft wurde. Die meisten Gerber hatten im Hinblick auf die ungünstigen Zeitverhältnisse und auf den voraussichtlich flauen Verkehr den heutigen Markt nur schwach besichtigt, und gerade diesem Umstände ist es zuzuschreiben, daß die vorhandenen geringen Vorräte bei raschem Umtausch schnell aus dem Markte genommen wurden. Trotz der ungünstigen Herbststrostung sind die erzielten Preise immer noch als ziemlich gut zu bezeichnen, ein Beweis dafür, daß das eingeschäft gegenwärtig gegenüber anderen Branchen als ein bevorzugtes zu betrachten ist. Folgende Preise sind auf dem Rothgerbermarkt erzielt worden: Fahl- und Schwarzleder 1,80—1,90 Mark, schwere 1,50—1,70 Mark pro Pfund. Ripse, braune, 1,60—1,80 Mark, schwärze 1,80—2,40 Mark pro Pfund, je nach Qualität. Aluanleder 1,10 Mark pro Pfund. — Schwarzes Blankleder 1,60 Mark. — Röhrleder (Ausschnitt), Borderteile 45 Mark, Borliche 36—45 Mark, Besäume und Hintertheile 15 Mark, Schuhleder 2,20 Mark, ganze Häute 18 bis 23 Mark pr. Stück. — Braune und schwarze Kalbleder 2,80 bis 3,50 Mark pr. Pfund. Der Markt war bis zur Mittagsstunde vollständig geräumt.

Die erzielten Preise auf dem Weißgerbermarkt stellte sich, wie nachfolgt, heraus: Braunes und weißes Schafleder wurde in reiner Ware, a. Decker 8 Pfund schwer, pr. 100 Stück 135—144 Mark, 7 Pfund schwer 120—129 Mark, 6 Pfund schwer 102—114 Mark, 5 Pfund schwer 75—84 Mark bezahlt. Mittelsorte, Ausschub, kleine und geringe Ware gefunden. Sämlichleder blieb sehr vernachlässigt, und mußte ein großer Theil dieses Artikels als unverkauft vom Markt genommen werden. Die verlaufenen Posten wurden mit 15 Mark weniger im Preise als im vorigen Herbstmarkt gebändelt. Streicher 120 bis 160 Mark, Schlichter 135 bis 170 Mark pro Hundert, je nach Qualität. Schwarze gesärbte dänische Hosenleder fanden bei 270 bis 330 Mark pr. Hundert, und bissige schwarze gesärbte Hosenleder mit 210 bis 230 Mark pr. Hundert willige Käufer. Sämlische Kalbleder von 180 bis 200 Mark pro Pfund. — Schwarzes Blankleder 1,60 Mark. — Röhrleder (Ausschnitt), Borderteile 45 Mark, Borliche 36—45 Mark, Besäume und Hintertheile 15 Mark, Schuhleder 2,20 Mark, ganze Häute 18 bis 23 Mark pr. Stück. — Braune und schwarze Kalbleder 2,80 bis 3,50 Mark pr. Pfund. Der Markt war bis zur Mittagsstunde vollständig geräumt.

Die erzielten Preise auf dem Weißgerbermarkt stellte sich, wie nachfolgt, heraus: Braunes und weißes Schafleder wurde in reiner Ware, a. Decker 8 Pfund schwer, pr. 100 Stück 135—144 Mark, 7 Pfund schwer 120—129 Mark, 6 Pfund schwer 102—114 Mark, 5 Pfund schwer 75—84 Mark bezahlt. Mittelsorte, Ausschub, kleine und geringe Ware gefunden. Sämlichleder blieb sehr vernachlässigt, und mußte ein großer Theil dieses Artikels als unverkauft vom Markt genommen werden. Die verlaufenen Posten wurden mit 15 Mark weniger im Preise als im vorigen Herbstmarkt gebändelt. Streicher 120 bis 160 Mark, Schlichter 135 bis 170 Mark pro Hundert, je nach Qualität. Schwarze gesärbte dänische Hosenleder fanden bei 270 bis 330 Mark pr. Hundert, und bissige schwarze gesärbte Hosenleder mit 210 bis 230 Mark pr. Hundert willige Käufer. Sämlische Kalbleder zu Maurenschürzen waren in schwacher Zufuhr am Platz, doch wurde der geringe Vorrat mit 60—70 Mark pr. Decker abgegeben. Wildleder, Hirschleder 140—155 Mark pr. Decker, Rehleder 27—30 Mark pr. Decker war wenig vorhanden, doch fand das vorhandene geringe Quantum schnellen Absatz. Ein Verkäufer hatte couleurties Schafleder ausgedeckt, welches in Mittelware mit 18—20 Mark und in großer Ware mit 22—24 Mark per Decker bezahlt wurde. Bis Mittag um 1 Uhr war der Elisabet-Ledermarkt mit 60—70 Mark pr. Decker abgegeben. Wildleder, Hirschleder 140—155 Mark pr. Decker, Rehleder 27—30 Mark pr. Decker war wenig vorhanden, doch fand das vorhandene geringe Quantum schnellen Absatz. Ein Verkäufer hatte couleurties Schafleder ausgedeckt, welches in Mittelware mit 18—20 Mark und in großer Ware mit 22—24 Mark per Decker bezahlt wurde. Bis Mittag um 1 Uhr war der Elisabet-Ledermarkt mit 60—70 Mark pr. Decker abgegeben. Wildleder, Hirschleder 140—155 Mark pr. Decker, Rehleder 27—30 Mark pr. Decker war wenig vorhanden, doch fand das vorhandene geringe Quantum schnellen Absatz.

Glasgow, 16. Nov. [Eisenbericht von Theodor Herz, vertreten durch M. J. Ullrich in Breslau.] Seit meinem jüngsten Druckbericht hat sich die Lage des Roheisenmarktes wenig verändert. Die Stimmung war ruhig, die Umsätze befrüchtet. Gemische Nos. Warrants fluctuieren zwischen 60 S. und 60 S. 6 P. Käse und Schleifer heute fest zu letzterem Preise.

Die Verschiffungen während der vergangenen Woche betrugen 10,663 Tons gegen 9048 Tons während der correspondirenden Woche vergangenen Jahres, und in diesem Jahre 486,429 Tons gegen 399,952 Tons während derselben Periode 1874.

Middlesbrough-on-Tees, 16. Nov. [Eisenbericht von C. E. Müller, vertreten durch M. J. Ullrich in Breslau.] Auf unserer heutigen Roheisenmarkt herrschte eine entschieden bessere Stimmung und fanden ziemlich starke Umsätze statt mit 6 D. per Ton Advance gegen vorige Woche.

Der Roheisenversand bleibt immer noch sehr gut und hält Schritt mit der Produktion.

Zu notire heute: Nr. 1 54 S. 6 P., Nr. 3 49 S. 6 P., Nr. 4 grau Buddeleisen 48 S. 6 P., weiß 47 S. per Ton von 1015 Kilos ab Werk gegen Caja.

Frachten sind sehr fest und Dampferraum bleibt knapp. Man notirt: Hamburg 9 S. 6 P., Rotterdam und Antwerpen 8 S. 6 P., Dünkirchen 8 S.

Havre, 18. November. Die heute fortgesetzte Wollauktion war weniger zahlreich von Käufern besucht als gestern. Das Geschäft entwickelte sich aber dennoch mit derselben Belebtheit. Die Preise blieben unverändert. Angeboten wurden 2860 Ballen, darunter 1871 B. La Plata-Wollen. Verkauft wurden 1516 Ballen, darunter 1456 B. La Plata-Wollen.

[Königs- und Laurabütte.] Die „Vorzeitzeitung“ erhält von einem Correspondenten in Oberhessen, der mit den einschlägigen Verhältnissen genau vertraut ist, folgende Mitteilung: Ich bin in der Lage, den in vielen Zeitungen übergegangenen Nachrichten die bestimmte Erklärung entgegen zu ziehen, daß die Neubaute und sonstigen großartigen Errichtungen der Werke der Vereinigten Königs- und Laurabütte nicht durch Spülfeuerahme des Reservefonds berestellt werden sollen, sondern daß dieselben mit den durch die zweite Emission von Aktien beschafften Mitteln bereits hergestellt worden sind. Ein Theil des Reservefonds dagegen wird gegenwärtig und nur vorübergehend zu Betriebszwecken verwendet, weil die inzwischen tatsächlich erfolgte Zubetreibung der neuen Fabrik, des Bandagen-W

Accepte, auch wenn ein Umlauf derselben im Inlande nicht stattfindet, nach § 2 v. Gesetz vom 10. Juni 1869 der Stempelsteuer unterliegen.

[Dr. Strousberg.] Die „Bohemia“ schreibt aus Prag, 18. November. Unter dem Vorsitz des Herrn Massenbewalters Dr. Tragy hat „Vorgerstern“ Abends einige vierstündige Gläubigerabschaffung der St.-Ostbergerischen Concurssanitätsanstalt stattgefunden, in welcher der Mainzer Verwalter, sowie dies bisher möglich, über den Stand der Masse Verteilungen gab. Die Versammlung begloss die Werke Strasch, Dobrov und Waggonsfabrik Holoubek in Betrieb zu erhalten. Die Auszahlung der Arbeiter wurde durch eine Vorschüttung des Prager Werkes für Holzleserien ermöglicht. Der Versammlung wurde mitgetheilt, daß das kaiserlich königliche Kreisgericht in Pilsen die Eigentumsbeschreibung von Dobrov, Franzenthal und Strachov an die Actengesellschaft für deutsche und böhmische Eisen- und Stahlfabriken das formellen Grundstein abgelegt hat. Dagegen wurde das Eigenkum der Gesellschaft auf Holoubek und Wejwanow noch vor der Concurssanitätsanstalt gegen Nachtrag des Original-Vertrages vorgenommen. Bekanntlich hatte Dr. Strousberg den Bau der Waagthalbahn in einer Strecke von 97 Kilometern gegen eine Baufallsumme von 9,480,000 fl. übernommen. Hierzu sind 75 Kilometer fertig, 42 noch im Bau befindlich. Es sind nun mit den Subunternehmern Verhandlungen wegen Weiterführung jenes Baues im Gange. In der Waggonsfabrik zu Holoubek stehen 30 Waggons fertig, der Vollendung nahe sind 120 Waggons, und 50 wurden in Angriff genommen. Bekanntlich sind 40 Waggons von dem Leopoldstädter Sparverein gespendet. Aus Danzig, 17. November schreibt die „Danz. Zeit.“: Die Verwaltung des Strousberg'schen Concurss in Berlin hat am Montag hier 2000 Thlr. zur Auszahlung an die Arbeiter der außer Betrieb gestellten Marienstraße angewiesen.

Trautenau, 22. November. [Garnmarkt.] Verkäufer sind zurückhaltend, Umsätze bleiben deshalb schwach. Die Spinner beginnen bereits die Produktion einzuschränken. (Tel. Bresl.-Dep. der Bresl. 3.)

[Die ungarische Weinlese.] Man erhebt aus Ungarn und zwar aus Szalha, vom 19. November: Die allgemeine Weinlese alßher, wo der eigentliche Tokayer Wein auf den steppigen Hügeln gedeiht, begann am 26. October und endete am 15. November. Was die Quantität anbelangt, fiel sie ziemlich reichlich aus, die Qualität darf auch unter bessere Jahrgänge, doch nicht zum vorigen Jahre gerechnet werden. — Die Preise stellen sich verhältnismäßig von 18—45 fl., die Trockenbeere per Volt. von 8—10 fl.— Am Käufen mangelt es wohl, aber die Weine sowohl vom vorigen Jahre als auch heuer sind für den Ankauf des Auslandes empfehlenswerth. — Die Firma P. Augustiny in Liptó Millós empfiehlt ihre vorzüglichen Weinprodukte per Original-Sack à 2½ ungari sche Eimer: 1874er Tokayer Ausbruch mit Original-Sack 120 fl. s. W., 1875er Samardoni prima mit Original-Sack 45 fl. s. W.

Triest, 20. Nov. Der Lloydampfer „Urano“ ist mit der ostindisch-chinesischen Überlandspost heute Nachmittag 1½ Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

Ausweise.

Wien, 20. November. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 8. bis zum 14. November für die Linie Wels-Salzburg 170,844 fl. Mindereinnahme 29,290 fl.]

Eisenbahnen und Telegraphen.

[Magdeburg-Halberstädter Bahn.] Auch auf den Linien der Magdeburg-Halberstädter Bahn sind die Betriebs-Einnahmen im abgelaufenen Monat October weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Auf den Stammlinien und deren Zweigbahnen beträgt das Minus 2% p.C., so daß das Plus der Totaleinnahme auf 2% p.C. sinkt. Berücksichtigt man nun die gegen 1874 um 4% p.C. größere Betriebslänge, so ergibt sich immer noch ein nicht unbedeutendes Minus gegen das Vorjahr. Auf der Linie Uelzen-Langwedel, diesem Sommerende der Gesellschaft, ist der Rückgang der Einnahmen ein konstanter. Das Minus für das laufende Jahr bezeichnet sich jetzt bereits auf über 20%.

[Waagthalbahn.] Über den Fortschritt des Baues auf der Linie Ternau-Wagnaustadt im abgelaufenen Monate October a. c. geht uns folgende Nachricht zu: Gesamt-Leistungen (in Perzentzahlen ausgedrückt) beim Unterbau 58,4%, beim Oberbau 81%, beim Hochbau 83%. Die Generalbauunternehmung beschäftigte durchschnittlich per Tag: 528 Arbeiter, 91 Handwerker, 59 Pferde, 51 Karren, 2 Maschinen und 800 laufende Meter Rollbahnen.

[Lombardische Eisenbahn.] Außer der telegraphisch gemeldeten Mitteilung aus Rom, daß die Convention wegen des Verkaufs der italienischen Strecke der Südbahn in Basel abgeschlossen sei, sind nähere Nachrichten bis zur Stunde nicht eingegangen. Indessen glaubt man allgemein und umso mehr an die Begründung dieser Nachricht, als derselben in unterrichteten Kreisen seit einiger Zeit ohnedies entgegen gesehen wurde. Dagegen sind Details über die Bedingungen des Verkaufs vor der Hand völlig unbekannt. Ein Urteil über den Einfluß des Verkaufs auf die Gesellschaft und ihre Aktionen und Obligationen ist daher z. B. nicht wohl möglich, nur so viel möchte zu erwägen sein, daß die italienischen Strecken für die Südbahn stets ein Nutzen waren und ihr Verkauf daher immerhin als ein für die Gesellschaft günstiges Ereignis betrachtet werden darf.

[Rumänische Eisenbahnen.] Man nimmt an, daß eine in Bukarest stattfindende partielle Ministerkonferenz mit der Bahnangelegenheit in Verbindung stehe. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Borescu hat nämlich seine Demission gegeben, und der Rücktritt des Finanzministers Cantacuzino wird in den nächsten Tagen erwartet. Sollten diese Demissionen in der That mit der rumänischen Bahnfrage zusammenhängen, so ist abzuwarten, in welcher Weise dieselbe dadurch wird beeinflußt werden. Untererst hören wir, daß der bisherige Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Herr Borescu, der schon bisher seine ziemlich ausgedehnten Börsenspeculationen durch Vermittelung der Bukarester Bank ausführte und zu derselben überhaupt schon längst in sehr intimen Beziehungen stand, nunmehr gänzlich in die Direction dieser Bank einzutreten gedient.

[Dniesterbahn.] Seitens der Prioritätenbesitzer der Dniesterbahn wird eine Agitation gegen die Verschleuderung der Bahn um den fünften Theil ihres Anlage-Capitals eingeleitet, da bei diesen Verkaufsbedingungen auf die Prioritäten der Dniesterbahn nicht einmal 30% p.C. ihres Nominalwertes entfallen.

[Reformen im Telegraphenwesen.] Schon in nächster Zeit werden sich unter dem Regime des Generalpostmeisters in unserem Telegraphenwesen verschiedene wohltätige Reformen vollziehen. Zum 1. Januar soll die oft belästigte Empfangsbescheinigung Seitens der Adressaten über eingegangene Depeschen aufhören, damit die Depeschen desto schneller zur Bestellung gelangen können. Auch soll, wie wir hören, die bisherige Penibilität, die Depeschen nur an den bestimmt bezeichneten Empfänger abzugeben, aufhören, so daß, ähnlich wie bei Briefen, auch Depeschen an sichere Personen des Hauses, Comptoirs u. a. abgegeben werden dürfen. Ferner sollen die Telegraphenboten versuchsweise gehalten sein, auch Rückantworten auf eingegangene Depeschen anzunehmen resp. abzuwarten, vorausgesetzt, daß das Warten nicht über eine mögliche Zeit hinausgeht, und andere Depeschen, welche der Bote etwa noch zu bestellen hat, dadurch eine Verzögerung erleidet. Ferner ist die Einführung von telegraphischen Correspondenzen intendiert, das heißt unkontrollierte Depeschen, wie sie auf der Petersburger Conferenz vorgebracht worden sind. Die Staatsbehörden werden angewiesen, den Telegraphen nicht über das Maß unbedingter Dringlichkeit hinaus zu benutzen, damit die Linien nicht überlastet und Privattelegramme durch Staatsdepeschen unnötiger Weise verzögert werden. Es scheint so nach Allem eine fröhliche Strömung in die deutsche Telegrafie kommen zu sollen, die ihr seit Jahren noth thut.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 22. November. Der Reichstag verwies das Gesetz über die Telegrafenanleihe an die Staatscommission und begann hierauf die erste Lesung des Brausteuergesetzes. Bismarck ergreift das Wort, bedauert der Reichstagsöffnung nicht haben beizuhören zu können. Seine schwankende Gesundheit hätte ihn gehindert und vielleicht noch länger fern gehalten, wären nicht die Appellation der Presse und des Reichstagsabgeordneten Richter so dringend gewesen. In der Steuerfrage stimmt er mit Camphausen darin überein, daß die Rechte des Reichstages darüber, ob Ausgaben durch neue Steuern oder durch Erhöhung der Matrikulazahlungen zu decken seien, nicht alterirt werden dürfen. Der Umstand, daß man keine Radical-Steuerverfassung vorgenommen, sei kein Motiv für Ablehnung der Steuergesetze. Man könne

auch eine Abschlagszählung annehmen. Eine Radicalreform sei eine Herculesarbeit, wobei der Particularismus der Einzelstaaten die Lösung der Aufgabe erschwert. Die Kleinstaaten durften nicht durch Matrikulazahlungen überbietet werden. Nach seiner Ansicht empfehlen sich für das Reich indirekte Steuern, direkt seien zu drückend und ungeeignet. Frankreich und England, wo meist indirekte Steuern wären, tragen die Steuerlasten leichter. Steuern müssen auf Luxusgenussmittel fallen. Die Biersteuer empfiehlt sich namentlich, weil sie von allen Handwerkern gleichmäßig durch Preiserhöhung getragen werde. Es sei nicht angezeigt, die Sache auf das Gebiet einer parlamentarischen Machtfrage hinüber zu spielen, es handle sich um einen Schluß zu allgemeiner Steuerreform. Die Frage sei gewiß auch nicht angehängt, dem alten Wunsche auf Errichtung von Reichsministerien mehr Nachdruck zu geben. Ein verantwortliches Collegium sei ein Unding.

Kesselfabrik seien zu selbstständig, um den einzelnen die Verantwortlichkeit zu überlassen. Die Reichsminister-Kesselfabrik seien überdies in der Entwicklung begriffen. Das Auswärtige Amt, die Marine, die Eisenbahnen, die Post und Telegraphie hätten selbstständige Verwaltung. Auch die Verwaltung Elsass-Lothringens diente er sich nicht eben so geordnet. Das Reich würde an Aktionsfähigkeit verlieren, wenn die gegenwärtige Ordnung der Dinge einem collegialen System weichen sollte. Die Börsensteuer sei ein einfacher Gerechtigkeitsact, das mobile Capital müsse wie das immobile Stempel zahlen. Wenn Sie unsrer wohlgemeinten Steuerreformversuch ablehnen, müssen wir ihn im nächsten Jahre erneuern, wenigstens glaube ich mich dazu verpflichtet. Von Empfindlichkeit und Cabinetsfrage kann hier nicht die Rede sein. Ich möchte bitten, zunächst das Brausteuergesetz anzunehmen, namentlich auch um in Norddeutschland eine gleichmäßige Einnahme wie in Süddeutschland zu erzielen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen Löwe, Windthorst (Meppen) und Liebknecht gegen, Lütjens für die Steuergesetze. Camphausen verwarf sich nochmals dagegen, daß er in seiner vorgestrittenen Rede die Steuergesetze habe fallen lassen und die Bank habe tadeln wollen. Die von ihm gewünschte Herabsetzung des Discont sei heute erfolgt. Die Brausteuervorlage wird an die Budgetcommission, ebenso auch die Börsensteuervorlage verwiesen, nachdem Malzahn die letztere befürwortet. Morgen Verathung einzelner Stats.

Berlin, 22. November. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag 4½ Uhr den Fürst Bismarck.

Wien, 22. November. Die „Politische Correspondenz“, sich gegen die anlässlich der Wirren auf der Balkanhalbinsel entstandenen Gerüchte über Pläne und Maßregeln wendend, die in den Absichten der Nordmächte gelegen wären, und wobei dem österreichischen Cabinet zum Theil eine besondere Rolle zufallen sollte, bezeichnet unter spezieller Hervorhebung der Melddungen über die vermeintliche Errichtung der Friedens-Commissionen der Occupationen Seitens österreichischer Truppen derlei Versionen als in das Reich der Fabel gehörig.

Karlsruhe, 22. November. Der Großherzog eröffnete den Landtag. Die Thronrede erwähnt die erstmalige Theilnahme des Großherzogs an den Landtagsverhandlungen, des fortwährenden Reichsausbau, hofft, die religiösen Beunruhigungen würden sich in Vertrauen verwandeln; zählt die vorbereiteten Gesetzvorlagen auf, darunter diejenigen wegen Vereinigung confessionell getrennter Volksschulen, wegen Aufbesserung des Einkommens Geistlicher beider Confessionen, gebent der wirtschaftlichen Lage und hofft baldige Besserung derselben.

Reichenberg, 21. Nov. Der hier versammelte erste österreichische Gewerbetag hat heute einstimmig eine Resolution angenommen, welche dahin geht, daß die bestehenden Handelsverträge zu kündigen und Minimtarife aufzustellen seien.

Rom, 22. Novbr. Die Annuitäten behufs des Rückaufs der oberitalienischen Eisenbahn werden in das Budget eingestellt werden, jedoch wird diese Maßregel die Finanzen nicht belasten. Die Ausgaben des Militärbudgets für 1876 sind auf 209 Millionen veranschlagt, wovon 19 Millionen auf das Budget des vorigen Jahres angewiesen, 190 auf den gegenwärtigen Etat eingestellt sind. Das Ordinarium des Militäretats ist um 6, das Extraordinarium um 6 Millionen höher veranschlagt. Die Mehrausgaben sind durch Beschaffungen von Kriegsmaterial und fortifikatorische Bauten veranlaßt.

London, 22. Novbr. Ein Telegramm der „Times“ aus Wien meldet: Die Gerüchte englischer Blätter über die Intervention Österreichs in der Herzegowina sind erfunden.

Konstantinopol, 22. Novbr. Die „Banque Impériale Ottomane“ giebt bekannt: Die im Staatschafe eröffneten, in letzter Zeit fälligen zeitweiligen Anlehen werden erneuert. Dieselben werden nach dem Januar in Monatsraten zurückgezahlt wegen der Sicherung für die Zahlung der Interessen der öffentlichen Schuld.

Calcutta, 20. November. Die Regierung legt der in Rangoon entdeckten Verschwörung keine politische Wichtigkeit bei. Auch hat dabei keiner Ruhesetzung stattgefunden und sind die Geschäfte nicht unterbrochen worden.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 22. November. Die Preußische Bank setzte den Discont auf 5% p.C., den Lombard-Zinsfuß auf 6% p.C. herab. (Wiederholte.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 22. Novbr., 12 Uhr 45 Min. [Anfangs-Course.] Creditacion 16½%. Staatsbahn 250%. Lomb. 93½%. Galizier —. Silberrente —. Papierrente —. 1860er Loose —. Reichsbank —. Sehr fest.

Frankfurt a. M., 22. Novbr., Nachm. 2 Uhr 46 M. [Schluß-Course.] Destr. Credit 163, 25. Franzosen 250, 50. Lombarden 92. Böhmisches Westbahn 165, 50. Elisabeth 142, 50. Galizier 172, 25. Nordwest 120, 25. Silberrente 65%. Papierrente 61%. 1860er Loose 111%. 1864er Loose 302, —. Amerikaner —. Russen 1872 100%. Russ. Bodencredit 86. Darmstädter 110%. Meiningen 80%. Frankfurter Bantverein 72. Wechselbank 71. Hab'sche Effektenbank 104. Destr. Deutsche Bank 72. —. Sozialistische Vereinsbank 87%. Fest.

Paris, 22. November. [Anfangs-Course.] 3 prozentige Rente 66, 20. Neueste Anleihe 1872 104, 12. Italiener 72, 30. Staatsbahn 635, —. Lombarden 232, 50. Türken 23, 95. Spanier 18%. Fest. Staatsbahn steigend.

Berlin, 22. November, 12 Uhr 30 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Aktion 330, —. 1860er Loose 111, 25. Staatsbahn 503, 50. Lombarden 186, 50. Italiener 71, 20. 85er Amerikaner 98, 50. Rumänen 29, 25. 5prozent. Türken 22, 50. Disconto-Commandit 124, 50. Laurahütte 67, 50. Dortmund Union 9, 25. Köln-Mindener Stamm-Action 92, 75. Rheinische 110, —. Bergisch-Märkische 78, 50. Galizier 87, —. Sehr fest, animirt.

Weizen (gelber) November-December 197, —. April-Mai 21, —. Roggen: November-December 155, —. April-Mai 158, —. Rüböl: Novbr. December 71, —. April-Mai 72, 20. —. Spiritus: November-December 47, —. April-Mai 50, —.

Berlin, 22. November. [Schluß-Course.] Sehr fest.

Cours vom 22. 20. Cours vom 22. 20.

Destr. Credit-Aktion 330, —. 322, —. Bresl. Matl.-B.-B. —, —. Destr. Staatsbahn 504, —. 495, 50. Laurahütte 67, —. 63, 75. Lombarden 185, —. 185, 50. D.-S. Eisenbahn 35, 50. 33, —. Siles. Bantverein 86, —. 83, —. Wien kurz 176, 70. 177, —. Bresl. Disconto-Bank 59, 50. 58, 75. Wien 2 Monat 175, 70. 175, 80. Bresl. Vereinsbank 87, 50. 87, 25. Wartau 8 Tage 268, 35. 268, 25. Bresl. Wechslerbank 60, 50. 60, —. Destr. Noten 177, 25. 177, —. Bresl. Pr. Wechslerb. 67, —. 67, —. Russ. Noten 269, 35. 269, —. do. Musterbank . —, —. Destr. 1860er Loose 110, 80. 109, —.

	1½ proc. preuß. Ank.	104, 50	104, 50	Köl.-Mindener	92 25	89, 50
3/4 proc. Staatschuld	90, —	90, —	Gallizier	87, 25	86, —	
Pöhlener Pfandbrief	93 —	92, 80	Deutsche Bank	80,75*	76, —	
Destr. Silberrente	64, 90	64, 60	Disconto-G. am.	124, 50	117, 20	
Destr. Panzerrente	61, 75	61, 30	Darmstädter Credit	110, —	108, 25	
Urf. 5. 1865r Ank.	22, 25	22, 25	Dortmunder Union	9, 50	8, 75	
Itali. Anleihe	71, 40	71, 10	Kramsta	84, 10	83, 10	
Bola. P. q. Pfandbr.	68, 50	68, 10	London lang	—	20, 17½	
Fium. Eis.-Obligat.	28, 75	28, 75	Paris kurz	—	80, 85	
Ostföld. Litt. A...	142, 50	141, —	Moritzhütte	30, —	—	
Breslau-Freiburg.	75, —	75, 30	Waggonsfabrik Linde	44, —	43, 25	
R.-D.-U.-St. Arie.	95, 25	94, 25	Oppelner Cement	20, —	20, —	
R.-D.-U.-St. Pr.	104, 25	103, 50	Ber. Br. Waggonsfabrik	50, —	50, 25	
Bergisch-Märkische	33,					

Breslau, den 18. November 1875.

Bekanntmachung.

Nach § 13 des Klassensteuer-Gesetzes vom 25. Mai 1873 muß der Steuerpflichtige in den ersten 8 Tagen jedes Monats seinen Beitrag voraus entrichten. Dieser Erhebungsmodus ist bisher nach den diesseitigen Einrichtungen nicht in Anwendung gekommen, weil die Einführung der Klassensteuer gleichzeitig mit der Communisteuer bewirkt wurde. Da nun aber die Abrechnung mit der Staatskasse am Jahresende möglichst ohne Rücksände stattfinden muß, so machen wir das neuergangene Publikum darauf aufmerksam, daß im nächsten Monat December nach der ersten Präsentation der Steuer-Duitungen,

selbst — gleich allen übrigen Drucksachen — in jeder Beziehung zur Beförderung mit der Briefpost geeignet sind. [7538]

Kaiserliches General-Post-Amt.

also vom 9. December c. ab,

somit die zwangsweise Einziehung sämlicher Steuerfälle erfolgen wird.

Der Magistrat
hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Berlin, den 18. November 1875.

Bekanntmachung.
Drucksachen, denen kleine Muster zur Erläuterung des Textes beigegeben sind.

Bei wissenschaftlichen oder technischen Zeitschriften, welche unter Band aegeln die ermäßigte Taxe nach dem Gebiet des allgemeinen Postvereins zur Versendung gelangen, ist von jetzt ab die Beifügung von kleinen Stoff- oder Zeugnismustern gestattet, infofern die Muster lediglich als unentbehrliche Beigaben zur Erläuterung des Textes dienen.

Mit Rücksicht hierauf soll von jetzt ab verlängerte eine gleiche Erleichterung auch in inneren Verkehr Deutschlands eintreten. Ausdrückliche Bedingung ist, daß derartige Muster aus kleinen, dünnen Zeug- oder Stoff-Abzügen bestehen, welche die Stärke des zu der betreffenden Zeitschrift benutzten Papiers nicht erheblich überschreiten, daß dieselben in keinem Falle die Eigenschaft einer eigenlichen Waarenprobe haben und daß die Sendung

Die Verlobung meiner Tochter Henriette mit dem Schriftlehrer Herrn Ernst Demming zu Sarnau bei Kreuzburg erlaubte mir hiermit ergebnis anzugeben. [5436]

Weizenrodau, im Novbr. 1875.
Beruf. Gutsbesitzer Wengler,
geb. Schubert.

Meine Verlobung mit Frau Henriette Wengler, Tochter der verm. Frau Gutsbesitzer Wengler zu Weizenrodau bei Schweidnitz, beeindruckt mich hierdurch ergebnis anzugeben. Sarnau, im November 1875.

Ernst Demming.

Die stattgehabte Verlobung unserer zweiten Tochter Anna, mit dem Königl. Kreis-Therarz Herrn G. Schmidt, hier, beeindruckt uns Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebnis anzugeben.

Guhrau, den 20. November 1875.

Postmeister Crampf und Frau.

Anna Crampf,
Gustav Schmidt,
Verlobte: [2111]

Verlobungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Als Verlobte empfehlen sich:
Julie Kaysler,
Carl Bojak,
Königl. Kreis-Secretair.

Ohlau, den 21. November 1875.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Rosalie mit dem Kaufmann Herrn Louis Adler aus Baborz beehrt mich Bekannten und Verwandten statt besonderer Meldung hierdurch anzugeben. [2108]

Radlin bei Loslau,

den 19. November 1875.

Sophie Freund.

Als Verlobte empfehlen sich:

Natalie Freund,
Louis Adler.

Radlin. Baborz.

Heute Abend 10½ Uhr wurde meine liebe Frau Valerie geb. Noga, geb. Heilborn, von einem munteren Mädchen glücklich entbunden. Dies zeigt Bekannten und Freunden statt besonderer Meldung ergebnis an. [2120]

Fedor Nasin, Apotheker.

Pitschen, den 21. November 1875.

Gestern Morgen 10½ Uhr wurde meine liebe Frau Nosa, geb. Heilborn, von einem munteren Mädchen leicht und glücklich entbunden. Rattow, den 21. November 1875. [5434] Joseph Hamburger.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Freitag Abend 11 Uhr unter Gottes gnädigem Beistand glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau Emma, geb. Seestiger, von einem gefundenen Lädchen lebte sich Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebnis anzugeben. [2109] C. Herdtmann, ev. Pfarrer. Alau, den 20. November 1875.

Meine liebe Frau Hermine, geb. Möller, befreite mich heut Nachmittag um 1 Uhr mit einem kräftigen Jungen. [2112]

Hultschir, den 21. November 1875.

Adolf Grossmann.

Statt jeder besonderen Meldung. Gestern Abend 6 Uhr verschied nach kurzem Leiden unsere gute Mutter Louise Müller, geb. Möller, was statt jeder besonderen Meldung tiefdrückt anzeigen. [7561]

Julius Müller und Frau.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. Nachm. 3 Uhr statt. Trauerhaus: Neustadtstr. 16. Breslau, den 20. Novr. 1875.

120,000 Thaler
sind auf bess. Grundst. u. Güter auszuleihen. S. Badig, alte Taschenstr. 1.

Breslau, den 18. November 1875.

Dienstag, den 23. November 1875.

Die Directoren des Stadttheaters, die Herren Tescher und Auerbach, haben aus freiestem Antriebe am Sonntag eine Matinee veranstaltet, deren ganzer Ertrag den Zwecken unserer Einbeschreitung zu Gute kommt. [7573]

Das unterzeichnete Comité fühlt sich gedrungen, den genannten Herren Directoren für ihr so überaus freundliches Entgegenkommen, wie nicht minder auch dem Kunspersonal, den Damen: Fr. Emmy Zimmermann, Fr. Eggeling, Fr. Ungar, den Herren: Kapellmeister Hillmann und Stumpf, sowie den Herren Alexy, Rieger, Pravit, D'Ermane, Thies, Concertmeister Stöckel und Harfenist Moser für ihre gütige Mitwirkung hiermit öffentlich den wärmsten Dank auszusprechen.

Das Comité für eine Einbeschreitung an Arme ohne Unterschied der Confession.

[Taschenspielerkunst] Allen Denjenigen, welche die vorzüglichsten Produktionen von den Herren Bellachini, Bosco, Bassi, Mellini &c. &c. bewundert haben, dürfte es gewiß Vergnügen machen, selbst solche Künste zu erlernen, um dadurch eine ganze Gesellschaft aus Angenossen unterhalten zu können. Herr Bethge aus Magdeburg ist wiederum wie im vorigen Jahre mit einem sehr reichhaltigen Lager von Baub.-Apparaten, das mehr als 500 verschiedene Nummern umfaßt, in Breslau eingetroffen, und hat im dem Hause Schmiedebrücke Nr. 29a einen höchst eleganten Laden eröffnet. Namentlich aber ist besonders darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Bethge alle die Kunststücke nicht nur außerordentlich gut selbst vorzuführen weiß, sondern die

Anwendung der zu erwerbenden Apparate in der saftlichsten Weise zu lehren versteht. Es gibt da Apparate sowohl für Anfänger in der Zauberkunst, als da sind kleine Champagnerfläschchen, welche Niemand umzulegen vermag, der das Geheimnis nicht kennt, seiner Zauberfächer, welche in der Hand des Uneingeschworenen stets verschwinden erscheinen; Breithaler, Verirr-Cigarretaschen &c., als auch für schon geübte Jünger der Zauberkunst, wie die Zauberstäbe zum Thalerfang aus der Luft, Glaskästchen, in welchem auf Kommando bunte Bälle erscheinen, Kartenspiele &c. &c. Selbst für Kinder sind dort viel passende Gegenstände vorhanden, namentlich aber vollständige Zauberkästen, die 5 bis 30 Apparate enthalten, und deren Inhalt überaus lehrreich und anregend auf die Jugend einwirkt. Jedermann kann sich von der Wahrheit des hier Gesagten durch eigenen Augenzeugen überzeugen.

[Postkarte.] An das städtische statistische Bureau. Ein Zähler bittet um Auskunft über die unten angeführten Ausdrücke in dem Haushaltungs-Verzeichniß A.

Col. 5: „ob auswärts wohnend“.

Col. 6: „ob auswärts abwesen“.

Da hierüber vielfach verschiedene Ansichten herrschen, wäre eine öffentliche Beantwortung durch die Presse sehr erwünscht.

Antwort des Director Dr. Bruch:

Der in dem staatlichen Formular A vor kommende Ausdruck: „auswärts wohnend“ ist allerdings etwas unklar, da darunter: „auswärts ortsbangig“ verstanden werden soll. Es sind also 3 Kategorien von Personen in dem Haushaltungs-Verzeichniß zu unterscheiden:

1. in Breslau ortsbangig und anwesend, wie die große Mass der Bevölkerung,

2. in Breslau anwesend, aber „auswärts wohnend“, d. h. ortsbangig,

3. in Breslau ortsbangig, aber „auswärts abwesen“ (d. h. verreist).

Personen, welche aus zufälligen Gründen in der Nacht vom 30. November bis 1. Dezember nicht in ihrer Wohnung gewesen sind, aber Breslau nicht verlassen haben, werden in ihrer Wohnung, dagegen Personen, welche dauernd einen andern Breslauer Aufenthaltsort, als ihre Breslauer Wohnung, haben, wie z. B. Gesangene, werden in diesem andern dauernden Aufenthaltsorte gezählt. [7571]

Familien-Nachrichten.
Verlobte: Land des Predigtamts und Hector H. Lehner in Seehausen i. d. A. mit Fr. Anna Konrad in Seebauern Kr. W.

Geburten. Ein Sohn: Dem Major im 1. Niedersächs. Inf.-Regt. Nr. 46 Hrn. v. d. Landen in Polen, dem Pr-Lient. im 4. Garde-Gren.-Landw.-Regt. Hrn. v. Grävenitz in Wajchow, dem Geh. Legationsrat a. D. Hrn. v. Derzen in Lepin. Eine Tochter: Dem Hrn. Pastor Klamroth in Schönwald, dem Lieut. im Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5 Hrn. v. Neumann in Bojanowo.

Todesfälle: Hr. Sanitätsrat Dr. Kleinhardt in Berlin, Geh. Justiz-Rath a. D. Hr. v. Endevert in Stettin.

Aufgebot. aus Achensee (5 Damen u. 5 Herren) und des Capellmeisters Hr. Pawlow. Anfang 7½ Uhr. [7572]

Entre 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Dr. Konrad Bock. Das unterzeichnete Lehrer-Collegium betrautet in dem Dachingeschieden einen treuen, gewissenhaften Vorgesetzten, der die Interessen des Collegiums in jeder Beziehung warm zu vertreten bemüht war; die Anstalt verlor einen Leiter, der bis zum letzten Augenblick unermüdlich und aufopfernd nur das Wohl derselben im Auge hatte. [2121]

Stadt Königshütte, den 21. November 1875.

Das Lehrer-Collegium der höheren Lehranstalt.

Todes-Anzeige. Am 19. d. Mts. starb zu Schmidtsdorf, nach kurzem Krankenlager der jugendliche Lehrer

Robert Sabatke. Derselbe hatte vor Kurzem erst das Seminar verlassen und nur wenige Wochen war es ihm vergönnt, sein Amt in der Gemeinde Schmidtsdorf zu verwalten. Die Gemeinde, sowie der unterzeichnete Verein, dessen Mitglied er erst seit 14 Tagen war, bellagen diesen Verlust um so mehr, als sein stilles, bescheidenes Wesen und anscheinend fast peinliche Gewissenhaftigkeit zu den auf ihn gesuchten Hoffnungen vollkommen beeindruckt. [2122]

Friedland, Reg.-Breslau, den 21. November 1875.

Der freie Lehrer-Verein.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, heut Nachmittag 4 Uhr nach langen, schweren Leiden aus dieser Welt abzurufen unsere einzige, innig geliebte Tochter, Schwester und Nichte. [5435]

Anna Jacob, welches wir hiermit schmerzerfüllt lieben Bekannten und Freunden anzeigen.

Proskau, den 20. Novbr. 1875.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute Nachmittag 2½ Uhr verschied in Folge plötzlich eingetretenen Gehirnschlages unser guter Vater und Großvater, der Schuhmachermeister

Anton Piskorz in einem ehrenvollen Alter von 68 Jahren. [2118]

Um stille Theilnahme werden alle seine Freunde und Bekannte gebeten von den traurigen Hinterbliebenen.

Gr.-Strehlitz, den 20. Novbr. 1875.

Stadt-Theater. Dienstag, den 23. November. 28ste Vorstellung im Bons-Abonnement.

Der Waffenschmied. Komische Oper in 3 Acten von A. Lothring. (Marie, Fräul. Dor. Blaud, von der deutschen Oper zu Rotterdam.) Mittwoch, den 24. November. 39ste Vorstellung im Bons-Abonnement.

Zum 6. Male: „Mienzi, der Letzte der Tribunen.“ Große Oper in fünf Acten von Richard Wagner.

Bielsch an uns organisierten Aufrüderungen des s. t. Publikums zu entsprechen wird noch ein Bons-Verkauf heute Mittwoch und Donnerstag Mittags von 10 bis 2 Uhr im Theaterbureau (Südseite, vis-à-vis dem Gouvernementgebäude) stattfinden, welcher für die bis Ultimo December d. J. ablaufende erste Serie des Bons-Abonnements Gültigkeit hat.

Auftritte der französischen Chansonette-Sängerin

H. de Val-Monca.

Auftritte der berühmten Choristen Parisiens, sowie des gesammten Künstlerpersonals.

Auftritte des berühmten Fasskünstlers

Antonio.

Anfang 7½ Uhr. [7574]

Entre à Person 30 Pf.

Simmenauer Garten-Salon.

Heute: CONCERT.

Auftritte

der französischen Chansonette-Sängerin

H. de Val-Monca.

Auftritte der berühmten Choristen Parisiens, sowie des gesammten Künstlerpersonals.

Auftritte des berühmten Fasskünstlers

Antonio.

Anfang 7½ Uhr. [7574]

Entre à Person 30 Pf.

Thalia - Theater. Dienstag, den 23. Novbr. „Blindekuh.“ Lustspiel-Poëse in 3 Acten von Rudolph Kneisel. Vorher: „Wenn Frauen weinen.“ Lustspiel in 1 Act von A. v. Winterfeld.

Lobe - Theater. Dienstag, 8. 8. M.: „Eagliostro in Wien.“ (Vorema, Fräul. Könige; Frau Adami, Fr. Weijer.) [7554]

Mittwoch. Die selbe Vorstellung.

Varléte - Theater. Dienstag. Auftritten des Tambour-Major W. Münz. Der erste Todte-Ballet. Galop tourière farioso. Nichte und Tante. Ballet. Rabeth. Die Afrikanerin. Anf. 7½ Uhr.

Naturwissenschaftliche Section.

Mittwoch, den 24. November.

Abends 6½ Uhr. [7548]

</

Orchesterverein.

Dinstag, den 23. November,

Abends 7 Uhr,

im Springer'schen Concertsaal

3. Abonnement-Concert

unter Mitwirkung von

Frau Clara Schumann.

1) Ouverture op. 124. Beethoven.

2) Capriccio f. Pfe. u. Orchester,

op. 35. B. Scholz.

3) Ouverture zur schönen Melusine.

Mendelssohn.

[7489]

4) Clavier-Concert (A-moll).

Schumann.

5) 2. Sinfonie (B-dur). Volkmann.

Numerierte Billets à 4 u. 3 Mk.,

unnummerierte à 2 Mk. sind in der

Königl. Hof-Musikalischen, Buch-

Kunsthandlung von Julius Mainauer

und an der Abendkasse zu haben.

Empfohlen durch:

Herrn Dr. Julius Schäffer,

kgl. Musikdirektor in Breslau.

Neue Art

Stutz-Flügel,

zum Aufstellen in kleinen Zim-

mmera bestimmt, von

H. Brettschneider,

Gartenstrasse 32 b.

Es gereicht mir zum Ver-

gnügen, von der vorteilhaften

Meinung, die ich über die

Instrumente, insbesondere über

die Stutzflügel des Herrn Bret-

schneider gewonnen habe,

hierdurch öffentlich Zeugniß

abzulegen. Die Instrumente

empfehlen sich durch ihren

klaren, edlen, äußerst nüan-

cierungsfähigen Ton, sowie

durch ihre leichte und ange-

nehmliche Spielart.

[7549]

(gez.) Dr. Julius Schäffer.

Saal Hôtel de Silésie.

Donnerstag, 25. November:

Concert

Mile. Donadio,

Prima Donna

de Theâtre Italien, Paris.

Paul von Schloezer,

Pianist,

Benoit Holländer,

Violin-Virtuose des Königs

von Holland.

Billets: nummerierte Sitze à

3 Mark, Stehpäls à 2 Mark

bei Theodor Lichtenberg, Musi-

kalien-Handlung, Schweid-

nitzerstr. 30, woselbst auch

Programms schon jetzt

gratis zu haben sind.

[7570]

Donnersat, den 25. d. M.,

feiert der

Acad.-pharmaceut. Verein

zu Breslau

seinen

Antritts-Commers

im früher Casperle'schen Locale,

Mathiasstraße.

Alte Herren Freunde und Bekannte

dieses Vereins werden hiermit freund-

lich eingeladen.

J. A.:

O. Schotte.

xx

Hôtel Lohengrin,

63a. Nicolaistr. 63a.,

empfiehlt bei billigen Preisen

Oscar Kattge.

Med. Dr. Ansel,

Leiter der Priessnit'schen Wasser-

heilanstalt in Gräfenberg, ist wäh-

rend der Wintermonate zu consu-

litire: Ohlauerstr. 52, 2. Et., v. 1-2.

Sprechst. f. Hautfranke

täglich von 9-11 und 3-4 Uhr.

Dr. Ed. Juliusburger,

Nicolaistr. 44/45 (am Königsplatz).

Gür Hals- und Ohrenkrank!

Sprechstunden: 9-11 und 3-5.

Dr. Riesenfeld,

Ohlauer-Stadtgraben 28.

Für Hautfranke.

Sprechstunden: 9-10, 2-4 Uhr.

Für Unbemittelte unentgeltlich.

Dr. Heilborn,

[7547] Blumenstrasse 4, 2. Et.

Für Zah- und Mundleidende!

Atelier für Anfertigung künstlicher

Zähne und Gebisse, Plombiren u.

Schmerzlose Behandlung sämmtlicher

Zahn- und Mundkrankheiten nach dem

neuesten erfolgreichsten und bewährten

amerikanischen System. Sprechstunden:

Vorm. 9-1, Nachm. 2-6. — Für

Unbemittelte 8-9 Uhr früh.

[6935]

Albert Loewenstein,

Weindorferstr. 33, 2. Etage.

Für Zah- und Mundleidende!

Atelier für Anfertigung künstlicher

Zähne und Gebisse, Plombiren u.

Schmerzlose Behandlung sämmtlicher

Zahn- und Mundkrankheiten nach dem

neuesten erfolgreichsten und bewährten

amerikanischen System. Sprechstunden:

Vorm. 9-1, Nachm. 2-6. — Für

Unbemittelte 8-9 Uhr früh.

[6935]

D. Freudenthal, Breslau,

Ring 14, Becherseite,

Seidenband- und Weizwaaren-Handlung.

xx

Oberschlesische Eisenbahn.

Vom 20. November cr. ab werden Kartoffeln in Wagenladungen zwischen

den Stationen Kotlitz, O. S. C. und Czernin K. D. via Kreuz direkt

expedit. Näheres ist auf den Verbandstationen zu erfahren.

Breslau, den 18. November 1875.

[7577]

Königliche Direction.

Oberschlesische Eisenbahn.

Berichtigung.

In der Bekanntmachung vom 9. November d. J. betreffend die Lieferung

einer Güterbrücke bei Bittkow ist ein Irrthum enthalten.

Es muß nicht heißen 1054 Kilogr. Schmiedeeisen, sondern 10,540 Kilogr.

Schmiedeeisen.

Der Termin zur Einreichung und Größnung der Offerten wird auf den

15. resp. 16. December d. J. verlegt.

Beuthen O. Schl., den 20. November 1875.

[7575]

Königliche Betriebs-Inspection.

Zum Magdeburg-Schlesischen Verbandtarif vom 1. October cr. ist ein

Nachtrag I. Clasifications-Berichtigungen enthaltend, in Kraft getreten und

auf den Verbandstationen zu haben.

Breslau, den 18. November 1875.

[7576]

Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Directorium der Breslau-Schweidnitz-

Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Direction

der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Kuhlmann's Restaurant,

Neue Taschenstraße 1a.

empfiehlt seine gute Küche und Weine mit guter Bedienung.

Vorzungliches Trebniger Bier.

Im Verlage von Ad. Gloor in Stuttgart, Charlottenplatz 3, ist

soeben erschienen:

[7512]

Dr. Strousberg,

der

Eisenbahnkönig.

Sein Leben und Wirken bis zu seiner Verhaftung.

Preis pro Stück 30 Pf.

Zu dieser sehr interessanten Brochüre, welche in großer Anzahl abge-

setzt werden kann, werden Wiederverkäufer und Colporteurs

angefucht, und erhalten dieselben 100 Stück zu 10 Mark gegen Ein-

sendung des Betrages. — Wiederverkäufer können hiermit in 1 bis

2 Tagen einen Verdienst von 15 bis 20 Mark erzielen.

[7512]

Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig.

Das Ganze der Weberei

des Tuchz und Buckskinfabrikanten

von

[7580]

Cuno Stommel.

In zwei Bänden. Erster Band. gr. 8. geh. Preis 5 Mark.

Vorrätig bei: Maruschke & Berendt, Ring 8.

[7542]

Verlag von August Hirschwald in Berlin.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4137 die Firma [386]

Joseph Vogt

und als deren Inhaber der Kaufmann Joseph Vogt hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 17. November 1875.
Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 465 die durch den Aus- tritt des Kaufmanns Hugo Neissner aus der offenen Handelsgesellschaft

Friedrich Kohl's Nachfolger

hier selbst erfolgte Auflösung, sowie die Aufhebung der in Rawicz bestehenden Zweigniederlassung dieser Gesellschaft und in unser Firmen-Register Nr. 4138 die Firma [387]

Friedrich Kohl's Nachfolger hier und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Bielschowsky hier eingetragen worden.

Breslau, den 17. November 1875.
Agl. Stadt-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 2760 das Erlöschen der Firma S. Söber

hier heute eingetragen worden. [388]
Breslau, den 17. November 1875.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 329 das durch den Tod des Gesellschafters Kaufmanns Fritz Sachs erfolgte Auslösen desselben aus der offenen Handelsgesellschaft

Fritz Sachs & Co.

hier selbst eingetragen worden. [389]
Breslau, den 17. Novbr. 1875.

Agl. Stadt-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

In unser Procuren-Register ist bei Nr. 419 Adolf Cohn hier

als Procurist der hier bestehenden, in unserem Gesellschafts-Register Nr. 329 eingetragenen Handelsgesellschaft

Fritz Sachs & Co.

heute eingetragen worden.

Breslau, den 17. Novbr. 1875.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Procuren-Register ist

Nr. 419

Adolf Cohn hier

als Procurist der hier bestehenden, in unserem Gesellschafts-Register Nr. 329 eingetragenen Handelsgesellschaft

Fritz Sachs & Co.

heute eingetragen worden.

Breslau, den 17. Novbr. 1875.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Niederschlesischen Kassen-

Verein Friedrich Körster jun. & Co.

zu Grünberg in Schlesien gehörige

Fabrik-Etablissement, bestehend aus

den Grundstücken:

1) Grünbuch-Nr. 504 zu Sagan,

2) " 12 zu Tischendorf,

3) " 18 zu Tischendorf,

soll nebst allen Pertinenzen, insbeson-

dere den zahlreichen Märschen, sowohl

im Ganzen, als auch jedes Grundstück

einzel, im Wege der nothwendigen

Subhastation

am 9. Februar 1876,

Mittags 11 Uhr,

vor dem Subhastations-Richter in un-

serm Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1,

verkauft werden.

Bz. 28 Hektar 87 Ar 60 Q.-M.,

" 16 " 30 "

" 31 89 " - "

zu 28 Hektar 92 Ar 90 Q.-M.,

der Grundsteuer unterliegende Lände-

reien und sind dieselben bei der Grund-

steuer nach einem Reinertrag, und

zwar:

1) von 164,88 Mark,

2) " 93,45 "

zusammen 258,30 Mark,

bei der Gebäudesteuer nach einem

Ruhrungswert, und zwar:

1) von 3462 Mark,

2) " 30 "

3) " 210 "

zusammen von 3702 Mark

veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle,

beglaubigte Abschrift des Grundbuch-

blattes und das Verzeichnis und die

Taxe der Maschinen können in un-

serm Bureau IVa während der Amts-

stunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum

oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen

Dritte der Eintragung in das Hypo-

thekenbuch bedürfende, aber nicht ein-

getragene Realrechte geltend zu machen

haben, werden hiermit aufgefordert,

dieselben zur Vermeidung der Prä-

clusion spätestens im Versteigerungs-

Termine anzumelden.

[677]

Das Urteil über Ertheilung des

Beschlags wird

am 29. November 1875,

Mittags 11 Uhr,

in unserem Gerichts-Gebäude, Zimmer

Nr. 13, von dem unterzeichneten Sub-

hastations-Richter verlautet werden.

Neisse, den 7. October 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

Everhard.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter

Nr. 402 die Firma [948]

H. Gallus

zu Petzlowitz und als deren Inhaber

der Kaufmann Heinrich Gallus zu

Petzlowitz heute eingetragen worden.

Petzlowitz, den 16. November 1875.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Dr. Eilehne.

Bekanntmachung.

Die nothwendige Subhastation des

Grundstücks Radowitz Nr. 356 wird

hiermit aufgehoben. [947]

Radowitz, den 15. Novbr. 1875.

Königliche Kreisgerichts-

Commissionen.

Der Subhastations-Richter.

Gimkiewitz.

Deputation.

Treutler. [770]

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Niederschlesischen Kassen-

Verein Friedrich Körster jun. & Co.

zu Grünberg in Schlesien gehörige

Fabrik-Etablissement, bestehend aus

den Grundstücken:

1) Grünbuch-Nr. 504 zu Sagan,

2) " 12 zu Tischendorf,

3) " 18 zu Tischendorf,

soll nebst allen Pertinenzen, insbeson-

dere den zahlreichen Märschen, sowohl

im Ganzen, als auch jedes Grundstück

einzel, im Wege der nothwendigen

Subhastation

am 9. Februar 1876,

Mittags 11 Uhr,

vor dem Subhastations-Richter in un-

serm Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1,

verkauft werden.

Bz. 28 Hektar 87 Ar 60 Q.-M.,

" 16 " 30 "

" 31 89 " - "

zu 28 Hektar 92 Ar 90 Q.-M.,

der Grundsteuer unterliegende Lände-

reien und sind dieselben bei der Grund-

steuer nach einem Reinertrag, und

zwar:

1) von 164,88 Mark,

2) " 93,45 "

zusammen 258,30 Mark,

bei der Gebäudesteuer nach einem

Ruhrungswert, und zwar:

1) von 3462 Mark,

2) " 30 "

3) " 210 "

zusammen von 3702 Mark

veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle,

beglaubigte Abschrift des Grundbuch-

blattes und das Verzeichnis und die

Taxe der Maschinen können in un-

serm Bureau IVa während der Amts-

stunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum

oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen

Dritte der Eintragung in das Hypo-

thekenbuch bedürfende, aber nicht ein-

getragene Realrechte geltend zu machen

haben, werden hiermit aufgefordert,

dieselben zur Vermeidung der Prä-

clusion spätestens im Versteigerungs-

Termine anzumelden.

[677]

Regalias, per Mille 60 Mark, per 100 Stück 6 Mark. B. Meister, Albrechtsstraße 17.

Wegen Aufgabe meines Galanterie-, Kurz-, Leder- u. Holzwarenlagers verkaufe ich sämtliche Artikel unterm Fabrikpreise.

Adolph Meysel,
Blücherplatz 4.

Elegante woll. Fantasy-Artikel, garnierte Angorafanschen, ferner wollene gehäkelte und gestrickte Westen, Kragen, Kopf- und Tällentücher, Unterröcke, Jäckchen, Gamaschen, Beinkleider, Strümpfe, Strumpfängen, Mütze- u. Percalehüllen, für Frauen und Kinder.

Puppen und Puppen-Anzüge empfiehlt [7229]

J. L. Richter,
vorm. Aug. Zeisig.
Schweidnitzer-Straße
Nr. 27, vis-a-vis dem
Stadt-Theater.

Die Zinnwaren-Fabrik von
F. Haselbach
in Jauer i. Schl. empfiehlt [2074]
Christbaumlichthalter mit Brillant-Sternen à Groß 2 Thlr.

In Glas ist eine Strohutmaschine nach der neuesten Construction zu verkaufen. [2085]
Ebenso wurde die Strohutmaschine mit dem ganzen Inventar hier am Platz unter günstigen Bedingungen verpackt.
Seit 14 Jahren ist die Strohutmaschine und Fabrikation mit gutem Erfolg betrieben worden.
Offerten unter Nr. 13 an die Expedition der Bresl. Ztg.

150 Stück volljährige zur Zucht geeignete Mutterschafe, sowie 1 zweijähriger Bulle, Oldenburger und Holländer Kreuzung, stehen auf dem Dom. Grambschütt bei Namslau zum Verkauf.

Stopsgänse

find von heute ab jeden Tag wieder zu haben bei Sandberg, Carlsplatz 3.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis 15 Mrkp. die Zeile.

Gesucht wird für ein Mädchen, wirthschaftlich erzogen (18 Jahr alt, Lehrerin), eine Stellung in einer Familie in Breslau, dieselbe ist im Weiß- u. Maschinenhause. Off. erbeten unter H. S. 30 Bries. d. Bresl. Ztg.

Eine Dame, die im Wäschezuschniden geübt ist, sucht in einem Wäsche-Geschäft placirt zu werden. [7559]

Gef. Offerten sub Chiffre S. 1315 befördert das Annonen-Bureau Bernh. Grüter, Breslau, Niemerzeile 24.

Eine perfecte, mit guten Zeugnissen versehene [2055]

Rödin

wird zum 1. Januar f. J. von mir gefücht.

Gurtschen bei Gr.-Glogau. Baronin v. Schlichting.

Den hochgeehrten Herrschäften die ergebenste Anzeige, daß ich stets

Ummen vermiehe. [2116]

Oppeln, den 21. November 1875.
M. Wessolly, Geistevermiethein.

Ein Disponent

für ein Speditions- und Steinlohlen-Geschäft

bier gesucht mit Nachweisen der Besitzung. [7568]

Offerten sub H. 23483 durch die Annonen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Breslau, Ring 29, erbeten.

Eine hiesige leistungsfähige Fabrik (älgender Bedarfssort) sucht einen mit genauen Localkenntnissen ausgestatteten Provisions-Stadt-Beauftragten.

Offerten unter A. 27 in den Briefkasten der Bresl. Ztg. [5428]

Meistestellung.

Ein bedeutendes Engros-Geschäft der Leinen- und Teppich-Branche sucht per 1. Januar 1876 einen tüchtigen Beauftragten, der bereits die Provinzen Schlesien und Polen mit Erfolg besucht hat. Offerten sub E. 2380 an Rudolf Mosse, Breslau.

150 Stück volljährige zur Zucht geeignete Mutterschafe, sowie 1 zweijähriger Bulle, Oldenburger und Holländer Kreuzung, stehen auf dem Dom. Grambschütt bei Namslau zum Verkauf.

Ein tüchtiger, routinirter Reisender,

der für die

Posamentierwaaren-Branche

Schlesien schon bereist und die Kundenschaft daselbst kennt, wird

für ein bedeutendes Haus in Berlin zu engagiren gesucht.

Meldungen mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit bittet man an die Annonen-Expedition von **Rudolf Mosse**, Berlin C., Filiale Königstadt, unter Chiffre K. Q. 216 zu senden. [7563]

Reisender.

Eine Fabrik schlesischer baumwollener und leinener Waaren sucht einen mit der Branche genau vertrauten Reisenden, welcher schon längere Zeit als solcher mit Erfolg fungirte und hierüber gute Zeugnisse besitzt, für Reise und Comptoir. Offerten unter Nr. 28 an die Expedition der Bresl. Ztg.

Der langjährige Verwalter einer bedeutenden Delfabrik, welcher bei guter Handschrift mit Buchführung und Correspondenz vertraut und noch in Stellung ist, sucht eine ähnliche oder in einer anderen Branche.

Gef. Offerten werden erbeten unter der Chiffre K. B. 50 postl. Bunzlau in Schles. [5414]

Ein junger Mann, der für ein Manufacturen-Geschäft seit 2 Jahren die Provinz u. die Grafschaft mit Erfolg bereist, sucht per 1. Jan. f. J. anderweitiges Placement in einer größeren Provinzialstadt Schlesiens.

Gef. Off. erbittet man unt. Chiffre A. Z. 29 Exped. der Bresl. Ztg.

Eine hiesige leistungsfähige Fabrik (älgender Bedarfssort) sucht einen mit genauen Localkenntnissen ausgestatteten Provisions-Stadt-Beauftragten.

Offerten unter A. 27 in den Briefkasten der Bresl. Ztg. [5428]

Gebr. Emanuel & Bernhard Kober,

in Firma: M. Spiegel.

Ich suche zum 1. December c. einen

Bureauvorsteher

nach Rosenberg D.S., welcher bereits als solcher bei einem Rechtsanwalt und Notar fungirt hat und, wo möglich, der polnischen Sprache mächtig ist. Gef. Off. bitte ich postlagernd an meine Adresse nach Rosenberg D.S. zu richten. [2107]

Leipzig, im November 1875.

Billnow,

Rechtsanwalt und Notar.

In Mittelschlesien ist ein

Amtssecretärposten

vacant. Gebot 900 Mark, freie Wohnung nebst Zubehör und freie Kohlenreuerung. Bewerber wollen Selbstabschrift ihrer Zeugnisse franco in der Expedition der Bresl. Zeitung unter No. 7 abgeben. [5315]

Zum 1. Januar 1876 wird ein unverheiratheter polnisch sprechender

Inspector

gesucht, der im Stande ist, eine größere Wirthschaft selbstständig zu führen. Gebot 450 M. Abschrift der Urteile werden erbeten sub J. K. Post Groß-Goritz D.S. Nur Bewerber mit vorzüglichen Empfehlungen finden Berücksichtigung. [2058]

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Ein tüchtiger Commis, Specerist, slotted Verkäufer, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, dem gute Referenzen zur Seite stehen, sucht per 1. Januar 1876 dauerndes Engagement. Gef. Offerten werden erbeten M. K. 80 postlagernd Bautz. [5314]

M. L. Brenner, Gleiwitz.

Ein Commis,

Specerist, slotted Verkäufer, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, dem gute Referenzen zur Seite stehen, sucht per 1. Januar 1876 dauerndes Engagement. Gef. Offerten werden erbeten sub J. K. Post Groß-Goritz D.S. Nur Bewerber mit vorzüglichen Empfehlungen finden Berücksichtigung. [2058]

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

H. Löbinger & Comp., Beuthen D.S. [5437]

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Beaufsichtigung der Molkerei und des Flügelviehbaus übernimmt. Offerten mit Beif. eines kurzen curr. vitas und Abschrift der Beugn. unt. H. S. 20 postl. Liegnitz fr.

Gesucht per 2. Januar ein vereinfachter praktischer Wirthschafter, evangel. Conf., mit wenig Familie, dessen Frau die Be